

WITWEN- UND WAISENKASSEN
ÖFFENTLICHER BEDIENTETER IN NASSAU
UND IHR VERHÄLTNIS ZUM PENSIONSRECHT

Manfred von Lewinski

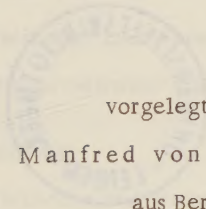
1966



Digitized by the Internet Archive
in 2026

WITWEN- UND WAISENKASSEN
ÖFFENTLICHER BEDIENTETER IN NASSAU
UND IHR VERHÄLTNIS ZUM PENSIONSRECHT

Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Juristischen Fakultät
der Georg-August-Universität zu Göttingen



vorgelegt von
Manfred von Lewinski
aus Berlin

Göttingen 1967

Berichterstatter: Professor Dr. EBEL
Mitberichterstatter: Privatdozent Dr. HENKE

Tag der mündlichen Prüfung: 15. November 1966



GLIEDERUNG

	Seite
QUELLEN	IV
SCHRIFTTUM	V
EINLEITUNG	1
I. Darstellungsmethode und Begrenzung des Themas	1
II. Die territorialen und politischen Verhältnisse in den untersuchten Staaten	6
1. Die nassauischen Staaten im 18. Jahrhundert	6
2. Die nassauischen Staaten im 19. Jahrhundert	8
ERSTER TEIL	12
A. Entstehen und Entwicklung der Kassen in den nassauischen Fürstentümern	12
I. Nassau-Usingen	12
1. Pläne und Versuche	12
2. Pfarr-Witwen- und Waisenkasse von 1749	13
3. Zivildienen-Witwen- und Waisenkasse von 1751	17
II. Nassau-Weilburg	24
1. Pfarr-Witwen- und Waisenkasten von 1693	24
2. Staatsdiener-Witwen- und Waisenkasse von 1762	25
3. Pfarr-Witwen- und Waisenkasse von 1765	30
4. Schullehrer-Witwen- und Waisenkasse von 1777	32
III. Nassau-Oranien	34
1. Prediger-Witwen- und Waisenkasse von 1732/1775	34
2. Staatsdiener-Witwen- und Waisenkasse von 1774	38
B. Entstehungsgründe, Struktur und Entwicklungstendenzen der Witwen- und Waisenkasen	49

II

I.	Entstehungsgründe	49
II.	Struktur	55
1.	Äußere Form und Zusammenschluß	55
2.	Zweck	56
3.	Leistungsgefüge	57
4.	Verwaltung	62
III.	Entwicklungstendenzen	63
1.	Entwicklungslinien	63
2.	Folgerungen	64
ZWEITER TEIL		67
A.	Entstehen und Gestalt der Pensionsgesetzgebung	67
I.	Militärpensionsedikt von 1810	67
II.	Zivilpensionsedikt von 1811	68
B.	Entwicklung des Verhältnisses zwischen Pensionsrecht und Witwen- und Waisenkassen bis 1866	72
I.	Auflösung der alten Witwen- und Waisenkassen	72
II.	Ausbau des Pensionsrechtes	75
III.	Neue Witwen- und Waisenkassen	77
1.	Kasse der evangelischen Pfarrer von 1818	78
2.	Kasse der Real- und Elementarschullehrer von 1817	79
3.	Kasse für die niedere Zivil- und Hofdienerschaft von 1820	81
4.	Kassen der Offiziere und Unteroffiziere von 1828 bzw. 1833	85
5.	Abwicklung von Verbindlichkeiten der alten nassau-oranischen Kasse von 1774	88
IV.	Entwicklung des Pensionswesens bis 1866	89

C.	Das Verhältnis zwischen Pensionsrecht und Hinterbliebenen-	
	kassen und seine Entwicklung	92
I.	Verhältnis zwischen Pensionsrecht und	
	Hinterbliebenenkassen	92
II.	Das neue Versorgungssystem	94
1.	Aufbau	94
2.	Entwicklungstendenzen	95
3.	Ergebnis	96
RÜCKBLICK		98

QUELLEN und SCHRIFTTUM

I. Gedruckte Quellen

Weistum der Gesetze, Ordnungen und Vorschriften, welche in die Nassauische Teutsche Länder Ottoischer Linie von den ältesten Zeiten bis hierher ergangen sind.

Hrsg.: August F. Rühle von Lilienstern,
Hadamar 1802 und 1803

zit.: Weistum Band/Seite

Verordnungsblatt des Herzogtums Nassau (Wiesbaden)

zit.: NVOBl. Band/Seite

Sammlung der landesherrlichen Edikte und anderer Verordnungen, welchen vom 1. Julius 1816 an im ganzen Umfange des Herzogtums Nassau Gesetzeskraft beigelegt worden ist (Wiesbaden).

zit.: SNV Band/Seite

Verordnungen, Erlasse, Rescripte etc. (lose),
Amtsverwaltung 13699

zit.: Rechenschaftsbericht

II. Ungedruckte Quellen

Akten des Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden (W)

Abt. 150 : Generalakten der Herrschaft Weilburg

Abt. 152 : Akten der Regierung zu Weilburg

Abt. 131 : Generalakten von Nassau-Usingen

Abt. 168A: Akten der Herrschaft Kirchheim und Stauf

Abt. 168B: Akten des Amtes Alsenz

Abt. 172: Akten der nassau-oranischen Regierung zu Dillenburg

Abt. 175: Akten des nassau-oranischen Oberkonsistoriums zu
Dillenburg

- Abt. 202 : Akten über das nassauische Militärwesen vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Übergang des Landes an Preußen
- Abt. 210 : Akten des Staatsministeriums des Herzogtums Nassau
- Abt. 211 : Akten der Landesregierung des Herzogtums Nassau

Abkürzungen

In den Anmerkungen wurden für die einzelnen Witwen- und Waisenkassen Abkürzungen verwendet, bestehend aus drei großen Buchstaben und einer Jahreszahl (z.B. UWZ v. 1749).

Der jeweils erste Buchstabe bezeichnet den Wirkungsbereich der Kassen: U = Nassau-Usingen, W = Nassau-Weilburg, O = Nassau-Oranien.

Der Mittelbuchstabe - stets W - bedeutet Witwen- und Waisenkasse.

Der Schlußbuchstabe bezeichnet die von der Kasse jeweils betroffene Gruppe öffentlicher Bediensteter; Z = Staatsdiener, P = Geistliche, L = Lehrer.

Die Jahreszahl bezeichnet das Gründungsdatum.

III. Schrifttum

- | | |
|-----------------|---|
| Adam, Alfred: | Die Nassauische Union von 1817
in: Jahrbuch der Kirchengeschichtlichen
Vereinigung in Hessen und Nassau
Band 1, S. 35 - 400

Darmstadt 1949 |
| Borst, Wilhelm: | Armenpflege und Anfänge der Sozialfür-
sorge im Territorium Nassau-Weilburg
von der Reformation bis zum Beginn des
19. Jahrhunderts.
Phil. Diss. Mainz

Offenbach/Main 1952 |

VI

Demandt, Karl E. :	Geschichte des Landes Hessen Kassel und Basel	1959
Firnhaber, Karl Georg:	Die Nassauische Simultanvolksschule Band 1 Wiesbaden	1881
Freyer, Hans:	Theorie des gegenwärtigen Zeitalters Stuttgart	1955
Gebhard, D. A. :	Über Witwen- und Waisen-Pensions- Anstalten München	1844
Gierke, Otto:	Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft Berlin	1868
Hintze, Otto:	Der Beamtenstand Unveränderter fotomechanischer Nach- druck aus: Vorträge der Gehe - Stiftung zu Dresden, Band III, Leipzig 1914 S. 93 - 170 Darmstadt	1963
von Koppelow, G. V. :	Einleitung in das Oranien-Nassauische Staatsrecht Dillenburg	1761
Kritter, Joh. Augustin:	Oeconomisch-politische Auflösung der wichtigsten Fragen, welche jetzo wegen der Einrichtung dauerhafter Witwen- Cassen aufgeworfen werden Göttingen	1768
Lotz, Albert:	Geschichte des deutschen Beamtentums Berlin	1909

- | | |
|---------------------------|---|
| Müller-Armack, Alfred: | Genealogie der Wirtschaftsstile
Stuttgart 1941 |
| Ortloff, D. Joh. Andreas: | Corpus Juris Opificiarum oder:
Sammlung von allgemeinen Innungsgesetzen
und Verordnungen für die Handwerker
Erlangen 1804 |
| Schliephake-Menzel: | Geschichte von Nassau
3. bzw. 7. Band
Wiesbaden 1889 |
| Schmitt-Lermann, Hans: | Der Versicherungsgedanke im deutschen
Geistesleben des Barock und der Aufklärung
München 1954 |
| von Seckendorff, V. L.: | Teutscher Fürstenstaat
Frankfurt und Leipzig 1703 |
| Steubing, Joh. Hermann: | Kirchen- und Reformationsgeschichte der
Oranien-Nassauischen Lande
Hadamar 1804 |
| Weidenbach, A. J.: | Nassauische Territorien im Besitzstande
unmittelbar vor der französischen Revolution
bis 1866
in: Annalen des Vereins für nassauische
Altertumskunde 10. Band
Wiesbaden 1870 |
| Wilda, Wilh. Eduard: | Das Gildenwesen im Mittelalter
Halle 1831 |

EINLEITUNG

I. Darstellungsmethode und Begrenzung des Themas

Die Arbeit soll Aufschluß geben über Entstehen, Gestalt und Entwicklungstendenzen einer bestimmten Form der Hinterbliebenenversorgung: die vornehmlich im 18. und 19. Jahrhundert auftretenden Witwen- und Waisenkassen für die öffentlichen Bediensteten.

Die Untersuchung geht zunächst dem Entstehen und der Entwicklung einzelner Kassen über gewisse Zeitabschnitte nach. Diese Verfahrensweise hat den Vorzug farbiger und lebendiger Anschaulichkeit. Mit ihr läßt sich weiter gut die Verwobenheit der einzelnen Kassen in die sie umgebenden und durchdringenden wirtschaftlichen und politischen, gesellschaftlichen und persönlichen Kräfte herausheben. Diese Art der Betrachtung hat jedoch auch Schwächen. Einzeldarstellungen verstellen leicht den Blick auf das Allgemeine und immer Wiederkehrende, das Typische im Besonderen. Das gehäufte Auftreten von Witwen- und Waisenkassen in wie außerhalb Nassaus nährt die Vermutung, daß hier allgemeinere Entwicklungen im Gange waren, die in den einzelnen Kassen lediglich ihren besonderen Ausdruck fanden. Solche allgemeineren Entwicklungen werden aus einer Reihe aufeinanderfolgender Einzeldarstellungen nicht unbedingt plausibel. Die Untersuchung wird deshalb ergänzt durch Betrachtungsweisen, die einerseits die für die Kassen typischen Eigenarten verdeutlichen und andererseits die aus den Einzelentwicklungen der Kassen unter Umständen nicht unmittelbar erkennbaren allgemeineren Entwicklungstendenzen hervorheben sollen.

Bei dieser Verfahrensweise sind notwendig einige Beschränkungen in Kauf zu nehmen. Um eine ausreichend breite Grundlage für eine vergleichende Betrachtung zu gewinnen, müssen mehrere Kassen und ihre Entwicklung besprochen werden. Das hat zur Folge, daß die Entwicklung eines jeden Instituts nicht in allen ihren Einzelheiten dargestellt werden kann, soll nicht die Übersicht verlorengehen. Diese Beschränkung kann jedoch unbedenklich hingenommen werden, da das entwicklungsgeschichtliche Material insoweit nicht immer sehr ergiebig ist. Schwieriger ist es, die Basis für die vergleichende Betrachtung der Kassen zu begrenzen. Dies ist notwendig, wenn der entwicklungsgeschichtliche Aspekt erhalten bleiben soll. Wenn hier die Einrichtungen einiger kleiner nassauischer Fürstentümer als Grundlage gewählt werden, so erscheint dies nicht eben einleuchtend. Zunächst einmal liegt es näher, eine Auswahl etwa der frühesten, der besonders originellen oder der besonders bedeutenden Kassen zugrunde zu legen.

Nun ist es trotz des Versuches, auch allgemeinere Merkmale und Entwicklungstendenzen zu verdeutlichen, nicht Aufgabe dieser Untersuchung, ein allgemeines oder gar repräsentatives Bild des Witwen- und Waisenkassenwesens zu entwerfen.

Die Witwen- und Waisenkassen werden hier nur als Versorgungseinrichtungen für die öffentlichen Bediensteten behandelt. Dieser Stand setzte sich zunächst aus folgenden Gruppen zusammen: den Staatsdienern (z.B. den Zivil-, Militär- und Forstbeamten), den evangelischen Geistlichen und den Lehrern. Später traten bei den Staatsdienern weitere Untergruppen auf. Die Gründung von Witwen- und Waisenkassen beschränkte sich im allgemeinen keineswegs auf den Kreis dieser Gruppen. Neben ihnen entstanden - wenn auch nicht in den nassauischen Fürstentümern selbst - gleichartige Einrichtungen sowohl innerhalb wie außerhalb Deutschlands. Entweder waren es Kassen, die neben den Staatsdienern auch allen anderen Bewohnern eines Fürstentums zugänglich waren, oder solche, die auch über die Grenzen des Staates, in dem sie ihren Sitz hatten, hinaus jedermann offenstanden¹⁾. Indessen fällt zweierlei auf. Zum einen waren die Staatsdiener, Geistlichen und Lehrer bei den Kassen Gründungen besonders stark vertreten. Zum anderen erwiesen sich die Kassen dieser Personen- bzw. Berufsgruppen im Gegensatz zu anderen Gründungen im allgemeinen als sehr dauerhaft. Geht man diesen Eigentümlichkeiten nach, dann zeigt sich eine zwar unterschiedliche, im ganzen aber ständig zunehmende fördernde Einflußnahme der Landesfürsten bzw. der Staaten auf die Kassen. Diese gerieten dabei in das Spannungsfeld zweier, ihrem Wesen nach verschiedener, Unterstützungsformen. Die eine war die vorsorgende korporative Selbsthilfe, die andere die fürsorgende Hilfe des Staates. Im Medium der Kassen durchdrangen beide Formen einander und gaben ihnen ein Gepräge, das bereits große Ähnlichkeit mit dem modernen Beamtenpensionsrecht hatte. Die Witwen- und Waisenkassen sollen deshalb hier in erster Linie daraufhin untersucht werden, inwieweit sie Vorläufer, Anbahner oder Ergänzung des Beamtenpensionsrechtes waren bzw. wurden.

Aus dieser Problemstellung heraus folgt zugleich eine durch staatliche und damit verwaltungsorganisatorische Grenzen bestimmte Betrachtungsweise. Der öffentliche Dienst war in der Regel Dienst für einen oder in einem bestimmten Staat. Das Treueverhältnis zu einem Dienstherrn schloß zumeist gleichzeitige Dienstleistungen für einen anderen aus. Die öffentlichen Bediensteten eines Staates bildeten insofern gegenüber anderen abgeschlossene Gruppen. Das hatte zur Folge, daß auch ihre Versorgungseinrichtungen ganz überwiegend ihren Wirkungsbereich auf das jeweilige Staatsgebiet beschränkten.

1) Vgl. hierzu die Sammlung und Zusammenstellung einer größeren Anzahl von Statuten bei Gebhard.

Die auf ein einzelnes Staatsgebiet ausgerichtete Untersuchung bietet zwei Vorteile; zum einen läßt sich auf diese Weise der Einfluß allgemeinerer politischer und sozialer Verhältnisse des Staates auf die Kassen verdeutlichen. Zum anderen ist der territorial-staatliche Rahmen besonders geeignet, zu zeigen, in welcher Weise aus einzelnen, oft privater Initiative entspringenden Versorgungsunternehmen schließlich so etwas wie ein breit angelegtes, vereinheitlichtes System aufeinander abgestimmter Versorgungsmaßnahmen entstehen konnte.

Die Wahl der nassauischen Verhältnisse als Grundlage für die Untersuchung hat sachliche und persönliche Gründe. Die hier erfolgten Kassengründungen gehörten zwar nicht zu den bahnbrechenden. Im Gegenteil stützten sich die meisten Einrichtungen - dies galt besonders für die Staatsdienerkassen, auf die sich das Hauptaugenmerk der Untersuchung richten wird - auf bereits andernorts gemachte Erfahrungen. Das unterstützt die schon eingangs geäußerte Vermutung, daß sich in Nassau keine isolierte Entwicklung vollzog, in den nassauischen Verhältnissen vielmehr etwas von einer in größerem Rahmen sich vollziehende Entwicklung greifbar wird. Diese Annahme wird durch einen nicht geringen Formenreichtum der nassauischen Kassen bestärkt, der ebenfalls etwas von den überregionalen Verhältnissen und Strömungen widerspiegeln dürfte; dies umso mehr, als es sich bei den untersuchten Gebieten zwar um einige sehr kleine ländliche Staatswesen handelte, die jedoch während der hier betrachteten Zeitspanne mitten im Spannungsfeld nicht nur ihrer engeren Nachbarn, sondern auch größerer Mächte lagen wie den Niederlanden, Frankreich und endlich Preußen. Schließlich zeigt es sich anlässlich von Veränderungen der territorialen und Herrschaftsverhältnisse, daß die Entwicklung des Beamtenversorgungsrechtes zumindest in einer Anzahl kleinerer Staaten des mittleren und südlichen Westens Deutschlands ähnlich verlaufen zu sein scheint. So können die nassauischen Verhältnisse über den engeren Untersuchungsbereich hinaus doch Hinweise geben auf allgemeinere Erscheinungen und Wandlungen der wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Stellung der öffentlichen Bediensteten.

Bei alledem bleibt die Arbeit in erster Linie eine Untersuchung der nassauischen Verhältnisse. Für die Wahl dieses räumlichen Untersuchungsbereiches wirkte schließlich mit, daß der Verfasser in diesem Bereich lebt und an seiner Geschichte daher besonders interessiert ist.

Einige Gedanken noch zur zeitlichen Begrenzung des Themas: Die Untersuchung setzt um die Wende zum 18. Jahrhundert ein. In jene Zeit fiel die erste nassauische Kassengründung, die sich als lebensfähig erwies. Sie war allerdings nicht die erste Kassengründung schlechthin in diesem Raum. Bereits während des Dreißigjährigen Krieges, im Jahre 1630, schlossen sich die Pfarrer des Amtes Weilburg - insgesamt fünfzehn Personen - zu dem Zweck zusammen, jährlich drei Simmern Korn Weilburger Maß an die Witwen und unmündigen Kinder ver-

storbener Geistlicher auszugeben ¹⁾. Ob dieser Zusammenschluß tätig geworden ist, läßt sich nicht feststellen, denn außer der Gründungsurkunde sind keine weiteren Unterlagen oder Hinweise auf diese Kasse mehr zu finden.

Im Zusammenhang mit dem zeitlichen Ansatzpunkt der Untersuchung muß man sich vergegenwärtigen, daß der Gedanke einer Hinterbliebenenversorgung durch gesonderte Kassen keineswegs mehr neu war. Schmitt-Lermann ²⁾ hat in seiner Abhandlung über den Versicherungsgedanken im deutschen Geistesleben des Barock und der Aufklärung ein lebendiges Bild gegeben von den vielfältigen Überlegungen, Planungen und Unternehmungen, die darauf hinzielten, Ereignissen, die die wirtschaftliche Existenz einzelner Personen bedrohten, durch vorsorgende korporative Selbsthilfemaßnahmen zu begegnen. Aus der Schilderung wird deutlich, wie der Sicherungsgedanke während des 17. Jahrhunderts in das Bewußtsein weiter Personenkreise eindrang. Der Hauptanstoß hierfür scheinen die Erfahrungen aus dem Dreißigjährigen Krieg gewesen zu sein. Dies in mehrfacher Hinsicht: Es lag nahe, daß die über Jahrzehnte andauernde Zerstörung oder doch Bedrohung der menschlichen Lebensbedingungen ein starkes Sicherheitsbedürfnis hervorbrachte. Weiterhin ist zu bedenken, daß der Krieg das herkömmliche gesellschaftliche Gefüge ins Wanken gebracht und damit auch offenbar hatte werden lassen, daß die überkommenen Ordnungsgefüge den Einzelnen nicht hinreichend zu schützen vermochten. Hand in Hand mit den äußeren Erschütterungen gingen die inneren. Die anhaltende Grausamkeit und immer sinnloser erscheinende Zerstörungskraft des Krieges überforderte wohl vielfach die Glaubensfähigkeit der Menschen, Notlagen wie Krankheit, Verlust der wirtschaftlichen Existenz durch Brand, Plünderungen und Tod als gottgegebene Prüfungen und Strafen hinzunehmen, eine Haltung, die besonders durch das Luthertum ausgeprägt worden war. Aufklärerische Kräfte drängten an die Oberfläche, verbanden sich zum Teil mit calvinistischen Überzeugungen, und halfen, religiöse Widerstände gegen die organisierte Vorsorge für Unglücks- und Notfälle abzubauen.

In die Überlegungen zu planender Vorsorge griffen auch bedeutende Persönlichkeiten der damaligen Zeit ein. An erster Stelle ist hier Seckendorff zu nennen. Sein "Teutscher Fürstenstaat", der für seine Epoche ein Standardwerk der Staatspraxis werden sollte ³⁾, half jenen Einrichtungen den Boden bereiten. Weitere Impulse gingen von dem in Bayern wirkenden Johann Joachim Becher aus ⁴⁾. In späteren Jahren beteiligte sich auch Leibnitz mit einer Denkschrift an den Erör-

1) W 150/4230

2) Schmitt-Lermann S. 9 ff

3) Seckendorff a. a. O.

4) hierzu Zitate bei Schmitt-Lermann S. 37 ff.

terungen zu diesen Problemen ¹⁾, sowie der Göttinger Stadtrat Kritter ²⁾.

Den gedanklichen Vorbereitungen und Planungen folgten Taten. Im Bereich der Hinterbliebenenversorgung waren sie zunächst noch vereinzelt. Erwähnt seien - als Schrittmacher gewissermaßen - der in Braunschweig-Lüneburg errichtete Pfarr-Witwenkasten von 1636 und eine gleichartige Gründung im Jahre 1645 in Gotha ³⁾. Weitere Städte im Norden und Osten Deutschlands folgten mit Kassengründungen ⁴⁾. Um die Wende zum 18. Jahrhundert schließlich erreichten die Kassengründungen - meist in den Städten - einen Höhepunkt. Sie erwiesen sich jedoch in den wenigsten Fällen als beständig, scheiterten vielmehr an gegenseitiger Konkurrenz, zu kleinem Mitgliederkreis, unzulänglicher wirtschaftlicher Planung und mangelhafter Einsicht in die Funktionsbedingungen derartiger Einrichtungen.

Nach dem Verelben dieser ersten Gründungswelle, von der in den vorwiegend ländlich-kleinstädtischen Gebieten Nassaus noch nichts zu spüren war, folgte, etwa um die dreißiger Jahre des 18. Jahrhunderts beginnend, eine weitere Welle von Kassengründungen ⁵⁾. Sie erfaßte auch die ländlichen Gebiete. Die Gründungen erstreckten sich meist auf den Herrschaftsbereich der einzelnen Fürstentümer. Die Landesherren stellten die Kassen mehr und mehr unter ihren Schutz und förderten sie. Dieser Phase, die sich bis in die siebziger Jahre des Jahrhunderts erstreckte, sind auch die nassauischen Kassengründungen zuzurechnen.

Die Untersuchung endet mit der Annektion des späteren Herzogtums Nassau durch Preußen im Jahre 1866. Dieser politische Akt hatte in den darauffolgenden Jahren die vollständige Integration des nassauischen Witwen- und Waisenkassenwesens in das preußische zur Folge.

1) hierzu Zitate bei Schmitt-Lermann S. 47 ff.

2) Kritter a. a. O.

3) Angaben bei Schmitt-Lermann S. 30 ff.

4) Müller-Armack S. 237/238

5) vgl. hierzu Schmitt-Lermann S. 87, 90 ff., 102

II. Die territorialen und politischen Verhältnisse in den untersuchten Staaten

1. Die nassauischen Staaten im 18. Jahrhundert

Die Untersuchung erstreckt sich auf die Fürstentümer von Nassau-Usingen (Idstein - Wiesbaden), Nassau-Weilburg und Nassau-Oranien sowie auf das aus deren Gebieten später gebildete Herzogtum Nassau. Der wiederkehrende Name Nassau weist bereits darauf hin, daß diese Gebiete wohl einmal in einer Hand vereinigt waren. Dies war bis zum Tode Heinrichs II. von Nassau der Fall. Danach, mit der Teilung der Gebiete durch seine Söhne Walram und Otto im Jahre 1255 ¹⁾, ging diese Einheit verloren. In den folgenden Jahrhunderten splitterte sich der Besitz der nassauischen Erblande weiter auf, gruppierte sich allerdings auch immer wieder zu neuen, größeren Territorial- und Herrschaftsbereichen ²⁾.

Während der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts bildeten sich aus den vielfach geteilten Erblanden und einer Anzahl von Neuerwerbungen die Fürstentümer Nassau-Usingen, Nassau-Weilburg und Nassau-Oranien. Diese neuerliche Konzentration nassauischer Gebiete erklärt sich daraus, daß in jenen Jahrzehnten eine Anzahl kleinerer nassauischer Fürstenhäuser ausstarb, wodurch ihre Territorien kraft Erbrechtes an die fortbestehenden Fürstentümer fielen ³⁾.

Durch erneute Erbteilung bildeten sich aus den wenige Jahre zuvor in nassau-usingischer Hand vereinigten Gebieten im Jahre 1735 das Fürstentum Nassau-Saarbrücken-Usingen, das die rechtsrheinischen Gebiete umfaßte, und das linksrheinisch gelegene Fürstentum Nassau-Saarbrücken-Saarbrücken. Das regierende Fürstenhaus des letzteren starb bereits 1797 wieder aus. Seine Gebiete fielen jedoch nicht mehr an Nassau-Usingen zurück, sondern wurden von Frankreich annektiert. Im Frieden von Luneville 1801 wurde diese Annektion bestätigt ⁴⁾.

Die nassauischen Fürstentümer sind zu den damaligen deutschen Kleinstaaten zu zählen. Das kleinste unter ihnen war Nassau-Weilburg mit (im Jahre 1800) etwa 1.000 qkm Fläche und 57.000 Einwohnern ⁵⁾. Nassau-Usingen hatte zu jener Zeit territorial wie bevölkerungsmäßig etwa die vierfache Größe ⁶⁾. Für Nassau-Oranien fehlen entsprechende Angaben; es dürfte aber noch etwas größer als Nassau-Usingen gewesen sein.

1) Weidenbach S. 254

2) hierzu näheres bei Weidenbach S. 255 ff.

3) vgl. Weidenbach S. 255/256, 259

4) zum ganzen Weidenbach S. 256

5) Demandt S. 325

6) Weidenbach S. 310

Die Bevölkerung war überwiegend ländlich, größere Städte fehlten. Vorherrschend waren Land- und Forstwirtschaft sowie handwerkliche Betriebe. In Nassau-Oranien spielte auch das Berg- und Hüttenwesen (Siegerland) eine größere Rolle ¹⁾.

Die Bevölkerung der Fürstentümer war konfessionell stark gemischt. Dies ist wohl mit eine Folge der im allgemeinen toleranten Haltung der nassauischen Fürsten in Religionsfragen. Indessen überwog der Protestantismus. Die oranischen Gebiete hatten - ihrem Fürstenhaus folgend - eine stärker reformierte Bevölkerung, in Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg überwog dagegen das Luthertum ²⁾.

Einige Worte noch zur Verwaltungsorganisation der Fürstentümer, weil von deren Einrichtungen da und dort die Rede sein wird. Die Verwaltung Nassau-Usingens, soweit sie hier von Interesse sein kann, geht auf die Verwaltungsorganisation der Fürstin Charlotte-Amalie in den Jahren 1728/29 zurück. Mit ihr wurden Hof- und Landesverwaltung getrennt. Zugleich wurden Justiz und Verwaltung voneinander geschieden. Die mit Geheimräten besetzte Justizbehörde (zunächst Regierung, seit 1770 Hofgericht genannt) und die Verwaltungsbehörde (zunächst geheime Kanzlei, später Regierung genannt) bildeten einen Teil der Zentralverwaltung ³⁾. Unter diesen Zentralbehörden fungierten die Ämter als Mittelinstanzen für Justiz und Verwaltung. Neben der zentralen Justiz- und Verwaltungsbehörde stand die Kammerverwaltung (Hofkammer), der das Oberforstamt und das Hüttenamt angegliedert waren. Die kirchliche Verwaltung, von der zugleich das Schulwesen betreut wurde, lag beim Oberkonsistorium. Später kam als fünfte Zentralbehörde noch der Lehnhof hinzu ⁴⁾.

In enger Anlehnung an dieses Vorbild wurde Anfang der vierziger Jahre des 18. Jahrhunderts auch die Verwaltung in Nassau-Oranien neu geordnet ⁵⁾. Komplizierter war der Verwaltungsaufbau dadurch, daß die Fürsten meist im Haag residierten. Zwischen ihnen und der Zentralverwaltung der Erblande, die ihren Sitz in Dillenburg hatte, hatte ein gesondertes Organ, das "Deutsche Kabinett" im Haag, die Verbindung zu halten. Weiterhin wurden zwischen Zentralverwaltung und den Ämtern noch Zwischenbehörden (die beiden Unterdirektorien in Diez und Siegen) eingerichtet. Schließlich wurden zeitweilig die Ämter in

1) näheres bei v. Koppelow Pars III, Sectio I; vgl. auch Demandt S. 320

2) hierzu Adam S. 46 ff.

3) Der Begriff "Regierung" wird in der vorliegenden Arbeit nicht für die Justizbehörden gebraucht.

4) zum ganzen Demandt S. 323 f.

5) Demandt S. 324

den vier Teil-Fürstentümern Dillenburg, Diez, Siegen und Hadamar zu Amtskollegien zusammengefaßt. Die Zentralbehörden trugen hier die Namen Landesregierung, Justizkanzlei, Rentkammer und Oberkonsistorium ¹⁾.

Die Verwaltung in Weilburg war nicht so klar gegliedert. Die Zentralverwaltung wurde von einer einheitlichen Behörde, dem Oberamt, geführt. Dessen Aufgabenbereiche waren nicht sachlich, sondern landschaftlich abgegrenzt. Erst Mitte des 18. Jahrhunderts entstand neben der Zentralbehörde eine selbständige Finanzverwaltung ²⁾.

2. Die nassauischen Staaten im 19. Jahrhundert

Die ersten eineinhalb Jahrzehnte des neuen Jahrhunderts brachten eine Reihe politischer und territorialer Veränderungen, die sich auch auf den Gegenstand dieser Untersuchung nachhaltig auswirkten.

Die größten Veränderungen ergaben sich aus dem Reichsdeputationshauptschluß vom 25. 1. 1803. Durch ihn blieb die staatliche Existenz der drei nassauischen Fürstentümer zwar noch unangetastet, Änderungen hingegen erfuhr ihre territoriale Zusammensetzung. Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg, die als Erben des linksrheinischen Nassau-Saarbrücken alle Besitzansprüche im Saarland und der Pfalz an Frankreich verloren hatten ³⁾, erhielten rechtsrheinische angrenzende Gebiete von Kurmainz (Rheingau und Untermainlande), von Kurtrier (Montabaur und Limburg) und Kurköln (Deutz, Linz und Königswinter); dazu von Hessen-Darmstadt dessen Anteil an der Niedergrafschaft Katzenelnbogen, ferner die Grafschaft Sayn-Altenkirchen und außerdem zahlreichen Streubesitz. Der Gebietsgewinn betrug rd. 2.950 qkm mit 129.000 Einwohnern. Nassau-Oranien bekam für den Verlust seiner niederländischen Statthalterschaft und seiner Domänen (680 qkm mit 34.000 Einwohnern) das Bistum Fulda, das Hochstift Corvey, die Reichsstadt Dortmund und weiteren Besitz in Kurhessen, Württemberg und Bayern (insgesamt rd. 2.600 qkm mit 120.000 Einwohnern) ⁴⁾. Diese Veränderungen mußten zwangsläufig auf die Struktur der Verwaltung und auf die Zusammensetzung der Beamtenschaft zurückwirken. Dies wiederum konnte auf die Dauer nicht ohne Einfluß auf die regional begrenzten Witwen- und Waisenkassen bleiben.

1) Demandt S. 318; v. Koppelow, Pars III Sectio XIII

2) Demandt S. 324

3) Frieden von Luneville 1801; vgl. Weidenbach S. 256

4) zum ganzen Demandt S. 405; Weidenbach S. 285 bis 301

Drei Jahre später wandelten sich unter dem übermächtigen politischen und militärischen Druck des napoleonischen Frankreichs auch die staatlichen Verhältnisse. 1806 wurde auf Betreiben Frankreichs der Rheinbund gegründet. Er stellte insbesondere die kleinen Fürstentümer vor die Alternative, sich entweder vom Deutschen Reich zu lösen und dem Bunde beizutreten, oder sich der Gefahr der Mediatisierung auszusetzen ¹⁾.

Von den nassauischen Fürsten schlossen sich nur die Häuser Usingen und Weilburg dem Bunde an. Das Haus Oranien verweigerte seinen Beitritt. Es mußte diese Weigerung denn auch mit dem Verlust seiner Besitzungen bezahlen. Deren größter Teil, mit ihm die Grafschaften Dillenburg, Siegen und Hadamar, fielen an das neugegründete Großherzogtum Berg ²⁾. Die nassau-oranische Grafschaft Diez erhielten die dem Rheinbund beigetretenen nassauischen Fürsten. Hinzu kamen andere angrenzende kleinere Herrschaften ³⁾. Durch die Rheinbundakte wurde dem Haupt des Hauses Nassau der Herzogtitel verliehen ⁴⁾. Er fiel zunächst dem Fürsten Friedrich-August von Nassau-Usingen zu. Am 30. 8. 1806 erging ein Patent der beiden Fürsten zu Nassau-Usingen und Nassau-Weilburg, in dem sie die Vereinigung ihrer sämtlichen Fürstentümer, Graf- und Herrschaften zu einem unteilbaren Staat erklärten ⁵⁾. Nach der Vereinigung der beiden Staaten umfaßte das Herzogtum ein Gebiet von rd. 5.840 qkm mit 270.000 Einwohnern ⁶⁾.

Die 1806 begründeten Verhältnisse hielten nicht lange an. Mit der Niederlage Napoleons bei Leipzig 1813 wurde auch das Schicksal des Rheinbundes besiegelt. Der Herzog von Nassau zog aus der neuen Situation sogleich die Konsequenzen und ging zu den gegen Napoleon verbündeten Mächten über ⁷⁾. Durch diesen Entschluß gelang es ihm, die Souveränität und im wesentlichen auch den Besitzstand seines Herzogtumes garantiert zu erhalten ⁸⁾.

Schließlich löste der Wiener Kongreß 1814/15 noch einmal einschneidende Veränderungen in den Territorial- und Herrschaftsverhältnissen der nassauischen Staaten aus. Im Jahre 1815 wurden die Niederlande Königreich und Fürst Wilhelm IV von Nassau-Oranien, der bereits 1813 die Statthalterschaft in den Niederlanden wieder übernommen hatte, wurde als Wilhelm I. deren König ⁹⁾.

1) näheres bei Demandt S. 406; Schliephake-Menzel VII/661

2) Weidenbach S. 310

3) Demandt S. 406

4) Schliephake-Menzel VII/663

5) Schliephake-Menzel VII/669

6) Demandt S. 406

7) Schliephake-Menzel VII/754

8) Schliephake-Menzel VII/756

9) Demandt S. 406 f.

Durch Vertrag mit Preußen vom 31. 5. 1815 tauschte er seine deutschen Stammlande gegen Luxemburg ein ¹⁾. Damit blieb das Herzogtum Nassau als einziges nassauisches Staatswesen im deutschen Raum übrig.

Ebenfalls unter dem 31. 5. 1815 schlossen Preußen und das Herzogtum Nassau einen Staatsvertrag ²⁾. Nassau konnte durch ihn vor allem den größten Teil der ehemals nassau-oranischen Gebiete gegen zahlreichen Streubesitz eintauschen ³⁾. Ergänzt wurde dieses Vertragswerk durch den zwischen Preußen und Nassau abgeschlossenen Vollziehungsrezeß vom 14. / 19. 12. 1816 zum Staatsvertrag vom 31. 5. 1815 ⁴⁾. In ihm wurden die durch die Gebietstausche notwendig gewordenen Übergangsregelungen getroffen, unter denen auch das hier behandelte Witwen- und Waisenkassenwesen einen breiten Raum einnahm. Im einzelnen wird darauf noch einzugehen sein.

Durch die neuerlichen Gebietsveränderungen schrumpfte der territoriale Bestand des Herzogtums auf 4.775 qkm ein. Die Bevölkerungszahl, die mit 286.108 Einwohnern angegeben wird, stieg gegenüber 1806 um 16.000, Einwohner ⁵⁾.

Während der dem Wiener Kongress folgenden fünf Jahrzehnte blieb der territoriale Bestand des Herzogtums Nassau unverändert. Um so spannungsreicher entwickelten sich dagegen die innenpolitischen Verhältnisse. Der Grund hierfür bestand vor allem in der, trotz entsprechender verfassungsmäßiger Garantien, von der Bevölkerung als unzulänglich empfundenen parlamentarischen Repräsentation ⁶⁾.

In administrativer Hinsicht standen die ersten Jahre im Zeichen einer Neuorganisation der Verwaltung, durch die die bunt zusammengewürfelten Teilgebiete des Herzogtums zu einem einheitlichen Ganzen zusammengeschlossen werden mußten. Federführend war an dieser Aufgabe der Regierungspräsident Ibell beteiligt. Als Vorlage für die Organisation diente ihm der im alten Nassau-Usingen erprobte Verwaltungsaufbau ⁷⁾. Oberste Verwaltungsbehörde war das Staatsministerium mit einem Staatsminister an seiner Spitze. Für die inneren Verwaltungsangelegenheiten war obere Verwaltungsbehörde die Landesregierung, der ein Regierungspräsident vorstand, und der weiter Fachreferenten für die allgemeine Verwaltung, das 1818 verstaatlichte Medizinalwesen, die Forst-, Berg- und Hütten- sowie die Bauverwaltung und das 1817 der kirchlichen Aufsicht entzogene Schulwesen an-

1) Demandt S. 407

2) W 210/9604, Vertrags-Artikel II

3) wegen der Einzelheiten vgl. den Vertragstext W 210/9604

4) W 210/9612

5) Weidenbach S. 325; Demandt S. 407

6) Demandt S. 409

7) Demandt S. 324

gehörten. Nachgeordnete Behörden der Landesregierung waren die 28 Ämter, die die Verwaltungs-, Justiz- und Medizinalangelegenheiten besorgten, sowie für die anderen Ressorts eine mehr oder weniger große Anzahl von Inspektionen. Die Verwaltung der Finanzen wurde von einem Finanzkollegium besorgt. Eine Rechnungskammer kontrollierte die vorschriftsmäßige Erhebung, Verwendung und Verrechnung der Staatseinnahmen. Der gerichtliche Instanzenzug war dreigliedrig. Untere Instanz waren die Justizämter, zweite Instanz die beiden Hof- und Appellationsgerichte in Wiesbaden und Dillenburg. Höchste Instanz war das Oberappellationsgericht in Wiesbaden ¹⁾. Dieser kurze Blick auf den Verwaltungsapparat zeigt bereits, daß zu seiner Besetzung schon eine beträchtliche Anzahl von Beamten erforderlich war.

Die Kirchenverwaltung lag für die seit der Synode von 1817 vereinigte lutherische und reformierte Kirche beim Landesbischof und dem Kirchensenat. Die Verwaltung gliederte sich in 19 Dekanate und 195 Pfarreien. Die Verwaltung der katholischen Kirche erfolgte durch das 1827 errichtete Bistum Limburg ²⁾.

Die Verwaltungsorganisation wurde im wesentlichen mit einer Beamtenschaft durchgeführt, deren rechtliche Stellung durch das Edikt vom 3./6.12.1811 bereits stark verbessert worden war. Die Entlassung von Beamten aus dem Dienst war darin erheblich erschwert, die wirtschaftliche Existenzgrundlage der Staatsdiener gesichert worden ³⁾.

Die besondere Aufmerksamkeit, die man neben anderen den Schul-, Medizinal- und Kirchenangelegenheiten zuwandte, fand ihren Niederschlag auch in der vorteilhaften Ausgestaltung der Dienstverhältnisse in diesen Fachgebieten.

In den sechziger Jahren geriet das Herzogtum in den Strudel der großen Auseinandersetzungen zwischen Österreich und Preußen um die Vorherrschaft in Deutschland. Nassau stellte sich dabei, wie die meisten Klein- und Mittelstaaten, auf die Seite Österreichs. Als es dann über der Schleswig-Holsteinischen Frage zum Kriege zwischen den beiden großen Kontrahenten kam, und der Bundestag die Mobilmachung gegen Preußen beschloß, erfüllte Nassau seine Bündnispflichten ⁴⁾. Der Krieg endete mit einer Niederlage Österreichs. Im Frieden von Prag stimmte Österreich den Bestrebungen Preußens zu, Norddeutschland in einen Norddeutschen Bund unter der Führung Preußens zusammenzufassen und willigte unter anderem auch in die Annexion des Herzogtums Nassau durch Preußen ein. 1866 hörte das Herzogtum auf, als selbständiges Staatswesen zu bestehen. Zusammen mit Kurhessen wurde es zur preußischen Provinz Hessen-Nassau.

1) zum ganzen vgl. Weidenbach S. 337 ff.

2) Weidenbach S. 339

3) NVOBl. 1811/118 ff., näheres im zweiten Teil der Abhandlung

4) Demandt S. 413

A. ENTSTEHEN UND ENTWICKLUNG DER KASSEN IN DEN NASSAUISCHEN FÜRSTENTÜMERN

Nassau-Usingen

1. Pläne und Versuche

Die ältesten in Nassau-Usingen nachweisbaren Bestrebungen, die materielle Notlage der Witwen und Waisen durch die Errichtung von Witwen- und Waisenkassen zu mildern, fielen in den Anfang der zwanziger Jahre des 18. Jahrhunderts. Sie kamen aus dem Kreis der evangelischen Geistlichen. Die Planungen waren ungewöhnlich intensiv, mannigfaltig und wurden auf breiter Ebene geführt. Gleichwohl sollte es nahezu drei Jahrzehnte dauern, bis es gelungen war, eine funktionsfähige Kasse ins Leben zu rufen. Am Anfang dieser Entwicklung standen Versuche, für die einzelnen Diözesen gesonderte Kassen einzurichten. Soweit dies festzustellen ist, gingen sie auf Anregungen aus dem Kreise der in den Diözesen amtierenden Pfarrer zurück und wurden dann von einem Mitglied der Diözese oder der Kirchenverwaltung selbst ausgearbeitet.

Das erste dieser Projekte stammte aus der Wiesbadener Diözese. Sein Urheber war ein Inspektor Stern. In einem an seine Pfarrkollegen gerichteten Rundschreiben ¹⁾ - dem einzigen noch auffindbaren Dokument über dieses Projekt - legte Stern seine Gedanken zur Errichtung einer Witwen- und Waisenkasse nieder. Zugleich forderte er die Pfarrer zur Stellungnahme auf und drängte sie, zur raschen Verwirklichung dieses Projektes an ihn 5 Reichstaler (Eintrittsgeld) zu zahlen. Aus dem Schreiben geht hervor, daß die Planungen schon einige Zeit vorher begonnen und dem Landesherrn sowie dem Superintendenten bereits vorgelegen haben müssen, und auf beider Anregungen bereits in einigen Teilen umgearbeitet worden waren.

Die Verwirklichung des Vorhabens blieb jedoch - einem Aktenvermerk des Wiesbadener General-Superintendenten Dr. Lange vom 26.10.1729 ²⁾ zufolge - in den Anfängen stecken und fiel nach dem Tode Sterns Mitte der zwanziger Jahre vollends in sich zusammen.

1) W 131 XII b 11; Rundschreiben vom 4. 4. 1721

2) W 131 XII b 11

Der zeitlich nächste Versuch wurde 1728 in der Diözese Ottweiler unternommen¹⁾. Dort stellte ein Inspektor Woytt ein weitgehend ausgearbeitetes Kassenstatut mit über 40 Artikeln zusammen. Nachdem die Pfarrer der Diözese dem Entwurf zugestimmt hatten, legte er ihn dem General-Superintendenten vor mit dem Ersuchen, ihn der Fürstin Amalie-Charlotte zur "Konfirmation" weiterzuleiten. Der General-Superintendent beurteilte den Entwurf zwar positiv²⁾, indessen finden sich keine weiteren Hinweise, ob das Statut später in Kraft getreten ist.

2. Pfarr-Witwen- und Waisenkasse von 1749

Um die gleiche Zeit scheint auch in der Spezialdiözese Idstein das Drängen nach der Gründung einer Kasse ziemlich stark geworden zu sein. Es fand schließlich seinen Niederschlag in einem programmatisch gefaßten Entwurf des Prorektors des Idsteiner Gymnasiums, Ostertag³⁾. Der Entwurf wurde dem General-Superintendenten in Wiesbaden zugeleitet, der daraufhin die Planungen für die Kasse selbst in die Hand nahm. Neben den Plänen Sterns und Woytt's wurden verschiedene Statuten von ähnlichen Kassen in Frankfurt und aus der Herrschaft Eppstein⁴⁾ herangezogen. Auf dieser Grundlage wurde ein neuer Entwurf erarbeitet, der den Namen des General-Superintendenten Dr. Lange trägt und den Pfarrern der Diözese Ende des Jahres 1730 zu einer ersten Stellungnahme zugesandt wurde. Nach Eingang dieser Stellungnahmen, die im einzelnen nicht mehr erhalten sind, wurde dann ein weiterer ausführlicher Entwurf erstellt, der bei der Synodalversammlung der Diözese im Herbst des Jahres 1731 beraten werden sollte. Trotz ausführlicher Beratungen gelang es jedoch weder bei dieser Versammlung noch bei den späteren in den Jahren 1732 und 1734, sich auf ein Kassenstatut zu einigen⁵⁾. Als der Pfarrer Moebus aus Wiesbaden 1735 anfragte, ob das geplante Institut bald eingerichtet werde, und ob auch die Pfarrer aus der Diözese Wiesbaden daran teilnehmen könnten, mußte ihm der General-Superintendent Dr. Lange mitteilen, daß das Werk in den Planungen steckengeblieben sei wegen der divergierenden Bestrebungen der einzelnen Pfarrer. Er, Lange, habe deshalb einen anderen Weg eingeschlagen und versuche, die Sache zunächst einmal ohne

1) W 131 XII b 11

2) W 131 XII b 11

3) W 131 XII b 11

4) vgl. Witwen- und Waisenkassen der Priesterschaft auf dem Lande von Frankfurt/M. v. 6. 8. 1726; Witwen- u. Waisenkasse zu Frankfurt/M. v. Mai 1714; Gymnasiallehrerkasse zu Frankfurt/M. v. 14. 10. 1722; Pfarr-Witwen- und Waisenkasse in der Herrschaft Eppstein v. 6. 7. 1718; ebd.

5) W 131 XII b 11

die interessierten Pfarrer bei dem Oberkonsistorium in Usingen weiterzutreiben¹⁾. Hiernach scheinen aber die Bemühungen gänzlich zum Stillstand gekommen und an eine Verwirklichung des Planes in absehbarer Zeit nicht mehr gedacht worden zu sein. Jedenfalls fehlen entsprechende Unterlagen; dagegen ist belegt, daß man einem Pfarrer, der auf die geplante Kasse bereits Beitragsleistungen eingezahlt hatte, diese im Jahre 1742 zurückerstattete²⁾.

Zu den Gründen, die eine Einigung über die Fassung der Statuten verhinderten, gehörten neben unterschiedlichen Auffassungen über die Fragen des Beitrittszwanges, der Höhe der Beiträge und des Umfanges der Kassenleistungen auch theologische Bedenken, ob es richtig sei, durch die Gründung einer solchen Kasse zu versuchen, dem göttlichen Schicksal eigenmächtig eine andere Wendung zu geben. Weiterhin wurden Bedenken geäußert, ob die Vorteile der Kasse nicht zu Sorglosigkeit und Verschwendung verleiten könnten. Andere störte es, daß nach den geplanten Statuten arme und reiche Witwen die gleichen Unterstützungen erhalten sollten. Wieder andere sahen eine Ungerechtigkeit darin, daß der Umfang der Versorgung der Witwen alsbald versterbender Kassenteilnehmer regelmäßig in umgekehrt proportionalem Verhältnis zu dem Beitrag der Verstorbenen stehen würde, während die Witwen später sterbender Kassenmitglieder im ganzen weniger aus der Kasse zu erwarten hätten, obwohl ihre Ehemänner dann viel mehr beigetragen haben würden³⁾.

Die Befürworter der Kasse, insbesondere der General-Superintendent, hielten den theologischen Einwänden eine Reihe von Bibelstellen entgegen, die die Unterstützung der Witwen anempfahlen, und verwiesen auf ähnliche Zielsetzungen der milden Stiftungen, die nach allgemeiner Meinung als gute christliche Werke gälten. Der Verleitung zu Sorglosigkeit und Verschwendung könne durch eine gute Ordnung entgegengewirkt werden, im übrigen dürfe diese Gefahr eine an sich gute und nützliche Tat nicht hindern. Daß der Umfang der Kassenleistungen kaum zu Sorglosigkeit und Verschwendung würde Anlaß geben können, sah man entweder nicht, oder man verschwieg es geflissentlich.

Der gleichen Versorgung von armen und reichen Witwen entspreche auf der anderen Seite eine für alle gleichmäßige Beitragslast. Die aus dem früheren oder späteren Tod eines Kassenmitgliedes angeblich resultierende Ungerechtigkeit wurde mit dem Hinweis erledigt, daß die Frauen und Kinder spät versterbender Geistlicher froh und dankbar sein sollten, daß sie von den Kümernissen des Witwen- und Waisenstandes möglichst lange verschont blieben⁴⁾.

1) W 131 XII b 11

2) W 131 XII b 11

3) W 131 XII b 11; Protokolle der Beratungen auf den Synodalversammlungen

4) W 131 XII b 11; Stellungnahme zu den gegen das Kassenprojekt erhobenen Einwänden

Anfang des Jahres 1749 erhielt die Arbeit an der Kassen Gründung einen neuen, kräftigen Impuls. Zwei Pfarrer aus der Diözese Idstein, Johann Philipp Thomae aus Esch und Johann Andreas Dieffenbach aus Oberrhod, entwarfen auf der Grundlage der bisherigen Planungen ein neues Statut und versahen es mit einem eindringlichen und drängenden Vorwort. Um ihm auch den nötigen personellen Rückhalt zu geben, ließen sie den Entwurf von den Pfarrern ihrer Diözese, insgesamt 23 Personen, mit unterzeichnen ¹⁾. Das Projekt wurde sodann bei dem General-Superintendenten Dr. Lange eingereicht, der es mit einer Empfehlung an den Fürsten weiterleitete ²⁾. Dieser genehmigte das Statut und setzte am 27. 8. 1749 das "Reglement des Nassau-Saarbrücken-Idsteinischen Pfarr-Witwen- und Waisenkastens" in Kraft ³⁾, wobei gleich eingangs angemerkt wurde, daß die Kasse auch den Geistlichen der anderen usingischen Diözesen zum Beitritt offenstehe.

Das Statut stellte den Geistlichen den Beitritt zur Kasse frei. Der Fürst machte ihn jedoch für die Pfarrer seiner Privatlande zur Pflicht.

Den Aufnahmebetrag bestimmte das Statut auf 5 Gulden und 1 Malter Korn, sofern die Pfarrer während des ersten halben Jahres nach Gründung der Kasse in diese eintreten wurden. Später Eintretende sollten 8 Gulden und 2 Malter Korn leisten, ferner die Beiträge nachzahlen, die sie bei rechtzeitigem Eintritt hätten entrichten müssen. Der jährliche Beitrag sollte in einem Reichstaler und einem Malter Korn bestehen. Geistliche, die infolge Alters oder Schwachheit zur Erfüllung ihrer Aufgaben einen bezahlten Gehilfen anstellen mußten, waren jedoch von der Beitragspflicht zu entbinden.

Hartnäckige Beitragsverweigerung sowie Amtsentsetzung wegen begangener strafbarer Handlungen sollten den Ausschluß aus der Kasse zur Folge haben. Daran schuldlosen Witwen sollte es jedoch überlassen bleiben, sich durch jährliche Beiträge von 2 Gulden bis zum Tode ihres Ehegatten die Kassenrechte zu erhalten.

Den Hinterbliebenen sollten zunächst 10 fl. aus der Kasse zur Erleichterung der Begräbniskosten gewährt werden. Die jährlichen Unterstützungsleistungen wurden hingegen vom jeweiligen Zustand der Kasse abhängig gemacht, sollten aber durch Beschluß der Mitgliedergemeinschaft immer auf drei Jahre im voraus festgelegt werden.

Die Witwen sollten die Unterstützung für die Dauer ihres Witwenstandes, die Kinder bis zu ihrem zwanzigsten Lebensjahr und, sofern sie gebrechlich sein würden, lebenslang erhalten.

1) W 131 XII b 11

2) Schreiben v. 11. 6. 1749; W 131 XII b 11

3) W 131 XII b 11

Die Mitgliedergemeinschaft sollte die Kasse selbständig verwalten, zu diesem Zweck aber zwei Administratoren ernennen. Der Landesherr behielt sich ein Kontrollrecht über die Kasse vor.

Als Unterstützung gewährte er der Kasse auf zehn Jahre Befreiung von den Kanzlei-, Amts- und Stempelgebühren. Der General-Superintendent stiftete zur besseren Begründung des Kassenfonds 100 fl. ¹⁾.

Die Kasse scheint in dieser Form unverändert bis in die Mitte der siebziger Jahre bestanden zu haben, jedenfalls sind bis dahin keine Änderungsbestrebungen nachweisbar. 1776 aber wurde es notwendig, die Versorgungseinstellungen für jede Witwe von jährlich 15 fl. und 4 Malter Korn auf 12 fl. und 2 Malter Korn herabzusetzen. Die Kasse zählte zu dieser Zeit 37 Mitglieder, hatte aber bereits 19 Witwen und deren Kinder zu unterstützen ²⁾.

Um den Kassenfond zu verbessern, unterbreitete die Kassenverwaltung dem Konsistorium einige Vorschläge, mit denen sie die Einführung des allgemeinen Beitrittszwanges, eine Unterstützung der Kasse aus den reichen Kirchenkästen sowie einen Zuschuß in Gestalt eines Besoldungsquartals aus den vakant werdenden Pfarrstellen anstrebte ³⁾. Der Zuschuß aus den reichen Kirchenkästen wurde durch Konsistorialbeschuß am 23. 10. 1776 bewilligt ⁴⁾, ein Jahr später aber widerrufen mit der Begründung, die Kirchenkästen seien zu arm und könnten diese zusätzliche Belastung nicht tragen ⁵⁾. Mit dem gleichen Beschuß wurde andererseits aber dem Vorschlag, den allgemeinen Beitrittszwang einzuführen, zugestimmt, jedoch mit der Einschränkung, daß Nachzahlungen nicht erhoben werden sollten. Ferner wurden der Kasse die erbetenen Zuschüsse aus den frei werdenden Pfarrstellen auf zehn Jahre bewilligt.

Die Kassenverwaltung zeigte sich über den Entzug des Zuschusses aus den Kirchenkästen in einem Schreiben an das Konsistorium sehr bestürzt und versuchte zugleich, an Hand einiger Erhebungen nachzuweisen, daß die finanzielle Lage der Kirchenkästen eine Unterstützung der Witwen- und Waisenkasse durchaus zuließe ⁶⁾, konnte aber eine Änderung des Widerrufs nicht erreichen ⁷⁾.

Am 14. 4. 1783 wurde die Kassenverwaltung beim Konsistorium erneut vorstellig, denn während der letzten Jahre hatte sich herausgestellt, daß der der Kasse zu-

1) W 131/XII b 11: Einleitung zum Kassenstatut

2) W 131 XII/b 11

3) W 131 XII/b 11

4) W 131 XII b 11

5) W 131 XII b 11: Beschluß vom 14. 12. 1777

6) W 131 XII b 11: Schreiben vom 23. 4. 1778

7) W 131 XII b 11: Resolution vom 24. 5. 1778

gedachte Zuschuß aus den vakant gewordenen Pfarrstellen praktisch nicht einzutreiben war. Die finanzielle Lage der frei gewordenen Pfarrstellen war so schlecht und die Mittel so nötig zu deren Instandhaltung, daß sie in allen Fällen von der Zuschußpflicht befreit werden mußten. Die Verwalter der Witwen- und Waisenkasse baten daher, diese Regelung dahingehend umzuändern, daß die Pfarren je nach ihrem Ertrag in drei Klassen eingeteilt würden; bei jeder Neubesetzung einer Pfarre sollte der neue Geistliche an die Witwen- und Waisenkasse einen dem Ertrag seiner neuen Pfarre entsprechenden einmaligen Betrag abführen. Diese Abgabe sollte sich bei Pfarren mit Einkünften von jährlich über 500 fl. auf 20 fl., bei solchen mit Erträgen zwischen 300 und 500 fl. auf 15 fl. und bei Pfarren mit einem unter 300 fl. liegenden Ertrag auf 10 fl. belaufen ¹⁾. Dieser Vorschlag fand die Zustimmung des Konsistoriums. Es ordnete am 14. 10. 1783 die empfohlene Neuregelung für die Dauer von 20 Jahren an ²⁾.

An Hand der Akten läßt sich die beschriebene Kasse weiter bis in das Jahr 1810 hinein verfolgen. Die Materialien enthalten jedoch keine für die Kasse bedeutsamen Bestimmungen mehr und geben auch keinen Aufschluß über ihre weitere wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung ³⁾.

3. Zivildienere-Witwen- und Waisenkasse von 1751

Die Gründung einer Witwen- und Waisenkasse für die Zivildienerschaft fällt ungefähr in die gleiche Zeit wie die des Instituts für die Pfarrer. Knapp anderthalb Jahre später trat sie nach fürstlicher Konfirmation am 3. 2. 1751 in Kraft ⁴⁾.

Die Planungen scheinen hier aber wesentlich reibungsloser und zügiger vonstatten gegangen zu sein als bei den Geistlichen, jedenfalls finden sich erste Unterlagen über dieses Projekt erst aus dem Jahre 1749. Am 20. September dieses Jahres ging ein Promemoria des Oberamtes Wiesbaden ⁵⁾ an alle Ämter, in dem die Gründung einer Witwen- und Waisenkasse vorgeschlagen wurde. Eine Bezugnahme auf andere Vorbilder ist nicht zu erkennen, und auch das Promemoria beschränkte sich zunächst auf ein ganz allgemein gehaltenes Fünf-Punkte-Programm, aus dem lediglich zu ersehen ist, daß man an eine Kassengründung unter der Aufsicht und dem Schutz des Landesherrn dachte. Es sollten verbindliche Vorschriften geschaffen werden, nach denen man das Institut führen und verwalten wollte.

1) W 131 XII b 11

2) W 131 XII b 11

3) W 131 XII b 11 und 11a

4) W 131 XII b 1/1

5) W 131 XII b 1/1

Bis auf die Beitragssätze (etwa 50 fl. Eintrittsgeld und 4 - 6 fl. jährlicher Beitrag) waren sie aber noch nicht näher konkretisiert. Vielmehr beschränkte sich das Schriftstück darauf, die Zivildienen der Ämter zunächst einmal um Stellungnahmen zu bitten und anzuregen, ihre Bereitschaft zum Beitritt zu erklären.

Die Initiative zu diesem Unternehmen kam allem Anschein nach aus dem Kreis der Dienerschaft des Oberamtes Wiesbaden. Federführung für die Planungen wurden alsbald der Kammer-Sekretär St. Georgen und der Kammer-Schreiber Eberhardi ¹⁾.

In den folgenden Monaten gingen zahlreiche Stellungnahmen der einzelnen Zivildienen ein, so daß sich St. Georgen Ende des Jahres 1749 daranbegeben konnte, die Stellungnahmen auszuwerten und einen ersten vorläufigen Entwurf auszufertigen. Nachdem dieser Entwurf von Eberhardi noch ergänzt worden war, wurde er von letzterem im Auftrag der Zivildienerschaft dem Landesherrn unterbreitet ²⁾. Dieser forderte aber, zunächst einmal die genauen Statuten zu formulieren und eine Aufstellung der Teilnehmer beizufügen ³⁾.

St. Georgen lud daraufhin die Zivildienen der einzelnen Ämter zu einer gemeinsamen Beratung der Statuten nach Wiesbaden ein ⁴⁾. Er hatte hierfür ein 26 Punkte umfassendes Statut vorbereitet. Zu der drei Tage später stattfindenden Beratung erschienen jedoch nur 12 Zivildienen des Oberamtes Wiesbaden ⁵⁾. St. Georgen unterrichtete deshalb die nicht Erschienenen von dem Ergebnis der Beratungen, sandte ihnen Entwurf und Protokoll zu und forderte sie auf, dazu schriftlich Stellung zu nehmen ⁶⁾. Nachdem bis zum 30.12.1750 von allen Ämtern die Stellungnahmen und formellen Beitrittserklärungen - im ganzen 49 - eingegangen waren, wurde das Projekt dem Landesherrn zur Genehmigung und Bestätigung vorgelegt ⁷⁾.

Die Kassenordnung enthielt im wesentlichen folgende Bestimmungen:

Der Kreis der zur Kasse zugelassenen Bediensteten war lediglich negativ bestimmt. Ausländische Bedienstete konnten der Kasse nicht beitreten (§ 25). Inländische Zivildienen sollten dagegen in der Kasse verbleiben können, auch wenn sie aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden und ins Ausland gehen würden (§ 26). Das Kassenstatut stellte es den Zivildienen

1) W 131 XII b 1/1

2) W 131 XII b 1/1

3) W 131 XII b 1/1

4) W 131 XII b 1/1; Schreiben vom 28.10.1750

5) W 131 XII b 1/1

6) W 131 XII b 1/1

7) W 131 XII b 1/1

frei, der Kasse beizutreten (§1). Diese Regelung wurde jedoch durch die fürstliche Bestätigung des Statuts wenigstens teilweise wieder außer Kraft gesetzt, indem der Fürst anordnete, daß alle in herrschaftlichen Diensten stehenden Zivildienenr, gleichviel ob verheiratet oder unverheiratet, der Kasse beizutreten hätten. Soweit danach noch ein freiwilliger Beitritt in Betracht kam - so etwa für die Forstbediensteten und Hofoffizianten, ferner für die Oberschultheißen, Stadt- und Gerichtsschreiber ¹⁾ - sollte er innerhalb eines Vierteljahres nach der Kassengründung bzw. nach Dienst- eintritt des einzelnen Interessenten erfolgen. Auch nach dieser Frist sollte der Beitritt noch weitere 5 Jahre möglich sein, jedoch nur um den Preis eines erhöhten Eintrittsgeldes (§§ 22, 23).

Die Beitragsleistungen bestanden aus Eintrittsgeldern und laufenden Prämien. Das Kassenstatut setzte das Eintrittsgeld generell auf 40 fl. fest, die in vier Jahresraten gezahlt werden konnten (§§ 1, 2). Dieser Betrag galt aber nur für die innerhalb eines Vierteljahres nach Kassengründung dem Institut freiwillig beitretenden Interessenten. Für seine zum Beitritt verpflichteten Zivildienenr setzte der Fürst das Eintrittsgeld sogleich auf 50 fl. herauf. Für später eintretende Bedienstete traf das Statut selbst abweichende Bestimmungen. Waren es Landesangehörige, sollten sie 50 fl., waren es hingegen Ausländer, sollten sie 60 fl. Eintrittsgeld aufbringen. Bei den Söhnen von Kassenmitgliedern begnügte sich das Statut mit einem Eintrittsgeld von 30 fl. (§ 24). Die laufende Prämie war auf 4 fl. jährlich festgesetzt. Sie war quartalsweise zu zahlen (§ 5). Die Beiträge waren unentgeltlich einzusenden. Säumige Mitglieder wurden mit Strafgeldern belegt (§§ 5, 12).

Anspruchsberechtigt gegenüber der Kasse waren die Witwen und ehelichen Kinder verstorbener Mitglieder. Die Verteilung der Kassenleistungen erfolgte nicht nach Köpfen der Hinterbliebenen, vielmehr bildeten Witwe und bzw. oder Kinder eines verstorbenen Mitgliedes ungeachtet ihrer Zahl eine Versorgungseinheit (§ 15). Alle Versorgungseinheiten sollten gleiche Leistungen aus der Kasse erhalten (§ 13).

Die Dauer der Kassenleistungen war für eine hinterbliebene Ehefrau von einem sittlichen Lebenswandel und von ihrem Witwenstand abhängig gemacht. Heiratete sie von neuem, so sollte die Versorgungsquote allein auf die Kinder des verstorbenen Mitgliedes übergehen. Durch Beitragsfortzahlung konnten sich wiederverheiratende Frauen verstorbener Kassenmitglieder aber ihre Versorgungsberechtigung erhalten (§§ 15, 16, 17).

1) W 131 XII b 3/2

Soweit die Kinder eines verstorbenen Kassenmitgliedes als Waisen oder infolge der Wiederverheiratung ihrer Mutter selbst die Kassenleistung beanspruchen konnten, galt dieses Recht für die Söhne bis zum 23. Lebensjahr, soweit sie nicht vorher ihren Lebensunterhalt selbst bestritten, und für die Töchter bis zum 20. Lebensjahr, wenn sie nicht schon vorher heirateten. Gebrechliche Waisen, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst verdienen konnten, sollten nach dem 23. bzw. 20. Lebensjahr die Hälfte des Versorgungsgeldes lebenslänglich erhalten (§§ 20, 21). Die Kassenleistungen sollten unpfändbar sein (§ 31).

Die Höhe der Versorgung war nicht festgelegt. Das Statut beschränkte sich insoweit auf den Gemeinplatz, daß die Leistungen vom Umfang der jährlichen Einkünfte sowie von der Anzahl der zu versorgenden Hinterbliebenen abhingen (§ 14).

Ähnlich ungefähr blieb das Statut in der Frage der Rücklagenbildung. Es bestimmte lediglich, daß "ein gewisser Teil" einbehalten und zu Kapital geschlagen werden sollte (§ 14).

Umso detaillierter und plastischer waren die Vorschriften über die Verwaltung der Kasse. Kassen- und Buchführung sollten von einem Rechner erledigt werden, der Mitglied der Kasse war, hingegen kein fürstlicher Rat des Kollegiums sein oder sonst mit fürstlichen oder kirchlichen Rechnungsangelegenheiten betraut sein durfte (§ 6). Er hatte eine Kautionsleistung zu leisten (§ 9). Seine Bestellung erfolgte für vier Jahre (§ 7). Die Tätigkeit des ersten Rechners sollte mit 10 fl., die der späteren Rechner nur noch mit 5 fl. vergütet werden (§ 7).

Als Aufsichtsorgan über den Rechner war ein Deputierten-Kollegium vorgesehen, das alle drei Jahre neu gewählt werden sollte. Seine Aufsichtspflicht erstreckte sich vor allem auf die Austeilung und Ausleihe von Kassengeldern. Kapitalien durften nur gegen gerichtlich gesicherte Grundpfandrechte ausgeliehen werden (§ 28); die Kapitalausleihe an Kassenmitglieder war untersagt (§ 30).

Gelder, Briefschaften und Obligationen waren in einer dreifach verschlossenen Kiste zu verwahren (§ 29). In regelmäßigen Zeitabständen hatte der Rechner den Kassenmitgliedern Rechnung zu legen (§ 10). Für den Fall, daß Unregelmäßigkeiten bei der Kassenführung auftreten sollten, war ein Schiedsmannverfahren vorgesehen.

Dem Kassenstatut war eine Einleitung vorangestellt, in der die Notwendigkeit des Institutes begründet und gegen mögliche Einwendungen verteidigt wurde. Dabei sah man sich anscheinend vornehmlich religiösen Bedenken ausgesetzt,

denn es wurde besonders betont, daß es die Pflicht der Menschen sei, für sich zu sorgen, und daß menschliche Vorsorge durchaus vereinbar sei mit dem Gebot, das gottgegebene Schicksal hinzunehmen. Darüber hinaus wurde noch auf das Beispiel anderer Staaten verwiesen, ohne diese jedoch näher zu bezeichnen. Die Kassenordnung schloß mit einem Gebet.

Am 3. 2. 1751 wurde das Statut vom Fürsten genehmigt. Zugleich wurden der Kasse das "beneficium competentiae" gewährt und die Rechte einer milden Stiftung verliehen. Sie wurde von allen Amts-, Stempel- und sonstigen Gebühren befreit. Zur Begründung des Kassenfonds bewilligte der Fürst 1. 500 fl. und weiterhin einen Zuschuß von 75 fl. pro Jahr aus der Hof-Cammer-Receptur ¹⁾.

Die Unterlagen über die wirtschaftliche Entwicklung der Kasse sind spärlich und lückenhaft. Die laufenden Kassenabrechnungen sind nicht mehr vorhanden. Über die finanzielle Entwicklung gibt lediglich eine Zusammenstellung aus den ersten zehn Jahren des Bestehens der Kasse Aufschluß. Ihr zufolge stieg die Zahl der Mitglieder auf etwa 60 Personen. Die Kapitalzuwachsrate betrug 1753 700 fl., fiel im folgenden Jahr aber bereits auf etwas über 400 fl. ab und sank im Laufe der nächsten Jahre bis auf etwa 200 fl. jährlich ²⁾. Im Jahre 1760 betrug der Kassenfond 5. 675 fl. Das Versorgungsaufkommen stieg während der ersten zehn Jahre auf fast 500 fl. Es wurde von vornherein ein großer Teil der Kasseneinkünfte auf die Hinterbliebenenversorgung verwendet. Die Leistungsquanten der ersten zehn Jahre lagen zwischen 150 und 200 fl. ³⁾. Sie mußten aber sehr schnell vermindert werden, als die Zahl der Hinterbliebenen stieg; 1757 wurden an neun Witwen etwa 400 fl. ausgeteilt. Das bedeutete eine jährliche Unterstützung von 44 fl. pro Witwe. Erwähnenswert ist schließlich das rapide Anwachsen der Strafgeelder, die 1759 57 fl. und 1760 gar 69 fl. erreichten ⁴⁾. In diesen Zahlen spiegelt sich ein nachhaltiges Stocken der Beitragsleistungen wider ⁵⁾.

Anfang der achtziger Jahre geriet die Kasse in Schwierigkeiten. Die finanzielle Kraft des Instituts wurde so gering, daß die Kassenleitung vor der Frage stand, ihren Kapitalfond anzugreifen.

1) W 131 XII b 1/1

2) W 131 XII b 1/3

3) W 131 XII b 1/3

4) W 150/4233

5) vgl. das Gutachten des Regierungsrates Vigelius vom 24. 11. 1785; W 131 XII b 3/2

Dies veranlaßte den Regierungsrat Vigelius, eines der drei geschäftsführenden Mitglieder, in einem Gutachten ¹⁾ an die Regierung auf diese Entwicklung hinzuweisen und auf Abhilfe zu drängen. Nach Auffassung von Vigelius hatte die Notlage der Kasse drei Gründe. Zum ersten war, soweit nicht Beitrittszwang bestand, nur eine zögernde Teilnahme zu beobachten, die Vigelius auf die in unterschiedlicher Höhe angesetzten Eintrittsgelder zurückführte. Diese Staffelung werde als ungerecht empfunden, zumal die Versorgungsleistungen für alle gleich seien. Zudem habe sich auch gezeigt, daß die Eintrittsgelder und Beiträge nur mühsam beizutreiben seien. Die dadurch entstandenen Beitragsrückstände erhöhten sich noch ständig durch die den säumigen Mitgliedern anzuerlegenden Straf-gelder; das wiederum erschwere die Tilgung der Rückstände noch weiter ²⁾. Von den zwischen 1764 und 1772 zum Beitritt aufgeforderten Zivildienern hätten bis 1785 sechzehn weder Eintrittsgeld noch Beiträge gezahlt; weitere fünfzehn hätten seit 1772 keine Beiträge mehr abgeführt ³⁾. Zum zweiten beklagte Vigelius, daß die Geschäftsführung sehr im Argen liege. Das Interesse der Mitglieder an der Kasse und deren Führung sei äußerst gering. Er sei seit 1764 als geschäftsführendes Mitglied im Amt, weil sich niemand für die Nachfolge gefunden habe. Die Mitglieder kämen nicht zu den angesetzten Zusammenkünften, so daß keine die Kasse betreffenden Beschlüsse gefaßt werden könnten. Schließlich habe der Kassenrechner, Kammerrat Strupler, seit 1772 nicht mehr Rechnung gelegt, auch das Einziehen der Beiträge und Kapitalzinsen so nachlässig gehandhabt, daß aus den laufenden Einkünften die Versorgung der Hinterbliebenen nicht mehr gedeckt werden könnte.

Auf daran anschließende Empfehlungen hin, wie den Mißständen am zweckmäßigsten abgeholfen werden könne, ordnete der Landesherr Carl-Wilhelm am 19.1.1786 ⁴⁾ eine erweiterte Teilnahmepflicht an; betroffen wurden hiervon alle Oberschultheißen, Stadt- und Gerichtsschreiber, Hofoffizianten und Forstbediensteten, gleichgültig, ob sie verheiratet waren oder nicht. Weiterhin wurden die Eintrittsgelder für alle gleichmäßig auf 50 fl. festgesetzt und für ihre Zahlung ein weniger drückendes Ratenzahlungssystem eingeführt. Die Höhe der laufenden Beiträge blieb unverändert. Unverheirateten und verwitweten Mitgliedern ohne Kinder wurde nachgelassen, das Eintrittsgeld erst im Falle ihrer Heirat oder Wiederverheiratung zu entrichten. Die Beitragsrückstände sollten bis zum Jahre 1785 einschließlich niedergeschlagen werden. Um in Zukunft sicherzustellen, daß die Zahlungen regelmäßig eingingen, sollten die Beiträge fortan von den

1) W 131 XII b 3/2: Gutachten vom 24.11.1785

2) W 131 XII b 3/2

3) W 131 XII b 3/2

4) W 131 XII b 3/2

Besoldungsstellen einbehalten und direkt an die Witwen- und Waisenkasse abgeführt werden. Um dem Kassenfond aufzuhelfen, setzte der Fürst die Versorgungsleistungen für die Witwen für drei Jahre auf 20 fl. herab. Schließlich bestimmte er, daß am 1. März eines jeden Jahres in Zukunft Versammlungen der Kassenmitglieder stattfinden sollten. Verhinderte Mitglieder konnten hierfür die teilnehmenden ermächtigen, in ihrem Namen zu stimmen. Der Landesherr stellte die Kasse von nun an unter seine besondere Aufsicht; zu ihrer finanziellen Gesundheit trug er indessen nichts bei.

Auf der Mitgliederversammlung am 1. 3. 1788 ¹⁾ beschäftigten sich die Teilnehmer von neuem mit Möglichkeiten der Kapitalbildung. Sie beschlossen, bis zum Ende des Jahres 1790 nur die Kapitalzinsen und den landesherrlichen Zuschuß an die Witwen zu verteilen, mit den übrigen Einnahmen aber den Kassenfond zu erweitern. Nach Ablauf dieser Zeitspanne sollten dann auch wieder 200 fl. des Beitragsaufkommens für die Versorgungsleistungen verwandt werden. Zu dieser Zeit zählte die Kasse 120 Mitglieder, von denen 90 verheiratet waren. Das Beitragsaufkommen belief sich auf 480 fl. jährlich. Die Kasse hatte 20 Witwen zu unterstützen, eine im Verhältnis sehr niedrige Zahl, die sich aber wohl dadurch erklärt, daß der Mitgliederbestand gerade erst durch die landesherrliche Verordnung von 1786 fast um das doppelte erweitert worden war. Der Landesherr genehmigte den auf der Mitgliederversammlung gefaßten Beschluß am 26. 3. 1788 ²⁾.

Sehr spät erst besann sich also das Unternehmen darauf, bewußt und zielstrebig Kapital zu bilden, um mit dessen Zinserträgen die Leistungsfähigkeit der Kasse zu verbessern. Es scheint sich dabei aber auf seine regelmäßigen Einnahmequellen beschränkt zu haben, jedenfalls läßt sich nicht nachweisen, daß versucht worden ist, auch außerordentliche Zuwendungen, insbesondere vom Landesherrn, zu erwirken. Den Bemühungen ist dann auch kein durchschlagender Erfolg beschieden gewesen; jedenfalls betrug das jährliche Versorgungsquantum im Jahre 1802 noch nicht mehr als 28 fl. ³⁾ Dieser Zahl steht allerdings eine andere gegenüber, die darauf schließen läßt, daß dem usingischen Institut bis zu seiner Auflösung 1816 ⁴⁾ noch ganz erhebliche Mittel zugeflossen sein müssen, denn als man 1820 daranging, den Fond dieser Kasse einem neuen Zweck zuzuführen, hatte dieser mit 59.760 fl. fast den gleichen Umfang erreicht wie der des Weilburger Instituts ⁵⁾. Diese eigentümliche Entwicklung nachzuzeichnen, ist mangels entsprechender Unterlagen nicht mehr möglich.

1) W 131 XII b 3/3

2) W 131 XII b 3/3

3) W 131 XII b 8

4) W 210/9612

5) W 210/6312 a

II. Nassau-Weilburg

1. Pfarr-Witwen- und Waisenkasten von 1693

Die erste Witwen- und Waisenkasse, die sich als beständig und darüber hinaus als entwicklungsfähig erwies, entstand im Jahr 1693. Bezeichnenderweise stand sie im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen Mittel und Methoden auf der Grenze von der Natural- zur Geldwirtschaft.

Die Kasse, "Wittwencasten" genannt, wurde von neun Geistlichen der Ämter Weilburg und Weilmünster gegründet. In der Konstitutionsurkunde¹⁾ verpflichteten sich die Gründer, jährlich je ein Achtel Korn in natura abzuliefern, damit beim Tode eines Mitgliedes dessen Hinterbliebenen ein bestimmtes Deputat zugeteilt werden könnte. Bereits ein Jahresbeitrag eines Kassenmitgliedes sollte genügen, um seinen Hinterbliebenen die Unterstützung aus der Kasse zu sichern. Die Höhe dieses Deputats sollte sich nach der Höhe des vorhandenen Fonds richten und für alle Empfänger - entsprechend der gleichen Naturaleinlage - gleich sein. Je nach Lage der Kasse sollte das Deputat ein, drei oder mehr Jahre gewahrt werden. Nach dem Tode der Witwe sollte es den von ihr hinterlassenen Kindern zustehen, und zwar bis zu deren 14. Lebensjahr, soweit sie nicht eher auf andere Weise ausreichend versorgt würden. Der erste Schritt aus der naturalwirtschaftlichen Form heraus in die Geldwirtschaft bestand darin, daß, solange keine Deputatsberechtigten vorhanden sein würden, das Korn verkauft und aus dem Erlös ein Kapital angelegt und verzinst werden sollte. Mitglieder der Kasse sollten nur die Pastoren der Ämter Weilburg, Weilmünster und Lohnberg sein, doch sollten nach anderen Ämtern versetzte Pastoren sich ihr Recht an der Kasse durch Fortleistung ihrer Einlagen erhalten können. Nachfolger in beirittsberechtigten Pfarren sollten später eintreten können, jedoch an dem, wozu sie bisher nicht beigetragen hätten, nur dann beteiligt werden, wenn sie sich in die Kasse einkauf-ten oder sonst eine Regelung mit dem Kassenkollegium trafen. Für den Fall jedoch, daß ein Pfarr-Nachfolger die deputatsberechtignte Witwe seines Vorgängers heiraten würde, sollte ihm ein Einkauf in die Kasse erlassen bleiben. Mit dem Beitrag säumige Kassenmitglieder sollten vom Kassenkollegium entschädigungslos ausgeschlossen werden. In Fällen, die durch die Gründungsurkunde nicht geregelt waren, sollte das gesamte Kollegium entscheiden.

1) W 150/4231 vom 9.10.1693 (nur noch in Kopie vorhanden)

Die Kasse nahm aus kleinsten Anfängen heraus eine bemerkenswerte Entwicklung. Bis zum Jahre 1718 hatte sich der Mitgliederbestand von 9 auf 59 erhöht. Dieser Anstieg läßt darauf schließen, daß die Beschränkung des Tätigkeitsbereiches der Kasse auf die Ämter Weilburg, Weilmünster und Lohnberg mittlerweile fallengelassen worden war. Aus den noch vorhandenen Rechnungen der Jahre 1718 - 1725 geht hervor, daß die Kasse den hinterbliebenen Witwen durchgehend zwei Achtel Korn und zwischen 6 und 10 Gulden jährlich verabreichen konnte. Daneben vermochte sie ihren Fond jährlich um zwischen 70 und 100 Gulden zu vergrößern. In dem genannten Zeitraum stieg die Zahl der Teilnehmer weiter um 30 auf 89 Geistliche. Die Zahl der zu versorgenden Witwen blieb mit 3 - 5 außerordentlich niedrig ¹⁾. Dies mag mit der damals verbreiteten Übung zusammenhängen, daß der Nachfolger eines verstorbenen Pfarrers dessen Witwe heiratete.

Auch in den folgenden Jahrzehnten scheint sich die Kasse gut fortentwickelt zu haben, so daß im Jahre 1762 an vier Witwen je 40 Gulden ausgezahlt werden konnten, eine Leistung, die erst im Vergleich mit späteren und ungleich aufwendigeren Instituten recht zu würdigen sein wird. Allerdings war die Zahl der Versorgungsempfänger im Vergleich zu anderen Kassen dieser Größenordnung erstaunlich niedrig.

2. Staatsdiener- Witwen- und Waisenkasse von 1762

Ende des Jahres 1756 kamen neun Zivildienstler der Nassau-Weilburgischen Regierung (Oberamt) überein, den Landesfürsten um die Erlaubnis zur Errichtung einer Witwen- und Waisenkasse zu bitten. Als Vorbild für eine solche Kasse wählte man zunächst die Nassau-Saarbrücken-Usingische Witwen- und Waisenkassen-Ordnung von 1751, bemühte sich daneben aber auch, andere Modelle zu bekommen, um aus allen deren Vorzüge herauszulösen und auf die Weilburger Verhältnisse zu übertragen ²⁾. So trafen denn auch im Laufe der Zeit Kassenordnungen aus den verschiedenen Ländern ein, z.B. Hessen-Kassen, Zweybrücken, Lippe-Detmold, Dänemark, Schweden, England und den Niederlanden ³⁾.

In den Rahmen dieser Vorbereitungen gehörte auch ein Brief des Geheimen Sekretärs Cramer ⁴⁾, der in Wiesbaden die Lebensregister des Gesamthauses Nassau zu besorgen hatte. Dieser Brief enthielt einige Hinweise für die Gründung, deren Berücksichtigung später nicht unwesentlich zum Gelingen der Weilburger Kasse beitragen sollte. Cramer, der Mitbegründer der usingischen Kasse von 1751 ge-

1) Zu diesen Zahlen vergleiche die Rechnungen in W 150/4231

2) W 150/4233, Mitte November

3) W 150/4232

4) W 150/4233, Brief vom 5. 12. 1756

wesen war, und der ihre Bewährung in der Praxis aus der Nähe verfolgt hatte, riet, bei der Errichtung einer neuen Kasse besonders auf die Bildung von Rücklagen zu achten. Versäume man dies, so erhielten zwar die wenigen Witwen während der ersten Jahre des Bestehens der Kasse eine überdurchschnittlich hohe Versorgung; sobald sich die Zahl der Versorgungsempfänger jedoch erhöhe - und damit sei im Laufe der Zeit zu rechnen - müßten die Versorgungsleistungen für die einzelnen Witwen mangels entsprechender Kapital- bzw. Zinsreserven herabgesetzt werden. Das führe zu Unbilligkeiten, Cramer empfahl daher, daß man die Beiträge während der ersten zehn bis zwölf Jahre zur Bildung und Vermehrung eines Kassenfonds verwenden und nicht mehr als 100 fl. jährlich an die Witwen auszahlen solle. Weiterhin riet er, auf genügend hohe Mitgliederbeiträge zu achten. Den bei der usingischen Kasse erhobenen Beitrag von 4 fl. jährlich hielt er für zu niedrig.

1757 folgten dann mehrere Entwürfe einer Kassenordnung. Aus dem Anhang des Entwurfes vom 1. 10. 1757 geht hervor, daß sich bereits zu jener Zeit 30 Zivildienner als Interessenten gefunden hatten ¹⁾.

Die Planungen blieben jedoch in der nächsten Zeit - anscheinend infolge der durch den Siebenjährigen Krieg hervorgerufenen Wirren ²⁾ - liegen. Sie wurden erst 1761 wieder aufgegriffen. Auf Anfrage des Hofkammerverwalters Gumbel berichtete der Geheime Rat Reinhardt aus Karlsruhe über eine 1758 in Baden-Durlach errichtete und mit sehr gutem Erfolg angelaufene Witwen-Kasse für die weltliche Dienerschaft. Zugleich fügte er ein Exemplar der Kassenordnung bei ³⁾.

Nachdem diese Kassenordnung auf das Schreiben des Geheimen Rats Reinhardt hin dem Landesherrn als ein besonders bewährtes Muster empfohlen worden war ⁴⁾, genehmigte dieser die Errichtung einer Kasse nach dem empfohlenen Vorbilde ⁵⁾. Daraufhin wurde in den nächsten Monaten eine Kassenordnung ausgearbeitet und am 23. August 1762 vom Landesherrn mit der Anordnung sofortiger Drucklegung bewilligt ⁶⁾.

Bei dem Vergleich der Kassenordnung ⁷⁾ mit dem Statut der usingischen Witwen- und Waisenkasse für die Zivildienerschaft zeigen sich in vieler Hinsicht

1) W 150/4233

2) Borst S. 122

3) W 150/4234, Bericht vom 23. 2. 1761

4) W 150/4234

5) W 150/4234/4235, Genehmigung vom 20. 4. 1762

6) W 150/4234

7) W 150/4236

Parallelen, so vor allem bei den Vorschriften über den Kreis der Versorgungsberechtigten, bei den Leistungsmodalitäten der Kasse und, in allerdings weniger starkem Maße, auch bei der Kassenverwaltung. Daneben fallen aber eine Reihe bemerkenswerter Abweichungen auf. Sie sind von besonderem Interesse, weil das usingische Kassenmodell samt den damit gemachten über zehnjährigen Erfahrungen bei der Gründung des Weilburger Instituts vorlag. Es ist anzunehmen, daß die abweichenden Regelungen mit auf offenbar gewordene Mängel der usingischen Kasse zurückzuführen sind.

Im Gegensatz zu der usingischen Kasse definierte die weilburgische den Kreis der Teilnahmerechtigten präziser. Zugelassen waren danach alle in wirklicher Besoldung stehenden oder künftig in Besoldung gelangenden Regierungs-, Cameral-, Hof-, Militär- und Forstbediensteten. Ausgeschlossen hingegen waren Professionisten, Künstler und Livreebedienstete.

Der Beitritt war freiwillig, konnte allerdings nur innerhalb einer bestimmten Frist erfolgen. Auch der Landesherr ordnete keinen Beitrittszwang an. Er übte nur insofern einen gewissen Druck auf die Beitrittswilligkeit aus, als er erklärte, daß die Bediensteten, die der Kasse fernblieben, künftig nicht mehr mit einer anderweitigen Unterstützung ihrer Hinterbliebenen durch den Landesherrn sollten rechnen können. Sein Beitrag zur Linderung der Not von Witwen und Waisen sollte von nun an allein der neuen Kasse zufließen.

Ein weiterer Unterschied gegenüber dem usingischen Institut bestand in der Art der Beitragserhebung. Das Weilburger Kassenstatut verzichtete auf die Unterteilung in Eintrittsgeld und laufende Beiträge und beschränkte sich darauf, eine Jahresprämie in Höhe von $1\frac{1}{2}\%$ des jährlichen Einkommens eines jeden Kassenmitgliedes zu erheben. Die Prämie sollte sogleich bei der Auszahlung der Besoldung einbehalten und direkt an die Witwen- und Waisenkasse abgeführt werden. Den nach der Besoldung gestaffelten Beiträgen entsprachen auf der anderen Seite nach dem gleichen Verhältnis bemessene Versorgungsleistungen.

Der praktisch wohl am nachhaltigsten wirkende Unterschied zwischen beiden Instituten bestand in der Frage der Rücklagenbildung. Hatten die Gründer des usingischen Institutes dieses Problem noch kaum beachtet, so rückte es bei der Ausarbeitung der Weilburger Statuten - nicht zuletzt infolge der Hinweise des Geheimen Rats Cramer - stark in den Vordergrund. In der Kassenordnung wurde festgelegt, daß während der ersten zehn Jahre nur die Hälfte und nach dieser Zeit nur $\frac{3}{4}$ der jährlichen Mitgliedsbeiträge als Unterstützung an die Hinterbliebenen ausgeteilt werden sollten. Der Rest sollte zum Kapital geschlagen und verzinst werden, desgleichen

alle außerordentlichen Zuwendungen an die Kasse. Auch die Zinserträge des Kapitals sollten nur zur Hälfte für die Hinterbliebenenunterstützung verwendet, die andere Hälfte dagegen wieder kapitalisiert werden.

Das Bestreben, dem Institut eine sichere finanzielle Grundlage zu geben, wurde auch vom Fürstenhaus tatkräftig unterstützt. Der Landesherr stiftete der Kasse im Anschluß an deren Gründung 5.000 fl.¹⁾, seine Gemahlin 2.000 fl. Außerdem befreite der Fürst das Institut von allen Amtsgebühren und versah es mit den Rechten milder Stiftungen.

Eine erste Zusammenstellung aus dem Jahr 1762 zählte 72 Gründungsmitglieder²⁾. Aus dem Immatrikulationsbuch der Kasse geht zudem hervor, daß die meisten Mitgliedsberechtigten der Kasse beitraten³⁾.

Die Entwicklung des Institutes machte in der Folgezeit nur wenige Korrekturen der Kassenordnung erforderlich:

1770 wurde der § 17 dahingehend erweitert, daß alle wegen eines Vergehens aus fürstlichen Diensten entlassenen Personen auch von der Kasse ausgeschlossen sein sollten, wenn ihr Verbrechen "so groß (sei), daß eine diffamante Leibesstrafe erfolgt und durch Urthel und Recht sie Unserer (des Landesherrn) Dienste (für) unfähig erkannt werden." Ihre eingezahlten Beiträge sollten ihnen dann nebst Zinsen zurückerstattet werden⁴⁾.

1773 wurde auch den nicht-geistlichen Gymnasiallehrern die Erlaubnis zum Eintritt in die Witwen- und Waisenkasse erteilt⁵⁾.

Die wohl wichtigste Änderung der Statuten erfolgte mit der Novelle vom 10.5.1789, durch die der Grundsatz des freiwilligen Beitritts aufgehoben wurde. Es wurde angeordnet, daß alle Gehaltsempfänger - mit Ausnahme der unverheirateten Offizianten, Köche und Kammerdiener der fürstlichen Hofhaltung - entsprechend ihrem Gehalt Beiträge zur Witwen- und Waisenkasse abzuführen hätten, gleichgültig, ob sie verheiratet waren

-
- 1) Dieser Betrag sollte der Kasse anfangs in zehn Jahresraten zur Verfügung gestellt werden. Die Kassenrechnungen weisen indessen aus, daß der Betrag bereits 1762 der Kasse voll zur Verfügung gestellt worden sein muß.
 - 2) W 150/4253
 - 3) W 150/4239
 - 4) Borst S. 126
 - 5) W 150/4289. Rechenmeister und Französischlehrer des Weilburger Gymnasiums erklärten daraufhin sofort ihren Beitritt.

oder nicht. Auch ein Austritt aus der Kasse sollte wenigstens solange nicht möglich sein, als die Betroffenen in fürstlichen Diensten und Besoldung standen. Wer sich nicht freiwillig zur Beitragsleistung bereitfinden wollte, dem sollten die Beiträge zwangsweise vom Gehalt abgezogen werden ¹⁾.

Die finanzielle Lage der Kasse entwickelte sich bemerkenswert günstig. Fehl- und Rückschläge sind nicht zu verzeichnen. Aus den Kassenabrechnungen zwischen 1762 und 1810 ergibt sich folgendes Bild: An laufenden Einkünften flossen dem Institut zunächst die Mitgliederbeiträge zu. Sie verdoppelten sich stetig zwischen 1762 und 1810 von 651 auf 1280 fl. jährlich. Daneben wuchsen von Jahr zu Jahr die Zinserträge des Kapitalfonds von 164 fl. im Gründungsjahr auf 3.138 fl. im Jahre 1810. In der gleichen Zeit vergrößerte sich der Kapitalfond der Kasse von 8.300 auf 73.365 fl. Die Zahl der zu versorgenden Witwen wuchs naturgemäß in den ersten zwei Jahrzehnten und pegelte sich ab 1789 um die Zahl 30 ein. 1810 erreichte sie einen Höchststand von 34 Witwen. Die Versorgungsleistungen, die sich nach den an den Besoldungen orientierten Beiträgen richteten, bewegten sich zwischen maximalen Beträgen um 200 fl. und minimal um 25 fl. jährlich. Die Höhe der Leistungen an die einzelnen Versorgungsberechtigten blieb dabei im wesentlichen gleich. Das Gesamtversorgungsaufkommen steigerte sich bis 1810 auf 3.086 fl. pro Jahr.

Zu dieser günstigen Entwicklung trugen wohl mehrere Umstände bei. An erster Stelle ist hier das in der Kassenordnung selbst verankerte Bestreben einer systematischen Kapitalbildung zu nennen (vgl. §§ 6, 7, 9). Mindestens ebenso schwer fallen daneben die außerordentlichen Zuwendungen ins Gewicht, die die Kasse von verschiedenen Seiten, insbesondere vom Fürstenhaus, erhielt. Zu den bedeutendsten Zuwendungen zählten die schon erwähnten

5.000 fl. des Fürsten Karl und
2.000 fl. der Fürstin Caroline im Jahr 1762 ²⁾.

Weiter sind zu nennen:

500 fl. durch Vermächtnis der Kammerjungfer Eva Maria Bender ³⁾,
100 fl. durch Geschenk des Regierungspräsidenten de la Pottrie anlässlich der Geburt des Erbprinzen Friedrich-Wilhelm am 8.11.1768 ⁴⁾,

1) W 150/4331

2) W 150/4241

3) W 150/4250

4) W 150/4277

- 500 fl. durch Testament des Regierungspräsidenten de la Pottrie am 12. 3. 1775 ¹⁾,
 863 fl. durch Testament der Rosine M. Blank am 10. 3. 1776 ²⁾,
 100 fl. durch Legat des 1776 in Kirchheim verstorbenen Geheimen Rats Rensch ³⁾,
 3.000 fl. durch Testament der Fürstin Caroline ⁴⁾,
 4.000 fl. durch Testament des Fürsten Karl ⁵⁾.

Hinzu kam 1764 die Stiftung des jährlichen Ertrages von zwei Freikuxen eines in der Gemarkung Alsenz in Betrieb genommenen Steinkohlenbergwerkes ⁶⁾. Weiterhin erhielt die Kasse seit ihrem Bestehen vierteljährlich aus einem Freikux Leistungen im Werte von 25 bis 30 fl. von einer in Kirchheim ausgebeuteten Quecksilbermine ⁷⁾. Schließlich trugen zur Verbesserung der Kasseneinkünfte eine Anweisung des Landesfürsten aus dem Jahre 1778 bei, durch die auch die Gnadenquartale verstorbener Pensionäre der Kasse zugeschlagen wurden ⁸⁾, sowie die weitere Anordnung, daß von allen aus der fürstlichen Generalkasse besoldeten Personen, auch von solchen, die nicht Mitglieder der Kasse waren, die Gnadenquartale an die Kasse abgegeben werden sollten (1781).

3. Pfarr-Witwen- und Waisenkasse von 1765

Im November des Jahres 1762, also wenige Monate nach Errichtung der Witwen- und Waisenkasse für die weltliche Dienerschaft, wandte sich die geistliche Witwen- und Waisenkassen-Gesellschaft an den Fürsten mit der Bitte, ihrem Institut die Privilegia piorum corporum sowie das Recht zuzugestehen, bei der Ausleihe von Kapitalien ihre Obligationen unentgeltlich ausgefertigt zu erhalten. Der Landesherr entsprach diesem Antrag am 17. 5. 1763 ⁹⁾.

Wenig später regte der Fürst an, die Tätigkeit der Kasse doch auf das ganze Fürstentum auszudehnen und so dem Institut eine noch breitere Mitgliederbasis zu geben. Die Anregung wurde bereitwillig aufgegriffen. Unter Zuziehung des Su-

-
- 1) W 150/4290
 2) W 150/4310
 3) W 150/4241
 4) W 150/4319
 5) W 150/4321
 6) W 168 B XII b 1
 7) W 168 A XII b 1/2
 8) W 150/4287
 9) W 150/4240

perintendenten Johan F. Cramer wurde eine neue, 33 Paragraphen umfassende Kassenordnung ausgearbeitet ¹⁾, die Ende August 1765 die Billigung des Landesherrn fand ²⁾.

Aus den alten Statuten übernommen wurde der für alle Mitglieder gleiche feste Beitrag. Allerdings trat an die Stelle der ursprünglich erhobenen Naturalleistung in Korn nunmehr eine Geldprämie von 4 fl. pro Jahr. Mit dieser Änderung scheint die Kassenordnung jedoch lediglich an eine schon bestehende Praxis angeglichen worden zu sein, denn aus den Kassenabrechnungen geht hervor, daß man schon seit geraumer Zeit dazu übergegangen war, die Beiträge in Form von Geldprämien zu erheben ³⁾.

Der alte Wittwencasten, seine Mitglieder sowie sein Vermögen und seine Verbindlichkeiten wurden in die neu errichtete Kasse übernommen. Um einen billigen Ausgleich zwischen den Mitgliedern des alten Instituts und den der neuen Kasse Beitretenden zu schaffen, wurde für letztere ein Eintrittsgeld von 50 fl. festgesetzt.

Im Hinblick auf den Beitritt, die Anspruchsberechtigung und das Bestreben, Kapital zu bilden, entsprachen die Vorschriften weitgehend denen der Kasse für die weltliche Dienerschaft. So waren zur Auszahlung an die Witwen nur 2/3 der Einkünfte bestimmt, alles andere sollte zu Kapital geschlagen und verzinst werden.

Zur Mitgliedschaft waren alle Gymnasiallehrer sowie die lutherischen und reformierten Geistlichen des Fürstentums zugelassen. Konrektor, Diakone, Adjunkte, Vikare und Kantore brauchten nur 25 fl. Eintrittsgeld und 2 fl. laufende Beiträge zu zahlen, dafür erhielten ihre Hinterbliebenen aber auch nur das halbe Versorgungsquantum. Es stand den Betreffenden jedoch frei, sich durch den vollen Beitrag auch die volle Versorgungsleistung zu sichern.

Der Fond der Kasse bestand bei seiner Gründung zum einen aus dem Kapital des alten Wittwencastens, das bis dahin auf 6.050 fl. angewachsen war. Hinzu kamen 4.000 fl., die der Landesherr und seine Gemahlin stifteten ⁴⁾.

Im ganzen gesehen entwickelte sich auch dieses Werk günstig. Die jährlichen Abrechnungen weisen ein beständiges Wachstum des Kassenfonds aus. Vom Ende des Jahres 1765 bis zum Jahre 1813 verdreifachte sich der Fond nahezu von

1) W 150/4271

2) W 150/4271, Confirmation vom 31.8.1765

3) W 150/4231

4) W 150/4231

12.243 fl. auf 34.424 fl. Die Kurve der Beitragsleistungen verläuft weniger gleichmäßig. Sie beginnt mit 107 fl. im Jahre 1765, steigt im darauffolgenden Jahr sprunghaft auf 205 fl., fällt dann bis zum Jahre 1780 auf 190 fl. zurück, um nach Einführung des Beitrittszwanges in diesem Jahr wieder anzusteigen und 1795 eine Spitze von 234 fl. zu erreichen. In den nächsten fünf Jahren war wieder ein Abfall auf 182 fl. zu verzeichnen. Auf diesem Niveau hielt sich das Beitragsvolumen bis 1813. Teilt man die genannten Zahlen durch vier (das Beitragsquantum eines jeden Mitgliedes), so lassen sich an Hand dieser Kurve die nicht mehr nachweisbaren Zahlen der Mitglieder etwa rekonstruieren.

Dieses positive Bild darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Kasse vorübergehend in einen Engpaß geriet. Dies ist wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Zahl der zu versorgenden Witwen unverhältnismäßig stärker anstieg als der Kassenfond. Gegenüber 5 Witwen im Jahre 1765 waren 1790 28 Witwen zu unterstützen. Das hatte zur Folge, daß die Versorgungsquantität bis auf 40 fl. pro Jahr und Witwe abfielen. Diese Leistungen reichten jedoch, besonders infolge des Hungerjahres von 1785, das die Lebenshaltungskosten in die Höhe trieb, nicht mehr aus, die Bedürfnisse zu befriedigen. Auf Antrag des Kassendirektoriums vom 16.8.1787 genehmigte daher der Fürst, daß vom Johannisquartal des Jahres 1787 an nicht mehr nur $\frac{2}{3}$ der Beiträge und Zinsen, sondern $\frac{5}{6}$ davon ausgeteilt werden sollten, bis die Höhe der ausgeteilten Portionen wieder 50 fl. erreichen würde.

In den Jahren nach 1790 fiel die Zahl der Witwen wieder beträchtlich (um 1800 waren es 21 Witwen), stieg bis 1806 noch einmal auf 27, sank dann bis 1810 auf 16 und erreichte im Jahr 1813 schließlich wieder die Zahl von 20 ¹⁾. Die außerordentliche Schwankungsbreite der Zahl der Versorgungsempfänger nach 1790, insbesondere der starke Rückgang, scheint damit zusammenzuhängen, daß infolge des Verlustes linksrheinischer Gebiete durch den Frieden von Luneville und den napoleonischen Krieg an einen Teil der dort lebenden Witwen die Kassenleistungen nicht mehr ausgezahlt werden konnten ²⁾.

4. Schullehrer-Witwen- und Waisenkasse von 1777

Den bisher besprochenen Kassengründungen folgte in den siebziger Jahren noch die Errichtung einer Witwen- und Waisenkasse für die protestantischen Schulbediensteten ³⁾. Das Projekt ging auf eine Anregung der Schulmeister des Amtes Kirchheim zurück, die dem Superintendenten Hahn gegenüber geäußert hatten,

1) zum Ganzen W 150/4043; 152/1070

2) W 150/4234

3) W 150/4304

sie wünschten sehr, daß eine Schul-Witwen-Kasse in den fürstlichen Landen errichtet werden möge ¹⁾. Hahn nahm die Anregung auf. Nachdem ihm der Regierungspräsident von Botzheim versichert hatte, der Landesfürst werde dieses Institut unterstützen, legte er seine Gedanken in einem Bericht nieder. Der Bericht fand die Zustimmung des Konsistoriums und wurde von dort dem Landesherrn zugeleitet, der ihn ebenfalls billigte. Daraufhin wurden die Kassenstatuten aufgesetzt und am 18. 2. 1777 vom Landesherrn genehmigt ²⁾.

Die Kassenordnung teilte die Mitglieder in zwei Klassen. Die erste Klasse hatte 10 fl. Eintrittsgeld und 1 1/2 fl. jährliche Beiträge zu zahlen. Die zweite Klasse hatte von den genannten Beträgen jeweils die Hälfte aufzubringen. Die Versorgungsleistungen sollten nach dem gleichen Verhältnis erfolgen. In Anlehnung an das Witwen- und Waiseninstitut für die weltliche Dienerschaft war man auch hier bestrebt, einen Kapitalfond zu bilden. So wurde für die ersten Jahre nur 1/3 der Zinsen und Beiträge zur Verteilung vorgesehen, der Rest sollte zu Kapital geschlagen werden. Später jedoch, wenn mehr Witwen zu versorgen sein würden, sollte ein größerer Teil der jährlichen Kasseneinkünfte für die Versorgungsleistungen der Kasse verwendet werden. Der Beitritt war von vornherein obligatorisch. Im übrigen glich das Institut der Witwen- und Waisenkasse für die Geistlichen, was wohl auf den Einfluß des federführenden Konsistoriums zurückgehen dürfte.

Zur Bildung des Kapitalfonds steuerte der Landesherr zusammen mit seiner Gemahlin gleich zu Anfang 1. 500 fl. bei ³⁾.

Auch diese Kasse, die sich bis in das Jahr 1815 hinein verfolgen läßt, vermochte einen recht ansehnlichen Kassenfond zu bilden. Er betrug zuletzt über 13.000 fl. Die Zahl der Mitglieder ist nicht feststellbar. Dem Beitragsaufkommen zufolge dürfte sie zwischen 70 und 100 gelegen haben. Die Zahl der Witwen, die von der Kasse Leistungen erhielten, stieg ständig und erreichte im Jahre 1813 die Zahl 34. Die Unterstützungsleistungen waren im Vergleich zu den anderen bei den weilburgischen Kassen gering und reichten zur Deckung des Lebensunterhaltes keineswegs aus; in der ersten Klasse stiegen sie maximal bis 23 fl. im Jahre 1795 und fielen alsdann bis 1813 auf 14 fl. ab ⁴⁾. Bei dieser Feststellung muß man allerdings im Blick behalten, daß auch die Beitragsleistungen im Verhältnis zu den anderen Kassen sehr viel geringer waren.

1) W 150/4304

2) W 150/4304

3) W 150/4303

4) W 150/4186

III. Nassau-Oranien

1. Prediger-Witwen- und Waisenkasse von 1732/1775

Wie in den bisher untersuchten Gebieten, so waren es auch in Nassau-Oranien die Pfarrer, die als erste die Errichtung einer Witwen- und Waisenkasse erreichten. Die Initiative für diese Kassengründung geht auf einen Theologie-Professor der Hohen Schule zu Herborn, J. H. Schramm, zurück, der zugleich Consistorial-Rat war. Unterstützt von der Aufforderung des Landesfürsten Christian gelang es ihm, die Geistlichen des Fürstentums Dillenburg für das Projekt zu gewinnen. Schramm scheint sich dabei die Mühe gemacht zu haben, einen Geistlichen nach dem anderen zu sich nach Hause einzuladen, um jeden mit dem Plan vertraut zu machen ¹⁾. Danach trug Schramm die Angelegenheit dem Landesfürsten vor, der im Jahre 1732 eine Kassenordnung erließ ²⁾.

Die den Statuten vorangestellte Einleitung vermittelt einen kleinen Einblick in die Beweggründe, die zur Errichtung der Kasse geführt haben mögen. Die materielle Notlage der Predigerwitwen und -waisen scheint danach den Anlaß zur Gründung gegeben zu haben. Diese Not zu lindern wurde als gute christliche Tat betrachtet, und man sah sich darin bestärkt zum einen durch das Beispiel anderer - allerdings nicht genannter - evangelisch-reformierter Lande, zum anderen durch ein kurz zuvor erfolgreich ins Werk gesetztes Armen- und Waisenhaus. Der Einleitung ist ferner zu entnehmen, daß sich schon Christians Vorgänger in der Regierung mit den Möglichkeiten einer Kassengründung für die Predigerwitwen befaßt hatten, so daß zumindest gedanklich der Boden geebnet gewesen sein mag.

Zu der Kasse waren alle evangelisch-reformierten Prediger am Hofe und im Lande sowie die Professoren der Hohen Schule von Herborn zugelassen (§§ 1, 2). Die jährlichen Beiträge waren auf vier rheinische Gulden festgesetzt, die jeweils im Januar fällig wurden. Bei Verzug war für jeden Monat ein Gulden Strafgeld festgelegt (§§ 3, 4). Zur Bildung eines Kassenfonds hatte jeder Beitretende ein Monatsgehalt und bei Beförderung die Differenz zwischen altem und neuem Gehalt zu leisten (§§ 5, 6).

Für alte und kranke Kassenmitglieder, die ihren Dienst nur noch mit Hilfe eines Vikars versehen konnten, war eine Befreiung von den Jahresbeiträgen bei Wahrung des vollen Versorgungsanspruches vorgesehen ³⁾. Diese Rege-

1) Steubing S. 239 f.

2) Das Statut vgl.: W 172/2560; Weistum III/215 (Kassen-Ordnung vom 22. 12. 1732)

3) W 172/2560

lung war für die betroffenen Pfarrer bedeutsam, denn ihre Einkünfte waren nicht an die Person, sondern an die Pfarre geknüpft. Das bedeutete, daß ein alter oder kranker Pfarrer seine Einkünfte mit dem ihm hinzugegebenen Vikar teilen mußte, wodurch sich seine wirtschaftliche Lage verschlechterte. Die Befreiung bedeutete hier finanzielle Entlastung. Kassenmitgliedern, die aus den genannten Gründen dienstlos und bedürftig würden, sollte die gleiche Versorgung wie den Witwen gegeben werden (§ 8).

Zur Austeilung an die Hinterbliebenen sollten nur die Kapitalzinsen dienen, im übrigen sollte angestrebt werden, ein Kapital zu bilden. Fernziel der Unterstützung war ein Betrag von jährlich 50 fl. für die Hinterbliebenen eines jeden Kassenmitgliedes (§ 9). Witwen sollten die Unterstützung bis zu ihrem Tod oder ihrer Wiederverheiratung erhalten, Waisen bis zum 18., und wenn sie studierten, bis zum 24. Lebensjahr. Gebrechliche Waisen, die sich nicht selbst ernähren könnten, sollten lebenslang unterstützt werden (§§ 10, 12).

Die Verwaltung der Kasse oblag der Mitgliedergemeinschaft insgesamt, aus deren Reihen jährlich ein Kassierer und zwei Administratoren zu wählen waren. Die Kapitalien waren mittels gerichtlich ausgefertigter Obligationen auszuleihen. Die Rechnungen sollten alljährlich von der Mitgliedergemeinschaft "abgehört" werden (§§ 16, 17).

Die Kasse wurde zunächst in den Grafschaften Dillenburg und Diez eingerichtet. Im Jahr 1736 wurden dann jedoch auch die Prediger der Grafschaft Siegen zum Beitritt eingeladen. Die Geistlichen Siegens kamen dem Angebot zum großen Teil bis zum Jahr 1737 nach.

Die Geistlichen der genannten Grafschaften organisierten sich zwar alle unter der gleichen Kassenordnung, bildeten jedoch in jeder Grafschaft einen gesonderten Kassenfond; das führte schließlich zu unterschiedlichen Kassenleistungen, da die Fonds nicht gleichmäßig schnell wuchsen ¹⁾.

Der Fürst förderte die Kassen indirekt dadurch, daß er den Hinterbliebenen der Geistlichen ein ganzes Gnadenjahr "auf ewige Zeiten" gewährte ²⁾. Das hatte für die Kassen den Vorteil, daß sie den Hinterbliebenen eines Mitgliedes erst ein Jahr nach dessen Tod versorgungspflichtig wurden. Zugleich stiftete die Fürstin Isabella-Charlotte zu Nassau-Dillenburg dem dortigen Kassenfond 200 fl. ³⁾.

1) W 175/1029

2) W 172/2560; Post Scriptum vom 12. 4. 1736

3) W 175/1029

Über die Fortentwicklung der Kasse aus den folgenden Jahren ist wenig bekannt. Einzig aus der Zeit zwischen 1758 und 1767 liegt einiges statistisches Material vor. Aus ihm ergibt sich, daß die jährlichen Kasseneinkünfte aller Kassen durchschnittlich an Eintrittsgeldern 55 fl., an Beiträgen 111 fl. und an Kapitalien (Kapitalzinsen) 342 fl. betrugen. Die Zahl der Mitglieder geht aus diesen Unterlagen nicht hervor; dem Umfang der jährlichen Beiträge nach zu urteilen können es kaum 30 Mitglieder gewesen sein. Die Kasse versorgte im Durchschnitt 17 Witwen (!), denen im Mittel je ein Deputat von 19 fl. jährlich gezahlt werden konnte¹⁾. Die Leistungen blieben damit weit hinter dem Ziel zurück, das man sich in dem Kassenstatut gesteckt hatte.

Dieser Umstand löste im Jahre 1768 Reformbestrebungen aus, die darauf abzielten, die Kasse auf eine bessere finanzielle Grundlage zu stellen²⁾. Der Landesherr nahm diese Anregungen zwar sehr wohlwollend auf und wies das Oberkonsistorium an, entsprechende Pläne auszuarbeiten³⁾. Dabei blieb es jedoch trotz Vorlage eines Entwurfes und trotz mehrerer Rückfragen im Haag bis zum Jahr 1775. Dann nahm sich ein neuer Referent, der Geheime Justizrat Winter, des Reformplanes an⁴⁾ mit dem Ergebnis, daß alsbald eine neue Kassenordnung vom Landesherrn genehmigt wurde⁵⁾.

Zu den wesentlichen Neuerungen der revidierten Kassenordnung zählte der Beitrittszwang (§ 1). Ferner sollte durch eine Art Finanzausgleich zwischen den getrennten Kassenfonds in den einzelnen Grafschaften dafür gesorgt werden, daß die Hinterbliebenen aller Kassenmitglieder die gleichen Versorgungsleistungen erhielten. Die Einkünfte der Kasse wurden insofern verbessert, als das Gnadenquartal für verstorbene Geistliche ohne Erben der Kasse zufallen sollte.

Durchgreifende Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzlage blieben jedoch zunächst ausgespart, weil die dahingehenden Vorschläge des Oberkonsistoriums den Landesherrn nicht überzeugten. Der Entwurf strebte zunächst eine Lösung an, die den Hinterbliebenen eines Kassenmitgliedes 50 fl. jährlich garantieren sollte. Ausgehend von der bisherigen Zahl der versorgungsberechtigten Witwen (18) wurde ein Geldbedarf von 900 fl. jährlich errechnet, der vom Fürsten gedeckt werden sollte, soweit die Zinseinkünfte der Kasse nicht ausreichen würden. Da sich das Zinsvolumen der Kasse durch Kapitalisierung der Beiträge jährlich um 12 fl. erhöhen würde, würde sich der vom Landesherrn beizuschließende Betrag von Jahr zu Jahr verkleinern und nach den Berechnungen 1807 ganz entbehrlich werden.

1) W 172/2560

2) W 172/2560

3) W 172/2560

4) W 172/2560

5) W 172/2560; Weistum III/217; Genehmigung v. 1.11.1775

Das Gesamtaufkommen der Landesherrn sollte sich nach dieser Rechnung auf 9.622 fl. belaufen ¹⁾.

Die Bedenken des Fürsten ließen auch das Oberkonsistorium von diesem Plan abzurücken, vor allem wegen der als hypothetisch erkannten Annahme einer gleichbleibenden Zahl von Versorgungsempfängern. Dagegen wurde nunmehr vorgeschlagen, der Landesherr solle etwa 7.000 fl. der Kasse zuwenden. Um die herrschaftliche Kasse zu schonen, könnten diese Gelder von der Rentkammer als Anleihe zu 4% Zinsen aufgenommen und jährlich mit 1.000 fl. getilgt werden ²⁾. Dieser Vorschlag fand die Zustimmung des Landesherrn. Durch Post Scriptum vom 14. 4. 1776 bewilligte er der Kasse 7.500 fl. ³⁾.

In einem Schreiben vom 28. 7. 1777 trat das Oberkonsistorium mit einem auf dem Pfarr-Convent des vergangenen Jahres gemachten Vorschlag an den Landesherrn heran, wonach auch den kranken und schwachen Geschwistern unverheirateter Geistlicher Versorgungsleistungen aus der Witwen- und Waisenkasse gewährt werden sollten ⁴⁾. Der Landesherr lehnte dies jedoch ab ⁵⁾.

1778 wurden von seiten der Landesregierung (Regierungsrat Eberhard) Bedenken gegen die Regelung der Kassenordnung geäußert, durch die lediglich die Kapitalzinsen zur Verteilung an die Hinterbliebenen bestimmt worden waren. Dies sei zwar im Hinblick auf die Kapitalbildung vorteilhaft, käme jedoch lediglich den Witwen und Waisen künftiger Zeiten zugute, und zwar auf Kosten der Witwen der diesen Kapitalfond jetzt bildenden Kassenmitglieder. Da der Kassenfond mittlerweile stark genug sei, sollte nunmehr auch das Beitragsaufkommen unmittelbar für die Versorgungsleistungen herangezogen werden ⁶⁾.

Das Oberkonsistorium erhob hiergegen den Einwand, daß durch Verteilung von Zinsen und Beiträgen eine Erweiterung des Fonds nicht mehr stattfinden könne. Es sei zu befürchten, daß ein Stillstand in der Kapitalbildung schließlich zu geringeren Leistungen führe, weil zu erwarten sei, daß die Zahl der Versorgungsempfänger steige. Andererseits verschloß sich das Oberkonsistorium nicht ganz den Bedenken der Regierung und schlug als Vergleichslösung vor, die Jahresbeiträge auf 5 fl. zu erhöhen, davon aber nur noch die Hälfte zum Kapital zu schlagen ⁷⁾. Nachdem die Regierung dem Landesherrn diesen Vorschlag etwas

1) W 172/2560

2) W 172/2560

3) W 172/2560

4) W 172/2560

5) W 172/2560

6) W 172/2560

7) W 172/2560

modifiziert zur Entscheidung vorgelegt hatte, verfügte dieser die Erhöhung der Jahresbeiträge auf 5 fl. Sie sollten bis auf 1/5 den Versorgungsleistungen zugeschlagen werden. Das restliche Fünftel sollte der weiteren Kapitalbildung dienen ¹⁾.

Über die weitere Entwicklung dieser Kasse liegen nur aus den Jahren 1780 - 1790 einige Zahlen vor. Die Kasse zählte; 1780: 49, 1782: 47, 1786: 50 und 1790 ebenfalls 50 Mitglieder. Sie hatte in den gleichen Jahren jeweils 24, 22, 26 und 25 Witwen zu unterstützen. Die Höhe der Kassenleistungen betrug in den genannten Jahren für jede Witwe 46, 43, 50 und 49 fl. ²⁾, erreichte also nahezu das mit der Reform der Kasse angestrebte Leistungsvolumen.

An Hand der Akten läßt sich das Bestehen der Kasse bis in das Jahr 1806 verfolgen.

2. Staatsdiener-Witwen- und Waisenkasse von 1774

Besonderes Interesse verdient die Witwen- und Waisenkasse für die weltliche Dienerschaft, weil das vorhandene Urkundenmaterial einen lebendigen Eindruck gibt von den Überlegungen und Auseinandersetzungen, die für die Entstehung, Fortentwicklung und die zeitweise problematische Erhaltung der Kasse bestimmend waren.

Der Plan, eine Witwen- und Waisenkasse für die weltliche Dienerschaft in den nassau-orianischen Gebieten zu gründen, läßt sich erstmalig im Jahr 1771 nachweisen. In der Konferenz der Landesregierung am 17. 10. dieses Jahres wurde die Frage der Gründung einer solchen Kasse aufgeworfen. Als unmittelbarer Anlaß wurde das lästige "supplizieren" von Hinterbliebenen verstorbener Diener beim Fürsten genannt. In dieser Konferenz lag die Weilburger Kassenordnung bereits vor. Man beschloß, zunächst einen Referenten zu ernennen und ihn zu beauftragen, das Problem gutachtlich zu untersuchen. Das weitere sollte dann in "collegialische Erwägung" gezogen werden ³⁾. Als Referent wurde der Regierungsrat Eberhard bestellt. Dieser fertigte in den folgenden Monaten ein ausführliches Gutachten an und legte es im Januar 1772 der Landesregierung vor ⁴⁾.

Eberhard leitete sein Gutachten mit dem Bemerkten ein, die ihm vorliegende Weilburger Kassenordnung sei ein rühmliches und deshalb nachahmenswertes Beispiel der Witwen- und Waisenversorgung, das auch durchaus den nassau-orianischen Verhältnissen entspreche. Dieser Auftakt erweist sich im weiteren Verlauf des Gutachtens mehr als ein verbindliches Eingehen auf die - angenommen-

1) W 172/2560; Weistum III/220

2) W 175/1031

3) W 172/3585; I 1

4) W 172/3585; I/4 ff.

menen - Vorstellungen des Regierungskollegiums, um hernach den eigenen Bedenken und zum Teil erheblich abweichenden Gedanken eine geneigtere Aufnahme zu verschaffen. Noch im Rahmen des Herkömmlichen blieb der Vorschlag, bei der Bemessung der Beitrags- und Versorgungsleistungen nicht die jeweiligen Besoldungen der einzelnen Mitglieder zugrunde zu legen, sondern die mitgliedsberechtigten Dienerschaft in zwölf oder mehr Klassen einzuteilen und die niedrigste Besoldungsklasse auf 200 fl. anzusetzen. Auf diese Weise würden Diener mit weniger als 200 fl. Besoldung nicht noch mit Kassenbeiträgen beschwert, die Beiträge und Leistungen seien leichter zu berechnen und die Versorgung ließe sich so der Dürftigkeit und dem Stande der Diener entsprechend am besten einrichten.

Eberhards Vorstellungen von einer wirksamen Hinterbliebenenversorgung trennten sich jedoch von dem Weilburger Muster, als er in Zweifel zog, daß eine solche Kasse - so nützlich und heilsam sie auch immer für die oranischen Lande sein würde - eine wirklich befriedigende Lösung des Problems notleidender Hinterbliebener von verstorbenen Staatsdienern bringen könnte. Folge man dem Weilburger Beispiel in dem Bestreben, einen möglichst großen und soliden Kassenfond zu bilden, so werde damit allenfalls eine ausreichende Versorgung der Witwen und Waisen für die entfernte Zukunft erreicht. Der gegenwärtigen Not werde dagegen nicht abgeholfen. Weiterhin bezweifelte Eberhard, ob eine Kasse nach Weilburger Muster imstande sein würde, die ganz armen Witwen und Waisen nach ihren dringendsten Bedürfnissen zu versorgen. Denn da sich die Kassenleistungen dort nach der Höhe der jährlichen Einlagen richteten, bestehe zwar Aussicht, die Hinterbliebenen ohnehin schon vermögender beziehungsweise hoch besoldeter Staatsdiener hinreichend aus der Kasse zu versorgen, nicht aber die Witwen und Waisen der in niedriger Besoldung stehenden Bediensteten, die indessen erfahrungsgemäß den großen Teil der notleidenden und hilfsbedürftigen Hinterbliebenen bildeten. Da sie es seien, die dem Staat in erster Linie zur Last fielen, müsse auf ihre Einbeziehung in die Unterstützung auch besonders Bedacht genommen werden.

Um diesen Mangel der Weilburger Kasse bei der geplanten Neugründung auszuschalten, empfahl Eberhard, das alte Stift Keppel einer neuen und sinnvolleren Verwendung zuzuführen. Es handelte sich dabei um eine noch immer sehr reiche Einrichtung aus vorreformatorischer Zeit zur Versorgung unverheiratet gebliebener adliger Frauen. Diese seinerzeit von der Landesherrschaft geförderte Einrichtung habe inzwischen ihren Sinn verloren. Damals seien die öffentlichen Ämter vorwiegend von Adel und Ritterschaft verwaltet worden, und nach den damaligen Verhältnissen sei besonders die Versorgung der unverheirateten Töchter dieser Adligen problematisch gewesen. Da sich inzwischen aber Adel und Ritterschaft weitestgehend aus dem Staatsdienst zurückgezogen hätten, fiel auch der eigentliche Sinn des Stiftes Keppel fort. Man sollte ihn deshalb einer zeitgemäßen Verwendung zuführen, und als solche käme die zu errichtende Witwen- und Wai-

senkasse in Betracht. Zwar stünden der neuen Verwendung insofern Schwierigkeiten entgegen, als das Erzstift Mainz Ansprüche auf das Stift Keppel erhebe. Nach Ansicht Eberhards waren diese Ansprüche aufgrund des Westfälischen Friedens jedoch unbegründet und er meinte, der Landesherr solle dem Beispiel anderer, selbst katholischer Fürsten folgen und die Stiftung für den neuen Zweck einziehen. Man könne dann nicht nur die Einkünfte des Stiftes Keppel verwenden, sondern darüber hinaus besonders bedürftige Witwen und Waisen an Stelle der adligen Jungfrauen in das Stift aufnehmen, ein gemeinsames Essen für die bedürftigen Witwen ausgeben und im Stift eine Schule beziehungsweise Ausbildungsstätte für die Töchter und später auch für die Knaben einrichten, nach dem Muster der dort bestehenden "Frauenzimmerschule".

Die Vorstellungen Eberhards gingen damit ganz erheblich über den Rahmen der bisher untersuchten Witwen- und Waisenkassen hinaus. Die Kasse alten Stils war hier nur noch als Bestandteil eines viel umfassenderen Unterstützungswerkes gedacht.

Bei der diesem Gutachten folgenden Beratung des Regierungskollegiums wurden jedoch erhebliche Zweifel an der Einziehbarkeit des Stiftes durch den Landesherrn laut ¹⁾, so daß auch Eberhard sich schließlich von den Schwierigkeiten, die hier im einzelnen nicht von Interesse sind, überzeugte und zur Vorsicht riet. Andererseits wies er jedoch nochmals auf seine Bedenken hin, daß eine Kasse nach Weilburger Muster der gegenwärtigen Not nicht werde abhelfen können; damit werde auch für die herrschaftliche Kasse vorderhand keine Entlastung eintreten ²⁾.

Trotz der Schwierigkeiten, die sich der umfassenden Lösung Eberhards entgegenstellten, kam man überein, zunächst wenigstens die Gründung einer Witwen- und Waisenkasse weiter zu betreiben. Dem schloß sich auch der Landesherr an und beauftragte die Regierung, einen entsprechenden Plan vorzulegen ³⁾.

Die Landesregierung forderte daraufhin zunächst eine gutachtliche Stellungnahme der fürstlichen Rentkammer an ⁴⁾. Diese sprach sich in ihrem Promemoria vom 6. 7. 1772 in Übereinstimmung mit dem Eberhardschen Gutachten dagegen aus, die Kassenleistungen entsprechend dem Weilburger Muster während der ersten zehn Jahre zugunsten der Bildung eines Kapitalfonds auszusetzen. Auch dort war man der Auffassung, daß die Kasse vor allem der gegenwärtigen Not steuern müsse und fügte hinzu, daß es wohl unbillig sei, auf dem Rücken der gegenwär-

1) W 172/3585; I/6 ff.

2) W 172/3585; I/6 ff.

3) W 172/3585; I/8

4) W 172/3585; I/11

tig Notleidenden ein in der Zukunft blühendes Institut aufzubauen¹⁾.

Die Landesregierung beauftragte daraufhin die Rentkammer, einen vollständigen Plan zu entwerfen und zugleich zu der Frage gutachtliche Stellung zu nehmen, wie ein Kassenfond zu bilden und zu garantieren sei²⁾.

Plan und Gutachten gingen Ende März 1773 bei der Landesregierung ein. Der Plan folgte im ganzen den Bestimmungen der Weilburger Kasse. Die von Eberhard vorgeschlagene Einteilung der Dienerschaft in Klassen wurde fallengelassen. Die einzige bedeutsame Abweichung betraf den Problemkreis der Kapitalbildung. Plan und Gutachten der Rentkammer stellten die Versorgung der Witwen von Anfang der Kassengründung an in den Vordergrund. Die Hinterbliebenen sollten eine Versorgung bis zur Höhe eines Drittels desjenigen erhalten, was ihr in Diensten stehender Ehemann und Vater als letzte Besoldung bekommen hatte. Erst wenn die Einkünfte der Kasse diese Verbindlichkeiten übersteigen würden, sollten die darüber hinaus eingehenden Mittel für die Kapitalbildung verwendet werden.

Nach den Berechnungen der Rentkammer würde das jährliche Beitragsaufkommen ungefähr 900 bis 1.000 fl. betragen. Daß dieser Betrag nicht auf die Dauer für die Versorgung der Hinterbliebenen ausreichen konnte, sah man bei der Rentkammer genau. Gleichwohl zeigte man sich im Hinblick auf die finanzielle Entwicklung des Instituts recht unbesorgt. Statt klare Vorschläge zu machen, vertraute man auf die erwartete Milde und Unterstützung des Landesherrn. Man wollte das Versorgungsminimum auf ein Sechstel der Besoldungen festgesetzt wissen. Würde die Leistungsfähigkeit der Kasse unter diese Grenze zu sinken drohen, so sollte es dem Kassendirektorium und der Landesregierung überlassen bleiben anzuordnen, daß ein entsprechender Teil des vorhandenen Kapitalfonds für die Hinterbliebenenversorgung zu verwenden sei. Im übrigen wurde jedoch festgestellt, daß man die Kassenordnung nicht eher wirklich entwerfen könne, als nicht das Maß der Unterstützung des Landesherrn feststehe³⁾.

Dieses Gutachten mutet wie eine versteckte Herausforderung des Fürsten an. Es beschränkte sich im wesentlichen darauf festzustellen, welchen Umfang die Unterstützung der Hinterbliebenen mindestens haben müsse. Die notwendigen Mittel hierfür bereitzustellen, überließ es letztlich dem Fürsten; mochte er zusehen, wie den Hinterbliebenen seiner Bediensteten eine ausreichende Versorgung gewährt werden könnte.

Der Landesherr gab sich mit diesem Gutachten nicht zufrieden; er nahm es insbesondere nicht zum Anlaß, konkrete Unterstützungen zu bewilligen. Vielmehr for-

1) W 172/3585; I/12

2) W 172/3585; I/23; Schreiben vom 3.12.1772

3) W 172/3585; I/32

derte er die Regierung auf, zunächst Kassenstatuten zu entwerfen und vorzulegen ¹⁾.

Die Regierung arbeitete daraufhin den Entwurf eines Kassenstatuts auf der Grundlage des Rentkammer-Gutachtens aus. Die Fragen, wie ausreichende Mittel für die Hinterbliebenenversorgung beschafft und die Leistungsfähigkeit der Kasse garantiert werden sollten, blieben offen. Dagegen wiederholte der Entwurf die Forderungen des Rentkammer-Gutachtens, daß die Versorgungsleistungen nicht unter den sechsten Teil der Besoldungen absinken dürften.

Die Kassenordnung unterschied sich in folgenden Punkten von der des Weilburger Instituts:

Der Kreis der Beitragsberechtigten war insofern weiter gefaßt, als auch die Unverheirateten der Kasse beitreten sollten, wenn sie im Falle späterer Heirat Versorgungsrechte für ihre Hinterbliebenen erwerben wollten.

Die Beitragsleistungen wurden vom Landesherrn um $1/2$ auf 2% der Besoldung erhöht.

Hinsichtlich der Aufbringung der Kassenleistungen schloß sich der Landesherr den vom Weilburger Muster erheblich abweichenden Vorschlägen seiner Regierung und Rentkammer an. Die Höhe der Versorgungsleistungen wurde nicht von der Entwicklung der Kasseneinkünfte abhängig gemacht, vielmehr wurde das Pferd gewissermaßen vom Schwanz her aufgezaumt, indem der Versorgungsumfang festgelegt wurde und die Mittel nach dem Bedarf beschafft werden sollten. Die Zahlungen an die Hinterbliebenen sollten $1/4$ der letzten Besoldung nicht über- und $1/6$ nicht unterschreiten.

Der Fürst erklärte sich bereit, einen jährlichen Beitrag bis zur Höhe des Beitragsaufkommens der Kassenmitglieder zuzuschießen, wenn die Kasse das Versorgungsminimum von $1/6$ der Besoldungen nicht mehr aus eigener Kraft würde bestreiten können. Auf die systematische Bildung eines Kassenfonds wurde verzichtet.

Die Kassenordnung trat am 22. 11. 1774 in Kraft ²⁾. Rund vier Monate später hatte die Kasse bereits einen Mitgliederbestand von 199 Personen. Sie war damit das größte der bisher untersuchten Institute ³⁾.

1) W 172/3585; I/35

2) W 172/3585; I/40; Weistum III/204

3) W 172/3585; I/55

Im Jahre 1782 geriet die Kasse in eine erste Krise. Bis dahin hatten es die Einnahmen zugelassen, die Hinterbliebenen mit Beträgen zu unterstützen, die den vierten Teil der Besoldungen erreichten. Nun aber drohten die Ausgaben der Kasse zum ersten Mal deren Einnahmen zu übersteigen, wenn der bisherige Lebensstandard beibehalten werden sollte. Nachdem die fürstliche Witwen- und Waisenkassen-Kommission die Landesregierung auf diese mißliche Entwicklung hingewiesen hatte ¹⁾, wandte sich die letztere mit Relation vom 15. 10. 1782 an den Fürsten ²⁾. Sie unterrichtete ihn von der Situation der Kasse und führte weiter aus, daß die Kassenstatuten zwar ein Absinken der Versorgungsleistungen bis auf 1/6 der jeweiligen letzten Besoldungen vorsähen, dies führe jedoch zu Ungerechtigkeiten, weil Witwen von alsbald nach Errichtung der Kasse verstorbenen Dienern besser gestellt seien, obwohl die verstorbenen Diener kaum zur Kasse beigetragen hätten, als die Witwen der nunmehr sterbenden Bediensteten, die doch erheblich länger Beiträge gezahlt hätten. Unter Hinweis auf das Weiburger Beispiel und die vom dortigen Landesherrn gemachten Zuwendungen schlug die Regierung vor, der Fürst möchte dasjenige zuschießen, das erforderlich sein würde, um den Hinterbliebenen wie bisher den Betrag von 1/4 der jeweiligen letzten Besoldungen gewähren zu können. Dieses Quantum stelle das Existenzminimum für die Hinterbliebenen dar, wie sich aus den Fachschriften und auch daraus ergebe, daß der Landesherr bei der Gewährung von Gnadenpensionen bisher von diesem Verhältnis ausgegangen sei. Der herrschaftlichen Kasse sei schließlich ein Zuschuß auch zuzumuten, denn sie werde umgekehrt durch die Witwen- und Waisenkasse in erheblichem Ausmaß von sonst zu gewährenden Gnadenpensionen entlastet. Vergleiche man die Pensions-Etats aus der Zeit vor und nach der Gründung der Kasse, so zeige sich, daß die herrschaftliche Kasse durch das Wirken des Witwen- und Waiseninstituts schon viele tausend Gulden eingespart habe.

Der Landesherr reagierte sehr ungehalten auf diese Vorschläge und lehnte sie zunächst einmal schlangweg ab ³⁾. Die Härte, die die Landesregierung darin sehe, daß die Witwen, deren Ehemänner früh stürben und infolgedessen wenig zur Kasse beitrügen, besser stünden als die Witwen der später sterbenden und länger beitragenden Mitglieder, sei nach der Beschaffenheit des Instituts unvermeidlich, bestehe aber im Grunde auch nur scheinbar, denn schließlich hätten die Frauen und Kinder länger lebender Männer das Glück, auch entsprechend länger von den Kümernissen des Witwen- und Waisenstandes verschont zu bleiben. Zum anderen stiegen die länger lebenden Staatsdiener regelmäßig in Rang

1) W 172/3585; IV/66, Promemoria v. 26. 9. 1782

2) W 172/3585; IV/70

3) W 172/3585; IV/75 ff, Post Scriptum vom 10. 11. 1782

und Gehalt auf und verbesserten damit im Vergleich zu den früher sterbenden auch die Versorgungsquote für ihre Frauen und Kinder. Das Weilburger Muster könne in diesem Fall nicht ohne weiteres zum Vergleich herangezogen werden, denn dort seien die Unterstützungsleistungen des Landesherrn fest umrissen und begrenzt, während die Regierung hier der herrschaftlichen Kasse Verbindlichkeiten ansinne, die ihrem Umfang nach überhaupt nicht abzuschätzen seien. Die von der Regierung angestellten Vergleiche der von der landesherrlichen Kasse getragenen Pensionslasten vor und nach der Errichtung der Witwen- und Waisenkasse trafen nicht zu. Die auf der herrschaftlichen Kasse ruhenden Pensionslasten seien nicht geringer geworden. Deshalb könne ein landesherrlicher Beitrag erst dann in Betracht kommen, wenn anderwärts keine Witwen mehr zu versorgen waren. Sollte es einmal so weit kommen, dann bliese im übrigen immer noch offen, in welcher Weise er, der Fürst, einen Beitrag zur Witwen- und Waisenversorgung leisten würde, ob durch Zuschüsse an die Witwen- und Waisenkasse oder durch besondere Pensionsbewilligungen an die Witwen und Waisen. Letzteres habe den Vorteil, daß dann jedesmal auf die Lage der herrschaftlichen Kasse Rücksicht genommen werden könne. Im übrigen sei dadurch eine individuellere Bemessung der Pensionen nach Leistung und Würdigkeit des jeweiligen Beamten und der Bedürftigkeit seiner Hinterbliebenen möglich, als bei den gleichmäßigen Leistungen durch die Kasse. Hauptgrund für die Ablehnung des Regierungsvorschlags sei aber, daß die herrschaftliche Kasse sich nicht mit unabsehbaren Verbindlichkeiten belasten wolle.

Bei allen sachbedingten Unzulänglichkeiten betrachte er die Kasse jedoch als heilsame Einrichtung für die Dienerschaft. So wenig er bei deren Errichtung an seinen eigenen Vorteil gedacht habe, so sehr werde er sich auch die Erhaltung der Kasse angelegen sein lassen. Er befehle daher, die mißliche Situation der Kasse gründlicher und sorgfältiger als bisher zu untersuchen und sodann wieder gutachtliche zu berichten.

Auf diese Antwort hin leitete die Landesregierung eine gründliche Untersuchung ein ¹⁾, zu der auch die Witwen- und Waisenkommission ²⁾ sowie die fürstliche Rentkammer ³⁾ herangezogen wurden. Dabei kam man zu dem folgenden Ergebnis:

Das bei 2.400 fl. liegende Beitragsaufkommen der Kasse reichte gerade noch aus, den mittlerweile 23 Witwen eine Unterstützung von einem Viertel der letzten Besoldung ihrer verstorbenen Ehemänner zu gewähren. Die Zinsen des zu 3% ausgeliehenen Kapitalfonds von 12.570 fl. bildeten nur eine sehr knappe

1) W 172/3585; IV/118

2) W 172/3585; IV/78 ff.

3) W 172/3585; IV/84 ff.

Reserve, die das ständige Anwachsen der Zahl der Witwen nicht ausgleichen konnte. Um Einnahmen- und Ausgabenseite ins Gleichgewicht zu bringen, wurden die folgenden vier Möglichkeiten erwogen:

Erhöhung des beitragenden Mitgliederbestandes,
 Erhöhung der Beiträge,
 Herabsetzung der Kassenleistungen,
 Erschließung anderer, bilanzausgleichender Zuschüsse.

Nach Auffassung der Gutachter stellte die erste Möglichkeit keine echte Lösung dar. Abgesehen davon, daß eine nennenswerte Erweiterung des Mitgliederbestandes gar nicht mehr möglich war, da der größte Teil der Staatsdiener bereits die Kassenmitgliedschaft erworben hatte, konnte eine solche Maßnahme auch nur zur Folge haben, daß die Erweiterung des Mitgliederbestandes in absehbarer Zeit wieder eine entsprechende Zunahme der Witwen mit sich bringen würde. Gleichwohl wurde aber die Anordnung eines Beitrittszwanges angeregt.

Gegen die Möglichkeit, die Versorgungsleistungen herabzusetzen, äußerten die Gutachter starke Bedenken. Die Statuten sahen zwar ausdrücklich die Senkung der Leistungen auf ein Sechstel vor; der Zweck der Kasse werde durch eine solche Maßnahme jedoch ernstlich in Frage gestellt. Sinn und Zweck des Instituts sei es, die Hinterbliebenen vor Not und Armut zu bewahren. Hierzu sei mindestens ein Viertel der Besoldungen erforderlich. Gewähre man den Witwen und Waisen nur ein Sechstel, so blieben sie damit auch bei sparsamster Haushaltung nicht vor Armut und Not verschont. Bei dem genannten Versorgungsminimum stützten sich die Gutachter zum einen auf die "bewährten Schriften über die Errichtung der Witwenkassen" (sie wurden allerdings nicht namentlich aufgeführt), die durchgehend sogar ein Drittel der Besoldungen für erforderlich hielten; zum anderen habe auch "des Kaisers Majestät", einer Meldung der Frankfurter Reichs-Postzeitung vom 18. 1. 1783 Nr. 10 zufolge ¹⁾ das Drittel zum Maßstab der Versorgung der Witwen und Waisen seiner Bediensteten genommen. Schließlich seien auch die vor der Errichtung dieser Kasse bewilligten Gnadenpensionen in den hiesigen Landen nach dem vierten Teil der Besoldung des verstorbenen Mannes berechnet ²⁾ und selbst solchen Witwen gegeben worden, die keine Kinder mehr zu versorgen gehabt hätten. Setze man die Versorgungsquantität nunmehr auf ein Sechstel der Besoldungen herab, so führe dies zu Ungleichheiten zwischen den bisherigen und den künftigen Witwen. Sie ließen sich nicht dadurch befriedigend und durchgehend ausgleichen, daß später versterbende Bedienstete in Rang

1) W 172/3585; IV/101

2) W 172/3585; IV/88

und Besoldung aufstiegen. Zum einen sei zweifelhaft, ob sich ein Aufstieg so nachhaltig auf die Versorgungsleistungen auswirke, zum anderen blieben aber auch viele Staatsdiener bei der gleichen Besoldung und erhielten auch keine nennenswerten Zulagen.

Dagegen könne man aber von der Möglichkeit Gebrauch machen, die Beiträge zu erhöhen. Die Berechnungen der Rentkammer hätten ergeben, daß die von den Teilnehmern jeweils zu leistenden Beiträge bei vierzigjähriger Kassenmitgliedschaft nicht länger als fünf Jahre für eine Versorgung in Höhe des vierten Teils der Besoldungen ausreichen. In praxi könne man aber weder von einer so langen Durchschnittsdienstzeit ausgehen, noch von einer so kurzen Versorgungszeit. Die Inanspruchnahme dauere wesentlich länger, besonders dann, wenn der Altersunterschied zwischen dem Bediensteten und seiner Frau groß sei, spät Kinder geboren würden, oder wenn der Bedienstete nach einem vorzeitigen Tod seiner Frau zum zweiten Mal heirate.

Auf Grund dieser Erhebungen wurde vorgeschlagen, die Beiträge auf durchgehend 3% der Besoldungen zu erhöhen, selbst wenn dies für die Empfänger kleiner Besoldungen eine gewisse Härte sei. Zudem wurde eine Reihe von Regelungen vorgeschlagen, durch die das Alter der Ehegatten und das Eintrittsalter der Kassenmitglieder bei der Beitragserhebung besser berücksichtigt werden sollten.

Schließlich bemühten sich die Gutachter von neuem, den Landesherrn von der Notwendigkeit weiterer Zuschüsse zu überzeugen. Sie schlugen vor, der Landesherr möge doch dasjenige, was er zur Zeit für die Gewährung von Gnadenpensionen aufwende, auch dann weiter gewähren, wenn die bisherigen Versorgungsempfänger - vor allem Hinterbliebene von Staatsdienern, die vor der Gründung der Witwenkasse gestorben waren - stürben, beziehungsweise durch Heirat oder Berufsausübung der Unterstützung nicht mehr bedürften. Der Landesherr könne diese Beträge von sich aus den einzelnen Hinterbliebenen nach seinem Gutfinden zuwenden. Man könne aber auch in den Kassenstatuten die Versorgungsleistungen von treuer, mindestens zehnjähriger Dienstausbübung einerseits und Bedürftigkeit andererseits abhängig machen. Dann sei es für die herrschaftliche Kasse einerlei, ob sie ihren Zuschuß selbst an die Hinterbliebenen auszahle oder den betreffenden Betrag der Witwen- und Waisenkasse überweise. Die letztere Möglichkeit habe indessen für den Fürsten den Vorteil, daß er von übermäßigen Bittgesuchen verschont bleibe, die Witwen- und Waisenkasse würde dadurch auf eine sichere Grundlage gestellt, und das Beispiel des Landesherrn könne sich als guter Anreiz für andere mögliche Spender auswirken.

Die Notlage der Kasse sei auch mit darauf zurückzuführen, daß sich die bei der Gründung gehegten Hoffnungen und Erwartungen, das Stift Keppel einem neuen Zweck zuzuführen, bisher nicht erfüllt hätten. Da auch jetzt noch nicht abzu-

sehen sei, wann dies möglich sein werde, bleibe nur noch ein landesherrlicher Zuschuß übrig, um der Kasse aufzuhelfen. Man könne aber einen solchen Zuschuß auf die Zeit beschränken, bis die Mittel des Stifts Keppel frei würden. Im übrigen sollte nach Meinung der Gutachter nun doch stärker auf die Bildung eines Kassenfonds gesehen werden.

Dieses Gutachten ging Ende Oktober 1783 an den Fürsten ab, der daraufhin am 6. 12. 1783 folgende Anordnungen traf ¹⁾:

Die Versorgungsleistungen wurden auf ein Fünftel der letzten Besoldungen der verstorbenen Kassenmitglieder festgesetzt.

Das jährliche Beitragsquantum sollte vom Jahre 1784 an für alle Kassenmitglieder 3% der Besoldungen betragen. Für die neu eintretenden Bediensteten wurde der Beitritts-Beitrags-zwang angeordnet. Sie hatten bei einem Beitrittsalter zwischen 30 und 50 Jahren 4%, bei einem Beitrittsalter über 50 Jahren 5% ihrer Besoldungen während der ersten sechs Dienstjahre zur Kasse beizutragen. Neu eintretende Bedienstete im Alter von 50 - 60 Jahren mit einer über sechs Jahre jüngeren Frau sowie Kassenmitglieder gleichen Alters, die eine über sechs Jahre jüngere Frau heirateten, sollten eine einmalige Abgabe von 10% ihrer Besoldungen, und wenn sie über 60 Jahre alt wären, von 15% derselben an die Kasse abführen. Diese Abgabe sollte sich für jedes Jahr, um das die Altersdifferenz sechs Jahre überschreiten würde, um weitere 2% erhöhen.

Die bisher mit 3% verzinsten Kassenkapitalien sollten nunmehr zu einem Zinssatz von 4% ausgeliehen werden.

Aus der herrschaftlichen Kasse wurden auf 10 Jahre jährlich 750 fl. gewährt, die auf Kapital gelegt werden sollten.

Kein Bediensteter sollte mit mehr als 2, 500 Gulden in die Kasse eingeschrieben werden, um allzuhohe Versorgungsquoten zu umgehen.

Diese Maßnahmen wurden ein knappes Jahr später durch eine weitere Anordnung des Landesfürsten ergänzt, die es den vor dem 6. 12. 1783 in den Staatsdienst aufgenommenen und nicht der Beitrittspflicht unterliegenden Bediensteten ermöglichte, innerhalb einer bestimmten Frist und bei Nachzahlung ermäßigter Beitrittsgelder der Kasse beizutreten ²⁾.

Die mit beiden Novellen vorgenommenen Änderungen, insbesondere der landesherrliche Zuschuß, erwiesen sich jedoch als nicht ausreichend, die finanziellen Schwierigkeiten der Kasse zu beheben; bereits 1788 überstiegen die Ausgaben wieder die Einnahmen ³⁾. Auch die weiteren Unterstützungen des in der Folge

1) Weistum III/212 ff.

2) Weistum III/213 f.

3) W 172/3585; VI/35

wiederholt zur Hilfe gerufenen Fürsten konnten die Kassenbilanz nicht endgültig ins Gleichgewicht bringen ¹⁾. 1797 schließlich bewilligte der Fürst noch einmal einen Deckungszuschuß von zusätzlich 475 fl., erklärte aber, daß ihm nunmehr weitere Zuschüsse nicht mehr zugemutet werden könnten, er dazu auch nicht mehr bereit sei. Die Kasse müsse nun selbst nach Wegen suchen, die Ausgaben in den Grenzen ihrer Einnahmen zu halten ²⁾.

Zum Glück gingen die Ausgaben in den kommenden Jahren von selbst zurück, so daß sich die Kassenlage entspannte.

Zum Abschluß noch einige Zahlen, um das Bild von der Entwicklung der Kasse zu ergänzen: Der Mitgliederbestand der Kasse, der ein Jahr nach ihrer Gründung 199 Personen umfaßt hatte, wuchs bis 1782 auf 213 Mitglieder an. Weitere Zahlen hierzu sind nicht aufzufinden. Das Beitragsaufkommen der Kassenmitglieder steigerte sich zwischen 1775 und 1802 von 1.875 auf 4.025 fl. Diese Zunahme dürfte aber weniger auf eine entsprechende Erweiterung des Mitgliederbestandes, als vielmehr auf die Erhöhung der Beitragsquantität und auf die Verbesserung der Besoldungen zurückzuführen sein. Die Zahl der zu versorgenden Witwen stieg im gleichen Zeitraum von 1 auf 90. Der Umfang der Versorgungsleistungen betrug im Jahre 1802 etwas über 10.000 Gulden! Dabei verteilten sich die Versorgungsleistungen nach 1785 folgendermaßen: 15% der Witwen erhielten jährlich zwischen 20 und 40 fl., 30% zwischen 40 und 100 fl., 45% zwischen 100 und 200 fl. und 6% über 200 fl. ³⁾

1) 1789 bewilligte der Landesfürst der Kasse zur Deckung ihres Fehlbedarfs 1.250 fl. und rückwirkend von 1780 an 3% der vakant gebliebenen Beamtenbesoldungen (W 172/3585; VI/134), 1795 einen dem jeweiligen jährlichen Bedarf entsprechenden Zuschuß bis zu 3.800 fl., um die Versorgungsleistungen zu bestreiten, sowie die Erhöhung des 1783 bewilligten Fixums von 750 auf 1.000 fl. jährl., das zunächst der Schuldentilgung, später zur Kapitalbildung dienen sollte (W 172/3585; VI/168).

2) W 172/3585; VII/165

3) W 172/3585; I - VII

B. ENTSTEHUNGSGRÜNDE, STRUKTUR UND ENTWICKLUNGSTENDENZEN DER WITWEN- UND WAISENKASSEN

I. Entstehungsgründe

Die der bisherigen Betrachtung zugrundeliegenden Quellen geben über die Ursachen, die die Errichtung der Witwen- und Waisenkassen bedingt haben, nur wenig Aufschluß. Unmittelbar läßt sich aus ihnen lediglich entnehmen, daß die Hinterbliebenen der öffentlichen Bediensteten zu jener Zeit offenbar besonderen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten ausgesetzt waren. Ähnlich unergiebig sind die Materialien über die Gründungsvorbereitungen. Im Untersuchungsbereich bestanden sie zumeist in der Übernahme andernorts bereits entwickelter Organisationsformen. Diese hatten eine doppelte Aufgabe: Sie dienten als Modelle für die nassauischen Kassen, und sie wurden zugleich dazu benutzt, konservative Widerstände und religiöse Bedenken beiseite zu räumen, indem man sie als beispielgebend und segensreich pries. An dem Gründungsvorgang ist schließlich noch bemerkenswert, daß die Initiative hierzu meist von den öffentlichen Bediensteten ausging. Die Gründer nahmen jedoch in der Regel darauf Bedacht, die wohlwollende Zustimmung des Landesherrn für ihre Unternehmungen zu erhalten.

Dieser spärliche Befund zwingt dazu, einen anderen Ansatzpunkt für die Aufhellung der Entstehungsursachen der Witwen- und Waisenkassen zu suchen.

Im einleitenden Teil wurde bereits auf die Eigentümlichkeit hingewiesen, daß die Geistlichen und Staatsdiener an den Gründungen der Witwen- und Waisenkassen einen auffallend starken Anteil hatten. Wo diese Kassen nicht als rein berufständische Einrichtungen der genannten Gruppen in Erscheinung traten, ist zumindest festzustellen, daß die Geistlichen und Staatsdiener so etwas wie Kerngruppen im personalen Bestand dieser Kassen waren. Diese Konzentration bestimmter soziologischer Gruppen in den Witwen- und Waisenkassen ist allein aus den allgemeinen, eine vorsorgende Selbsthilfe begünstigenden Zeitströmungen, wie sie eingangs angedeutet waren, nicht zu erklären. Es liegt deshalb nahe, eine Erklärung für die starke Beteiligung der öffentlichen Bediensteten an den Kassengründungen in der Eigenart und den Lebensbedingungen eben dieser Gruppen zu suchen.

Betrachtet man Beamtschaft und Geistlichkeit der damaligen Zeit unter diesem Aspekt, dann zeigen sich einige charakteristische Eigenschaften, die beiden Gruppen gemeinsam sind und diese von anderen abheben. Sie können wichtige Hinweise auf die Gründungsursachen geben.

Eine erste Eigenart, die Beamtenschaft und Geistlichkeit miteinander verband, lag in der Art und Weise, wie beide ihren Lebensunterhalt bestritten. Pfarrer wie Staatsdiener standen wirtschaftlich in einem Abhängigkeitsverhältnis. Ihren Lebensunterhalt mußten sie aus persönlichen und fremdnützigen Dienst- oder Arbeitsleistungen ziehen. Die Form des Unterhaltserwerbs barg in zweierlei Hinsicht Unsicherheiten für die wirtschaftliche Existenzgrundlage in sich.

Die Dienst- und Arbeitsleistungen waren persönlich zu erbringen. Sie waren unvertretbar. Von ihnen hing die Besoldung ab. Das bedeutete, daß die Existenzgrundlage ganz auf der Dienst- und Arbeitsfähigkeit der Beamten und Geistlichen aufgebaut war. Wer nicht mehr Dienst tun konnte oder wer seinen Dienst nicht zur Zufriedenheit des Dienstherrn zu versehen verstand, der verlor seine Erwerbsquelle. Damit war die wirtschaftliche Existenzgrundlage der Familie eines Geistlichen oder eines Beamten von dreierlei bedroht: von Todes- und langwierigen Krankheitsfällen des Ernährers sowie von der Möglichkeit, beim Dienstherrn in Ungnade zu fallen und entlassen zu werden. Die letztgenannte Möglichkeit galt allerdings in höherem Maße für die Beamten als für die Geistlichen.

Die Risiken treten noch deutlicher hervor, wenn man die hier umrissenen Verhältnisse mit denen anderer Berufs- und Standesgruppen vergleicht, etwa dem Adel, der Handwerker- und Kaufmannschaft und den Bauern, um die wichtigsten Gruppen zu nennen. Der zumeist grundbesitzende Adel zog seinen Unterhalt weitgehend aus den Nutzungen seines Besitzes. Dabei bediente er sich Hilfskräften. Der Ausfall des Familienoberhauptes bedeutete unter diesen Umständen keine akute Gefährdung der Existenz seiner Familie, denn der Besitz konnte von den Hinterbliebenen weiter genutzt werden. Hinzu kam, daß der Adel im allgemeinen in größeren Familieneinheiten zusammenlebte, so daß in der Regel ein anderes männliches Familienmitglied die Verantwortung für den Unterhalt der Familie übernehmen konnte. Kaufleute und Handwerker verfügten größtenteils über Geschäfte bzw. Betriebe, die mit dem Tod ihres Inhabers noch nicht ihren Wert verloren. Sie stellten durchaus einen selbständigen Wert dar. Das zeigte sich unter anderem daran, daß etwa den Witwen der Handwerksmeister durch die Zunftordnungen in der Regel gestattet wurde, den Betrieb mit Gesellen fortzuführen¹⁾. Wo dies nicht geschah, hatten die Hinterbliebenen immer noch die Möglichkeit, aus dem Verkauf oder der Verpachtung des Betriebes

1) Vgl. hierzu etwa die Gilden-, Zunft- und Innungsordnungen von Brandenburg 1733 Art. XX; von Baden 1760, Art. 49; von Braunschweig 1765, Tit. III § 10; von Kursachsen 1780, Cap. III, Art. 49; ferner Pr. Allg. Landrecht von 1794, Teil II, Tit. VIII, Abschn. III, § 303, alles abgedruckt bei Ortloff; ferner Gierke S. 370; 928.

Nutzen zu ziehen. Eine weitere Unterstützung wuchs den Hinterbliebenen aus dem Schutz und der Hilfe zu, die die Zünfte und Gilden ihnen gewährten ¹⁾. Schließlich lagen die Verhältnisse bei den Bauern - jedenfalls unter dem hier behandelten Gesichtspunkt - in mancher Hinsicht günstiger. Waren sie selbständig, dann hatten sie einen eigenen Betrieb; waren sie indessen unselbständig, so war die geforderte Tätigkeit doch dergestalt, daß auch die Frauen und Kinder von einem gewissen Alter an in der Landwirtschaft arbeiten und zum Unterhalt der Familie beitragen konnten. Der Ausfall einer Arbeitskraft war in gewissem Umfange ersetzbar, die Arbeitsleistungen anders als bei den Beamten und Geistlichen vertretbar.

Aus dem Gesagten erhellt bereits, daß Tod oder längere Krankheit eines Beamten oder Geistlichen dessen Familie nachhaltiger treffen mußte, als dies in entsprechenden Fällen bei anderen Gruppen der Fall war. Der Eintritt dieser Risiken wirkte sich noch nachhaltiger aus durch die Fremdnützigkeit der Dienst- und Arbeitsverhältnisse. Das Treueverhältnis der Staatsdiener zu ihrem Landesherrn und der Geistlichen zu ihrer Kirche, deren weltliches Oberhaupt wiederum der Landesherr war, bildete die Grundlage dieser Dienstverhältnisse und gebot, die ungeteilte Arbeitskraft dem Dienstherrn zur Verfügung zu stellen ²⁾. Hierdurch wurde den Staats- und Kirchenbediensteten weitgehend die Möglichkeit genommen, eine selbständige, nicht unbedingt auf ihre eigene Person angewiesene Erwerbsgrundlage aufzubauen. Sie ließ sich im allgemeinen auch nicht mit dem Entgelt schaffen, mit dem die Dienstleistungen honoriert wurden, denn die Besoldungen waren eher knapp als reichlich bemessen. Dies hing damit zusammen, daß die Tätigkeit im kirchlichen oder landesherrlichen Dienst als ehrenvoll und auszeichnend galt. Die Besoldung spielte demgegenüber noch eine untergeordnete Rolle. Sie wurde als Aufwandsentschädigung angesehen und ging deshalb nicht über das hinaus, was ein Kirchen- oder Staatsdiener benötigte, um während des Dienstes standesgemäß leben zu können.

Diese Skizze von den Dienst- und Verdienstverhältnissen der Geistlichen und Staatsdiener ist bewußt abstrahiert und überzeichnet, um die in diesem Zusammenhang als wesentlich erscheinenden Züge hervortreten zu lassen. Sie bedürfen insofern einer Ergänzung, als der Treuepflicht des Bediensteten eine Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüberstand, die auch die nächsten Familienangehörigen mit umfaßte. So gewährten die Landesfürsten während des 17. und 18. Jahr-

-
- 1) Schutz und Hilfe für die Frauen und Kinder von Zunftgenossen gehörten zu den Aufgaben vieler Zünfte. Siehe näheres Bl. 56 f.
 - 2) Dieser Grundsatz galt von dem Zeitpunkt an, von dem ab das Beamtenverhältnis nicht mehr nur eine vorübergehende Lebensphase umschloß oder sich auf die Erledigung zeitlich begrenzter Aufgaben erstreckte.

hundreds den Hinterbliebenen ihrer Bediensteten im allgemeinen Sterbe- und Gnadenquartale, d. h. sie zahlten den Witwen und Waisen die Besoldung des Verstorbenen noch ein oder zwei Jahresquartale weiter. Auch darüber hinaus wurden Unterstützungsleistungen gewährt. Sie blieben jedoch reine Gnadensache. Die Hinterbliebenen hatten darauf weder einen Anspruch noch konnten sie sonst fest damit rechnen.

Zu den Eigenarten des Dienst- und Arbeitsverhältnisses kommen aber noch weitere Umstände, die die so ausgeprägte Entwicklung der Witwen- und Waisenkassen bei den Geistlichen und Staatsdienern begünstigt haben dürften. Vorsorgende Unternehmen wie die Hinterbliebenenkassen setzen einen gewissen Bildungsstand der Gründer und auch der Teilnehmer voraus. Das Bestreben, sich einen bestimmten Lebensstandard zu erhalten, tritt ferner in der Regel erst dann auf, wenn dieser Standard eine gewisse Höhe erreicht hat. Die Geistlichen und Beamten der hier untersuchten Zeit zählten zu den Gruppen, die über eine gehobene Bildung verfügten. Zudem hatten sie auch einen gehobenen Lebensstandard, zumindest aber durch ihre Stellung bedingte gehobenere Lebensansprüche.

Weiterhin ist anzunehmen, daß eine unter den gleichen gesellschaftlichen Bedingungen stehende Gruppe mit daraus erwachsenden gleichen Bedürfnissen und Problemen sich besser als personale Basis oder doch Kerngruppe für die Witwen- und Waisenkassen eignete, als ein aus verschiedenen Lebensbereichen zusammengewürfelter Personenkreis, dessen Bedürfnisse und Interessen sich viel schwerer auf einen einheitlichen Nenner bringen lassen. Geistliche und Staatsdiener bildeten einheitliche Gruppen im oben bezeichneten Sinne.

Schließlich wird auch die Möglichkeit der Information und des Erfahrungsaustausches als ein Moment in Betracht zu ziehen sein, das die Gründung der Witwen- und Waisenkassen begünstigte. Bei den nassauischen Gründungen zeigte es sich, daß sie überwiegend auf Anregungen aus anderen Staaten zurückgingen. Beamtschaft und Geistlichkeit waren durch ihre enge Verbindung zu den Fürstenhöfen und damit auch zu den von dort zu den anderen Staaten ausgehenden diplomatischen Kanälen mit ihren laufenden Informationen über die Verhältnisse in anderen Ländern besonders begünstigt.

Sind damit einige einschlägige Gründe dafür dargetan, weshalb die öffentlichen Bediensteten so besonders regen Anteil an den Witwen- und Waisenkassengründungen nahmen, so bleibt noch die weitere Frage zu klären, weshalb dieses Problem erst im 18. Jahrhundert, dann aber derart rasch, in das Bewußtsein dieser Gruppen eindrang, daß es auf so breiter Grundlage Maßnahmen auslösen konnte. Dies ist umso überraschender, als andere Berufsstände schon wesentlich früher korporative Selbsthilfeeinrichtungen zum Schutze gegen die wirtschaftlichen Folgen von Krankheits- und Todesfällen geschaffen hatten. So sahen viele Gilden und Zünf-

te eine ihrer Aufgaben darin, den Hinterbliebenen ihrer Mitglieder wirtschaftliche Unterstützung zu gewähren ¹⁾.

In diesem Zusammenhang stößt man nun auf eine weitere Eigentümlichkeit in der Gruppenstruktur der öffentlichen Bediensteten. So sehr Staatsdiener und Geistliche ihrer beruflichen Funktion nach abgeschlossene und gegenüber anderen Ständen abgegrenzte Gruppen darstellten ²⁾, so fehlte ihnen doch die Einordnung in eine den Gilden und Zünften vergleichbare Standesorganisation. Es gab für sie also keine Gemeinschaft, in der gewissermaßen jedes Glied auf alle anderen bezogen, von ihnen abhängig, aber andererseits durch sie auch in seinen eigenen Lebensinteressen geschützt war. Ihre innere Struktur war vielmehr gekennzeichnet durch die Bindung jedes einzelnen Bediensteten an seinen Dienstherrn, hier die Kirche, dort der Landesherr. Während der Zusammenhalt in den Zünften und Gilden aus der Bezogenheit der Glieder aufeinander und ihrer Bindung untereinander entstand, war es bei den öffentlichen Bediensteten der Dienstherr, der als Bezugspunkt oder Bindeglied Homogenität und Zusammenhalt bewirkte. Das integrierende Moment für die im öffentlichen Dienst Tätigen war der Dienstherr. Diese eigentümliche Gruppenstruktur dürfte die Entwicklung zunfährlicher Interessengemeinschaften geradezu behindert haben, denn das mit starken sozial-ethischen Wertvorstellungen wie der Treue und des Dienens besetzte Bindungsverhältnis an den Dienstherrn vertrug sich nicht gut mit zunfährlichen Organisationsformen, die sich unschwer auch gegen den Dienstherrn selbst richten konnten.

Die soeben genannten Leitideen des Beamtentums sind im Laufe der Geschichte verschiedentlich in den Hintergrund getreten oder gar verloren gegangen ³⁾. Das hatte dann regelmäßig die Verselbständigung des Beamtenstandes zur Folge, machte diesen als Handlungs- und Verwaltungsinstrument für den Dienstherrn unbrauchbar und bedrohte gelegentlich sogar die Stellung des Fürsten. Die Annahme liegt daher nahe, daß auch die Fürsten allen Bestrebungen skeptisch gegenüberstanden, die Eigengewicht und Selbständigkeit der Beamtenschaft stärkten.

In der Eigenart des Beamtenverhältnisses mag daher ein erster Grund für das verhältnismäßig späte Auftreten von wirtschaftlichen Selbsthilfemaßnahmen bei den öffentlichen Bediensteten liegen. Aus ihr wird weiter verständlich, weshalb die Hilfsmaßnahmen nicht im Rahmen einer umfassenderen, den ganzen Menschen umgreifenden Standesorganisation verwirklicht wurden, sondern sich erst in einer

- 1) Gierke S. 229, 231, 240 (Schutzgilden) 370, 387, 396, 405 (Zünfte); siehe auch Wilda S. 116 f., 123.
- 2) Dies trifft zumindest auf das sich seit dem Absolutismus herausbildende Berufsbeamtentum zu.
- 3) vgl. hierzu Hintze S. 19 f., 26 ff.

geschichtlichen späteren, auf eine bestimmte Einzelfunktion hin abstrahierten Form durchsetzen konnten. Schließlich erklärt sich aus ihr auch zu einem guten Teil das Bemühen der Kassengründer, die Erlaubnis der Landesherrn für ihre Gründungen zu erhalten, und der damit verbundene geflüsterte Hinweis, daß diese Einrichtungen auch dem Landesherrn zum Vorteil gereichen würden. Wenn umgekehrt die Landesfürsten in zunehmendem Maße die Kassen förderten und auf sie Einfluß nahmen, so wird man dies nicht ausschließlich auf altruistische Regungen zurückführen dürfen, so sehr auch ein fürsorgend-landesväterliches Pathos, wie es immer wieder aus den Präambeln zu den Statuten klingt, im Spiele gewesen sein mag; man wird daneben Förderung und Einflußnahme der Fürsten auch als ein Mittel sehen müssen, mit dem die Zusammenschlüsse der Bediensteten unter Kontrolle gehalten werden sollten.

Für die Erklärung des zeitlich so späten Auftretens der Unterstützungseinrichtungen für die öffentlichen Bediensteten sind aber noch andere Umstände von Bedeutung. Auf einige allgemeine Bedingungen für das Entstehen der Kassen wurde bereits im einleitenden Teil hingewiesen. Bei den Staatsdienern kamen Umschichtungsprozesse innerhalb ihres Standes hinzu. Adel und Ritterschaft, die im allgemeinen über eigenen Besitz verfügten, zogen sich - worauf auch der Regierungsrat Eberhard in seinem Gutachten vom Januar 1772 hinwies¹⁾ - nach und nach aus dem Staatsdienst zurück. An ihre Stelle trat ein Berufsbeamtentum, das aus seinem Dienst zugleich seinen Lebensunterhalt schöpfen mußte, weil es nicht mehr den gleichen materiellen Rückhalt besaß wie die ausgeschiedenen Gruppen. Weiterhin erforderte die zunehmend sich ausdehnende und verzweigende Verwaltung der absolutistischen und aufgeklärten Staatswesen eine Vergrößerung der Beamtschaft. Der zunächst noch mehr persönliche Charakter eines patriarchalischen Haus- und Gesindeverhältnisses, das noch gut überschaubar war, ging verloren. Schwierigkeiten, wie sie der Tod oder die andauernde Krankheit eines Bediensteten für seine Familie mit sich brachten, ließen sich unmittelbar und ohne verwaltungstechnischen Aufwand nicht mehr regeln. Der Kontakt des Dieners zum Dienstherrn wurde mittelbarer, versachlicht, selbst Gegenstand der Verwaltung. Zugleich zeigten sich Schwierigkeiten, die früher noch als Einzelfälle aufgefaßt werden konnten, naturgemäß häufiger und bekamen dadurch das Gewicht eines dem Charakter des Beamtenapparates anhaftenden typischen Problems.

Die zuletzt genannten Gesichtspunkte haben bei den Geistlichen kaum eine Rolle gespielt. Wenn es auch bei ihnen erst während des 17. und besonders des 18. Jahrhunderts zur Gründung von Witwen- und Waisenkassen kam, so wird man berücksichtigen müssen, daß erst das Ende des Dreißigjährigen Krieges eine Konsolidierung der konfessionellen Verhältnisse brachte.

1) W 172/3585; I/4 ff.

II. Struktur

Bei den Längsschnitt-Betrachtungen der einzelnen Kassen hat sich bereits gezeigt, daß eine Reihe von Merkmalen ständig wiederkehrt. Von dieser Beobachtung ausgehend soll in dem nun folgenden Abschnitt versucht werden, die den Kassen gemeinsamen Eigenschaften und ihre Ausformung unter einigen Leitprinzipien systematisch zu ordnen und damit zu einer Definition des Typus dieser Kassen zu gelangen.

1. Äußere Form und Zusammenschluß

Die Witwen- und Waisenkassen waren Personenvereinigungen. Der für die Teilnahme vorgesehene Personenkreis war in zweierlei Richtung begrenzt. Die Teilnahme war zum einen an einen bestimmten Berufsstand geknüpft; Geistliche, Staatsdiener und Lehrer bildeten jeweils eigene Zusammenschlüsse. Die Kassen waren somit berufsständische Vereinigungen. Zum anderen bestand Abhängigkeit zwischen Teilnehmerschaft und Staatszugehörigkeit. Einer Kasse gehörte in der Regel nur an, wer in dem Lande, in dem die Kasse gegründet wurde, beheimatet war. Beide Kriterien haben nicht den Charakter strenger Gesetzmäßigkeit, sondern eher den einer - freilich kennzeichnenden - Tendenz.

Die Form des Zusammenschlusses der einzelnen Berufsgruppen zu Kassen bewegte sich in einem Feld zwischen zwei Organisationsprinzipien: Vertrag und Gesetz.

Etwas vereinfachend lassen sich drei Organisationstypen herausheben: Ein Teil der Kassenzusammenschlüsse beruhte auf rein vertraglichen Übereinkünften ¹⁾. Sie waren - wenigstens anfangs - reine Maßnahmen korporativer Selbsthilfe. Das Gegenstück hierzu bildeten Kassen, deren Grundung fast ganz bei der städtischen Verwaltung lag, während die Beteiligung der Geistlichen und Staatsdiener sich in da und dort geäußerten Anregungen erschöpfte ²⁾. Sie waren in erster Linie Akte hoheitlicher Fürsorge. Eine Zwischenform bildete eine Reihe von Kassen mit einer eigentümlichen Doppelstellung. Auf der einen Seite waren sie vertragliche Übereinkünfte. Sie gingen meist auf private Initiative zurück; eine größere Anzahl von Geistlichen bzw. Staatsdienern war an der Ausarbeitung der einzelnen Kassenstatuten beteiligt und unterstützte die Gründungsbemühungen zumindest mit ihrer erklärten Bereitschaft zum Beitritt. Damit waren die Gründungen jedoch nicht vollzogen. Hinzu trat vielmehr die landesherrliche Geneh-

1) WWP von 1630 und 1693 +)

2) OWZ v. 1774; WWL v. 1777; WWP v. 1765; OWP v. 1775

+) zur Erklärung dieser Abkürzungen vgl. Bl. V

migung, die die vertragliche Übereinkunft, meist unter einigen Änderungen oder Zusätzen, in den Rang eines Landesgesetzes erhob ¹⁾. Die Regelung des Beitritts entsprach den oben beschriebenen Formen des Zusammenschlusses. Den auf rein vertraglicher Basis beruhenden Gründungen entsprach die Regelung des freiwilligen Beitritts. Aus dem fürsorgenden Charakter der durch die fürstliche Verwaltung errichteten Institute folgte demgegenüber die Beitrittspflicht. Die beschriebene Zwischenform behielt in ihren Statuten die Freiwilligkeit des Eintritts zwar als Grundsatz bei. Das Prinzip wurde jedoch durch verschiedene Formen des mittelbaren und auch unmittelbaren Zwanges durchbrochen. So war der Eintritt in verschiedene Kassen nur innerhalb bestimmter Fristen möglich. Mittelbarer Zwang wurde etwa dadurch ausgeübt, daß der Weilburger Fürst Unterstützungsleistungen an Witwen und Waisen nur noch über die Kasse gewähren wollte, so daß nur Kassenmitglieder in den Genuß landesherrlicher Zuwendungen kommen konnten ²⁾. Bei einigen Kassen schließlich wurde der Grundsatz des freiwilligen Beitritts für bestimmte Teile der Mitgliedsberechtigten von den landesfürstlichen Zusätzen zu den Statuten außer Kraft gesetzt und Beitrittspflicht angeordnet.

2. Zweck

Die Zusammenschlüsse zu Kassen sollten der finanziellen Unterstützung der Witwen und Waisen verstorbener Mitglieder dienen. Charakteristisch war für die Witwen- und Waisenkassen die eng umgrenzte Spezialaufgabe. Hierin unterschieden sie sich deutlich von den Gilden. Zwar lassen sich auch bei den Gilden Formen organisierter Hinterbliebenenversorgung nachweisen. Sie hatten sich aus einer der wesentlichen Zielsetzungen jener Korporation entwickelt, wonach sich die Genossen in Gefahr und in Notfällen zu unterstützen hatten ³⁾. Diese Unterstützungspflicht war alsbald auch auf die Frauen und Kinder der Zunftgenossen bzw. Gildebrüder erstreckt worden ⁴⁾. Anlaß, Art und Umfang der Unterstützungspflicht waren zunehmend durch genaue Vorschriften geregelt ⁵⁾. Eine dieser Pflichten war die Unterstützung bedürftiger Witwen ⁶⁾. Diese Hilfspflicht war aber eben nur eine aus einer Fülle von Funktionen, Aufgaben und Zwecken, die die Gilden und Zünfte ausübten und mit denen sie weite Lebensbereiche (etwa den religiös-rituellen, den beruflich-wirtschaftlichen, den politischen, den

1) UWP v. 1742; UWZ v. 1751; OWP v. 1732; WWZ v. 1762

2) WWZ v. 1762

3) Gierke S. 228 ff, 232, 240 (Schutzgilden); 347 (kfm. Gilden); 387, 396 (Handwerkerzünfte); 405 (Gesellenverbände).

4) Gierke S. 231, 240 (Schutzgilden); 370 (Zünfte); Wilda S. 116 f.

5) Gierke S. 229

6) Gierke S. 229, 387, 396, 405; Wilda S. 116, 123

sozialen, den sittenbildenden und -erhaltenden und den die Geselligkeit pflegenden Lebensbereich) ihrer Mitglieder umspannten. Die Gilden und Zünfte tendierten auf eine umfassende Integration der Interessen und Lebensbelange ihrer Mitglieder ¹⁾. Die Unterstützung Hinterbliebener spielte so aufs Ganze gesehen nur eine untergeordnete Rolle.

Bei den Witwen- und Waisenkassen war die Hinterbliebenenversorgung die einzige Aufgabe. Weitergehende Bindungen strebten sie nicht an. Sie waren reine Zweckgemeinschaften, nicht hingegen "Lebensgemeinschaften". Konnte man bei den Gilden noch von "gewachsenen Organismen" sprechen, die den Menschen als Ganzes in sich einbezogen, so waren die Witwen- und Waisenkassen Konstruktionen, die den Menschen nur im Hinblick auf ein ganz spezielles Problem in sich aufnahmen ²⁾.

3. Leistungsgefüge

- a) Als erstes in allen Kassengründungen wiederkehrendes Element ist das Prinzip der Gegenseitigkeit zu nennen; jedes der lebenden Kassenmitglieder trug mit seinen Leistungen zur Unterstützung der Frauen und Kinder verstorbener Mitglieder bei und erwarb so für den Fall des eigenen Todes den statutenmäßig gesicherten Unterstützungsanspruch seiner Hinterbliebenen gegen die Mitgliedergemeinschaft. Durch die Kasse "haftete" jedes Kassenmitglied jedem anderen mit seinen Beiträgen für Unterstützungsleistungen an die Hinterbliebenen im Todesfalle. Dieses Prinzip repräsentiert in besonderer Weise die schon erwähnten Leitgedanken der korporativen Selbsthilfe. In seiner weiteren Ausformung lassen sich drei Grundsätze unterscheiden;

Alle Mitglieder der Witwen- und Waisenkassen waren zu bestimmten Beiträgen verpflichtet; ihre Zugehörigkeit zur Kasse war also entgeltlich. Nur bei den ältesten Kassen ³⁾ bestanden die Beiträge in Naturalleistungen. Die einzige vom 17. ins 18. Jahrhundert hinein bestehende Kasse stellte sich aber zu Beginn des neuen Jahrhunderts von Natural- auf Geldbeiträge um. Seither wurden nur noch Beiträge in Geld erhoben.

1) Gierke S. 222 in Auseinandersetzung mit dem Schrifttum, 226 f., 239 ff., 283 ff.

2) Sie bildeten zumindest Anfänge zu dem, was Freyer mit dem Begriff des "sekundären Systems" belegt hat; vgl. Freyer S. 79 ff.

3) WWP v. 1630 und 1693

Bei der Beitragserhebung selbst wurden verschiedene Wege eingeschlagen. Ein Teil der Kassen erhob für alle Mitglieder gleichhohe feste Jahresprämien ¹⁾, die verschiedentlich noch durch Beitrittsgelder ergänzt wurden ²⁾. Diese Form, Beiträge zu erheben, zeichnete alle älteren Kassengründungen aus, auch wenn sie später neu geordnet wurden.

Der jüngere Teil der Kassen ³⁾ bemmaß seine Beiträge nach einem bestimmten Prozentsatz des jeweiligen Einkommens eines jeden Kassenmitgliedes. Beitrittsgelder wurden bei diesen Kassen nicht erhoben.

Die Form einheitlicher Beiträge dominierte bei den Kassen der Geistlichen und Lehrer; bei den Kassen der Staatsdiener überwog die Beitragsberechnung nach Gehaltsprozenten. Dies hing wohl damit zusammen, daß bei den Geistlichen und Lehrern die Rangunterschiede und damit eine hierarchische Gliederung nicht entfernt so ausgeprägt waren wie bei den Staatsdienern.

Dem Grundsatz der Entgeltlichkeit stand der des Versorgungsanspruches gegenüber. Er war auf die engste Verwandtschaft des verstorbenen Mitgliedes beschränkt, stand in erster Linie der Witwe und erst bei deren Ableben den ehelichen Kindern des Kassenmitgliedes zu.

Beitrag und Versorgungsleistungen waren nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit miteinander verknüpft. Dies geschah allerdings nicht nach dem Modell der Sparkassen, deren Leistungen sich nach der Gesamteinlage zuzüglich der aufgelaufenen Zinsen bemessen. Verhältnismäßigkeit zwischen Beitrag und Leistung wurde vielmehr in der Weise hergestellt, wie man sie heute im gesamten Versicherungswesen findet: Für bestimmte Jahresbeiträge - gleichviel, über welchen Zeitraum sie gezahlt wurden - hatten die Hinterbliebenen des Kassenmitgliedes Anspruch auf Versorgungsleistungen, deren jährlicher Betrag im gleichen prozentualen Verhältnis zum Gesamtversorgungsaufkommen stand wie der Jahresbeitrag zum gesamten Beitragsaufkommen der Kasse. Bei diesem Verfahren konnte es geschehen, daß ein Kassenmitglied jahrzehntelang zur Kasse beitrug, schließlich seine Frau überlebte und nur erwachsene Kinder hinterließ. Diese erhielt nichts von den umfangreichen Zahlungen ihres Vaters.

1) WWP v. 1630 und 1693

2) WWP 1749; WWZ 1751 und OWP 1732/1775

3) WWZ v. 1762; OWZ v. 1774

Umgekehrt aber - und darin lag die eigentliche Bedeutung der beschriebenen Beziehung von Beitrag und Unterstützung - ermöglichten die Kassen Hilfe und eine gewisse Sicherheit in solchen Fällen, in denen ein Mitglied in verhältnismäßig frühen Jahren verstarb und eine noch junge Frau und kleine Kinder hinterließ, ohne schon ausreichend Gelegenheit gehabt zu haben, Ersparnisse anzusammeln. Gegenstück zu den Beitragsleistungen war also nicht eine rechnerisch gleiche Unterstützungssumme, sondern eine bedingte Garantie, ein für den Fall vorzeitigen oder unvorhergesehenen Todes erteiltes Hilfsversprechen, das die Mitglieder der Kassen von einer stets latent vorhandenen Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz ihrer Familien entlastete.

Das beschriebene Verhältnis von Beitrag und Kassenleistung ist noch zu präzisieren. In der Regel entsprach einem bestimmten Jahresbeitrag kein festes, sondern nur ein verhältnismäßiges Versorgungsquantum. Das lag daran, daß mit dem Gesamtbetragsaufkommen der Mitglieder (oder genauer den Gesamteinkünften der Kassen) einmal mehr und einmal weniger Witwen bzw. Waisen zu unterstützen waren. Stieg die Gesamtzahl der Versorgungsempfänger, so fiel in der Regel der auf den einzelnen entfallende Versorgungsanteil. Bei den älteren Kassen wirkte sich diese Folge oft sehr kraß und nachteilig aus. Erst allmählich wurden Techniken entwickelt, mit denen diese Schwankungen ausgeglichen oder gemildert werden konnten.

- b) Dem Prinzip der Gegenseitigkeit, das im Leistungsgefüge der Kassen das Element der korporativen Selbsthilfe vertritt, steht als Ausdruck des Elementes hoheitlicher Fürsorge das Prinzip der Subvention gegenüber. Mit ihm sind alle materiellen Zuwendungen der Landesfürsten an die Witwen- und Waisenkassen gemeint. Der Subventionsgedanke findet sich bei den untersuchten Kassen in dreifacher Ausformung: Zum ersten trat er - gewissermaßen negativ - als Befreiung von Steuern und Gebühren in Erscheinung. Diese Form findet sich bei allen Kassen, soweit ihre Statuten als landesherrliche Verordnungen in Kraft traten. Zweitens findet er sich in Gestalt von außerordentlichen Kapitalzuwendungen ¹⁾. Zum dritten schließlich zeigt er sich als Garantieleistung ausgebildet ²⁾, d. h. als laufender Zuschuß des Landesherrn, um den jährlichen finanziellen Fehlbedarf zwischen dem verteilbaren Kassenaufkommen und einer bestimmten Mindestversorgung der Hinterbliebenen zu decken.

1) Diese Form dominierte bei den Weilburger Kassen, weniger ausgeprägt auch bei den usingischen.

2) Form der oranischen Kassen.

- c) Ein weiterer Komplex von Erscheinungen läßt sich zusammenfassen unter dem Prinzip der Bedürftigkeit und Würdigkeit. Er betrifft die Begrenzung der Versorgungsleistungen.

Eine am Bedürftigkeitsgedanken orientierte Begrenzung fand im Hinblick auf die Dauer der Versorgungsleistungen statt. Grundsätzlich hatte die Witwe bis zu ihrem Tode Anspruch auf Unterstützung. Für verwaiste Kinder bestanden bestimmte Altersgrenzen, die - bei den einzelnen Kassen verschieden - zwischen 18 und 23 Jahren schwankten und für die Söhne oft 2 bis 3 Jahre höher angesetzt waren als für die Töchter. Heirateten jedoch die Witwen wieder oder zogen die Söhne ihren Lebensunterhalt vorzeitig aus ihrem Beruf oder heirateten die Töchter noch unterhalb der genannten generellen Altersgrenze, so entfiel die Versorgung bereits mit diesen Zeitpunkten.

Zu diesem in allen untersuchten Kassen wiederkehrenden Element kamen bei einzelnen Kassen noch Sonderregelungen, die das Prinzip der Bedürftigkeit unterstreichen. Hierzu sind zu rechnen die Entbindung alter und kranker Kassenmitglieder von der Beitragspflicht ¹⁾, die Versorgung kranker und gebrechlicher Waisen über die generelle Altersgrenze hinaus ²⁾, erhöhte Versorgungsleistungen an kinderreiche Restfamilien ³⁾, die verlängerte Dauer der Versorgungsleistungen für Studierende ⁴⁾, und schließlich auch ein Pfändungsverbot für die Versorgungsansprüche ⁵⁾.

Eine Begrenzung nach dem Prinzip der Würdigkeit fand insofern statt, als eine Reihe von Kassen Versorgungsleistungen an solche Hinterbliebenen ausschloß, die sich einen "unsittlichen oder lasterhaften Lebenswandel" hatten zuschulden kommen lassen ⁶⁾.

- d) Schließlich bleibt ein Prinzip zu besprechen, auf das man erst mit der Zeit aufmerksam wurde; das Prinzip der Kontinuität. Es meint alle für eine gleichmäßige und damit verlässliche Versorgung der Hinterbliebenen erforderlichen Voraussetzungen.

Die Einzeldarstellungen der Kassen haben gezeigt, daß dieses Problem anfangs nicht gesehen wurde. Man verteilte unbekümmert das jährliche

1) UWP 1749; OWP 1732; OWP 1775

2) UWP 1749; UWZ 1751; WWZ 1762; WWP 1765; OWP 1732; OWP 1775

3) WWZ 1762; OWZ 1774

4) OWP 1775; OWP 1732

5) UWZ 1751; OWZ 1774; WWZ 1762; WWP 1765

6) UWP 1749; WWZ 1762; OWZ 1774

Beitragsaufkommen auf die jeweils vorhandenen versorgungsberechtigten Hinterbliebenen und wurde erst im Laufe der Jahre, als die Zahl der Versorgungsempfänger anstieg, inne, daß diese Praxis zu einer immer dürftiger werdenden Unterstützung der einzelnen Berechtigten führte ¹⁾.

Dieser unerwünschten Folge suchte man nun auf zweierlei Weise zu begegnen. Das eine Mittel bestand darin, von Anfang an nur einen bestimmten Anteil der Kasseneinkünfte für die Versorgungsleistungen zu verwenden, mit dem anderen Teil aber einen Kapitalfond zu bilden und mit dessen Verzinsung eine weitere Einkommensquelle zu schaffen. Erhöhte sich mit der Zeit die Zahl der Hinterbliebenen, so hatte man zwei Korrekturen, um die Kassenleistungen auf gleicher Höhe zu halten. Man konnte das Verhältnis zwischen dem zur Versorgung und dem zur Kapitalbildung bestimmten Anteil der Kasseneinkünfte zugunsten der Unterstützungsfunktion verschieben. Zudem hatte man mit den laufenden Zinsen eines wachsenden Kapitalfonds weitere Unterstützungsmittel zur Verfügung, die eingesetzt werden konnten, ohne daß die Kapitalsubstanz einer Kasse angegriffen werden mußte. Dieses Verfahren bewährte sich dank einer systematisch angestrebten Kapitalbildung und großzügiger Geldzuwendungen ausgezeichnet bei den Weilburger Instituten ²⁾.

Der andere Weg bestand darin, daß man für die einzelnen Versorgungsquanten einen Höchst- und Mindestwert festlegte. Die die Kassenverbindlichkeiten übersteigenden Einkünfte wurden zum Kapital geschlagen und seine Zinsen im Bedarfsfalle für die Versorgung eingesetzt.

Drohten indessen die Versorgungsleistungen unter den festgelegten Mindestwert zu fallen, so wurde diese Entwicklung durch Garantieleistungen des Landesherrn korrigiert. Nach diesem Muster verfuhr man bei der oranischen Witwen- und Waisenkasse für die weltliche Dienerschaft.

Im ganzen reichten diese Mittel hin, eine einigermaßen kontinuierliche Versorgung sicherzustellen, wenn auch - ausgenommen die Weilburger Witwen- und Waisenkasse für die weltliche Dienerschaft von 1762 - finanzielle Krisen bei den Kassen nicht ausblieben. Die beschriebenen Mittel ahnelten etwas groben praktischen Faustregeln. Eine mathematische Durchdringung der Gesetzmäßigkeiten des Leistungsgefüges, auf der heute jedes Versicherungsunternehmen gründet, war noch nicht geleistet. Erste Ansätze hierfür werden erst bei der oranischen Kasse für die Zivildienerschaft erkennbar, die das Eintrittsalter der Mitglieder und den Altersunterschied zwischen ihnen und ihren Frauen bei der Beitragsbemessung zu berücksichtigen begann.

1) so insbesondere UWZ 1751

2) vgl. auch die KV OWP von 1775

4. Verwaltung

Bei den Regelungen, die die Verwaltung der Kassen betreffen, sind ein organisatorischer und ein funktioneller Aspekt zu scheiden. Die Kassenorganisation ist wiederum durch zwei Prinzipien gekennzeichnet. Das eine - dem Grundgedanken korporativer Selbsthilfe zugehörnde - ist das Prinzip der Selbstverwaltung. Es beinhaltet die Wahl der Verwaltungsorgane aus den eigenen Reihen, die Wahrnehmung der funktionellen Verwaltungsaufgaben und die Verwaltungskontrolle. Das andere - dem Grundgedanken hoheitlicher Fürsorge entsprechend - läßt sich als Prinzip obrigkeitlicher Direktion umschreiben. Es meint zumindest Aufsichts- und Mitspracherechte und ist bei allen Kassen zu finden, deren Gründung durch landesherrliche Verordnung vollzogen wurde. Es reicht über eine Mitbeteiligung von Mitgliedern der Landesregierung in der Kassenverwaltung ¹⁾ bis zur Führung der Geschäfte durch hoheitlich eingesetzte Verwaltungsorgane, ergänzt durch gewisse Informations- und Anregungsrechte der Kassenmitglieder ²⁾. Das Gewicht jedes dieser Prinzipien im Rahmen der Verwaltungsorganisation entsprach der Bedeutung, die die Grundgedanken korporativer Selbsthilfe und hoheitlicher Fürsorge im Gesamtgefüge der Kassen einnahmen.

Die wesentlichen Funktionen der Verwaltungsorgane bestanden in allen Fällen darin, die Einkünfte sachgerecht zu verwalten, Kapitalien verzinslich anzulegen, die Versorgungsleistungen den Kassenbedingungen entsprechend zu verteilen, über die Einhaltung der Statuten zu wachen und auf die Behebung auftretender Mängel hinzuarbeiten.

Eine Besonderheit bietet in diesem Zusammenhang die Art der Beitragserhebung. Die Pfarr-Witwen- und Waisenkassen mußten die Beiträge direkt von ihren Mitgliedern beitreiben. Bei den Kassen für die weltliche Dienerschaft setzte sich hingegen das Verfahren durch, die Kassenbeiträge von den Besoldungen einzubehalten und an die Kassen abzuführen.

1) die Weilburger Kassen

2) OWZ 1775

III. Entwicklungstendenzen

1. Entwicklungslinien

Über den ganzen Entwicklungsabschnitt hin betrachtet, zeigen sich im inneren Gefüge der Kassen folgende Schwerpunkt-Veränderungen:

- a) Eine erste, die äußere Form des Zusammenschlusses betreffende Entwicklungstendenz bestand darin, daß sich das Schwergewicht von dem Merkmal vertraglicher Übereinkunft zu dem gesetzlicher Anordnung hin verlagerte. Privatinitiative und der Einfluß der Interessenten auf die Ausgestaltung der Statuten bei den zeitlich früheren Kassen traten zurück. Sie wurden abgelöst durch Anordnungen der Verwaltung der Fürsten, die zunächst neben die gesellschaftsvertraglichen Regelungen traten, diese aber als stärkere Norm praktisch außer Kraft setzten, soweit Widersprüche bestanden. Bei den jüngeren Kassengründungen kam es überhaupt nicht mehr zu gesellschaftsvertraglichen Übereinkünften. Die Statuten wurden gleich von der fürstlichen Verwaltung selbst ausgearbeitet.
- b) Mit jener Entwicklung eng verbunden, veränderten sich auch die Regelungen über den Beitritt zu den Kassen. Der Beitrittszwang löste das ursprünglich herrschende Prinzip der Freiwilligkeit des Beitritts ab. War es zunächst ganz den Interessenten überlassen, sich zu beteiligen, so bildeten sich doch alsbald Formen der Ausübung eines mittelbaren Druckes auf den Kreis der in Betracht kommenden Teilnehmer heran (Ausschlußfristen; Beschränkung fürstlicher Unterstützungsleistungen auf die Hinterbliebenen der Kassenmitglieder); schließlich wurde die Teilnahme an den Kassen für den in den Statuten bezeichneten Personenkreis direkt gesetzlich angeordnet. Dieser Trend spiegelt sich sowohl in der Reihe der zeitlich aufeinander folgenden Gründungen ¹⁾ als auch - modifiziert - in der Eigenentwicklung der meisten Kassen wider.
- c) Im Leistungsgefüge der Kassen fand ebenfalls eine beträchtliche Gewichtsverlagerung statt. Neben den Grundsatz, die Unterstützungsmittel für die

1) Die Veränderungen zumindest der zeitlich aufeinanderfolgenden Staatsdiener-Kassengründungen im Sinne einer Entwicklung aufzufassen, erscheint berechtigt, da die zeitlich spätere Gründung nach ausführlicher Auseinandersetzung mit der zeitlich jeweils vorangegangenen Kasse zustandegekommen ist.

Hinterbliebenen durch den Kreis der jeweiligen Kassenmitglieder aufbringen zu lassen, trat in steigendem Maße eine Subventionierung der Kassen durch die Landesfürsten. In der Reihe der zeitlich aufeinander folgenden Gründungen gesehen, beschränkte sie sich zunächst auf Steuer- und Gebührenvergünstigungen, erweiterte sich später auf beträchtliche Kapitalzuwendungen und erreichte ihren Höhepunkt mit der Garantie für bestimmte Mindestunterstützungen der Hinterbliebenen durch Deckungszusagen bis zur Höhe des Beitragsaufkommens der Mitglieder. Aber auch im Zuge der jeweiligen Eigenentwicklung der Kassen wurde die hoheitliche Unterstützung ausgeweitet.

- d) Die Führung und Kontrolle der Kassenangelegenheiten verlor mehr und mehr den Charakter der Selbstverwaltung und wurde Gegenstand der fürstlichen Administration. Diese übernahm zunächst einen Teil der Kontrollfunktionen, indem sie die Aufsicht über die Institute ausübte. Später übernahm sie praktisch auch die Führungsrolle, indem sie die Besetzung der Verwaltungsorgane bestimmte und alle gewichtigen verwaltungsmaßnahmen von ihrer Zustimmung abhängig machte.
- e) Zu den Aufgaben der Kassenverwaltung gehörte an sich die Einziehung der Beiträge. Bei den Geistlichen hielt sich die Praxis, daß die Beiträge zu bestimmten Terminen von den Mitgliedern an die Kasse abzuführen waren. Anders bei den Zivildienern: Hier wurde im Laufe der Zeit dazu übergegangen, die Beiträge vor Auszahlung der Gehälter von den Besoldungen einzubehalten und direkt an die Witwen- und Waisenkassen abführen zu lassen.
- f) Schließlich bleibt noch auf die Bewältigung des Problems, gleichmäßige Versorgungszahlungen zu gewährleisten, hinzuweisen.

Die Entwicklung nahm hier ihren Ausgang bei nicht festgelegten, von Jahr zu Jahr stark schwankenden, im ganzen sich verringernden Versorgungsanteilen für die Hinterbliebenen. Sie setzte sich dank intensiver Kapitalbildung und den damit verbundenen Zinseinkünften fort in zwar nicht festgelegten, aber in der Praxis sich auf eine bestimmte Höhe einpegelnden Unterstützungsbeträgen und endete - für diesen Untersuchungszeitraum - bei institutionell garantierten Mindestleistungen.

2. Folgerungen

Die skizzierten Entwicklungslinien haben alle einen gemeinsamen Grundzug. Sie sind geradezu die verschiedenen Aspekte und konkreten Ausgestaltungen einer

Verlagerung des Schwergewichtes von den die Witwen- und Waisenkassen ursprünglich charakterisierenden Ausformungen des Prinzipes korporativer Selbsthilfe hin zu denen des Gedankens einer organisierten Fürsorge des Staates für seine Bediensteten und die seinem Schutze unterstellten Amtsträger.

Diese Gewichtsverlagerung bewirkte vor allen Dingen dreierlei:

- a) Die Bündelung der für die Hinterbliebenen aufgebrauchten Eigenmittel der Kassenmitglieder mit den Unterstützungsleistungen der Landesfürsten durch die Witwen- und Waisenkassen führte zu einer beträchtlichen Verbesserung der Hinterbliebenenversorgung. Das Verfahren gewährleistete eine breitere, umfangreichere, gleichmäßigere und gerechtere Unterstützung der Witwen und Waisen, als es das Gnadenpensionswesen und die reinen Selbsthilfeeinrichtungen - nebeneinander und unabhängig voneinander wirkend - leisten konnten. Die Gnadenpensionen wurden in der Regel nur beschränkte Zeit gewährt. Alle darüber hinausgehende Unterstützung durch den Landesherrn hing zum großen Teil ab von der Gunst, in der der Verstorbene bei Hofe stand, sodann von der Großzügigkeit des Fürsten, der jeweiligen Liquidität der Gnadenschatullen und nicht zuletzt von dem eindringlichen Geschick, mit dem die "Supplicanten" ihren Bittgesuchen - Gehör zu verschaffen verstanden - eine oft nicht eben würdevolle Prozedur. Die auf reiner Selbsthilfebasis arbeitenden Witwen- und Waisenkassen erwiesen sich dagegen wirtschaftlich meist als recht labil und brachten es nur zu kleinen und dazu stark schwankenden Unterstützungsleistungen.
- b) Die von dem Landesfürsten zur Unterstützung der Witwen und Waisen gemachten Aufwendungen, die sich zunehmend auf die Subventionierung der Witwen- und Waisenkassen konzentrierten, verloren stufenweise den Charakter von Gnadenakten. Die Ursache hierfür lag darin, daß ungeachtet aller durch hoheitliche Einflußnahme bewirkten Strukturveränderungen doch zwei Elemente der ursprünglichen Witwen- und Waisenkassen bestehen blieben. Der objektive an den Beitragsleistungen der Kassenmitglieder orientierte Verteilerschlüssel für die Versorgungsleistungen und der Rechtsanspruch der Hinterbliebenen auf die nach diesem Schlüssel zu errechnenden Anteile am gesamten Versorgungsaufkommen der Kassen. Das hatte zur Folge, daß auch die landesherrlichen Zuwendungen bzw. deren Erträge den Hinterbliebenen nach Maßgabe des genannten Verteilungsmodus zugute kamen und auch rechtlich zustanden.

Solange sich ein Landesfürst darauf beschränkte, die Kassen mit einzelnen Geldbeträgen zu unterstützen, blieb es zwar seinem Gutfinden über-

lassen, wie viel er den einzelnen Instituten und damit den Hinterbliebenen zuwenden wollte. Insoweit blieb seine Hinterbliebenenunterstützung noch Gnadenakt. Die weitere Verwertung der gewährten Mittel war aber seiner Disposition entzogen und richtete sich nach gesetzlichen, für alle Betroffenen gleichermaßen geltenden Regeln.

Als der oranische Fürst schließlich eine gewisse Mindestunterstützung der Hinterbliebenen seiner weltlichen Diener garantierte, indem er sich verpflichtete, die in Erfüllung bestimmter Kassenverbindlichkeiten entstehenden Fehlbeträge zu decken, verloren seine Leistungen gänzlich den Charakter von Gnadenakten. Praktisch hatten nun die Hinterbliebenen - freilich durch das Medium der Witwen- und Waisenkassen - einen Rechtsanspruch gegen den Landesherrn auf eine bestimmte Mindestversorgung.

- c) Das Bewußtsein der Kassenmitglieder, auch verantwortliche Mitträger dieser Einrichtungen zu sein, mußte im Zuge des Wandels der Kassen verlorengelassen. Verantwortlich hierfür waren vor allem die Einführung des Beitrittszwanges und der Abzug der Beitragsleistungen von den Besoldungen. Die Zwangsmitgliedschaft unterwarf die Betroffenen den landesherrlich gesetzten oder zumindest autorisierten Kassenordnungen. Bei diesem Unterordnungsverhältnis konnte es nicht ausbleiben, daß die Kassen immer stärker als Einrichtungen empfunden wurden, für deren Funktionieren letztlich der Staat verantwortlich war. Hier ist gewiß eine der Wurzeln für das verstärkte Desinteresse der Mitgliedergemeinschaften an ihren Kassen zu suchen. Durch den Abzug der Kassenbeiträge vor Auszahlung der Besoldungen - anfangs wohl als Mittel der Verwaltungsvereinfachung gedacht - mußte das Bewußtsein einer eigenen Gemeinschaftsleistung der Kassenmitglieder schwinden.

Die von dem Landesherrn und den jeweiligen Kassengemeinschaften beizutragenden Anteile blieben zwar rechnerisch getrennt. Praktisch trat diese Trennung jedoch kaum mehr in Erscheinung. Augenfällig war vielmehr, daß das einzelne Kassenmitglied mit der Abführung der Beiträge nichts mehr zu tun hatte und alle Mittel, die den Witwen- und Waiseninstituten zufließen, direkt aus den fürstlichen bzw. staatlichen Kassen kamen. Das mußte der Vorstellung Vorschub leisten, daß der Dienstherr gegen eine gewisse Einschränkung der Besoldungen den Schutz der Hinterbliebenen vor Armut und Not übernahm. Diese fürsorgende Unterstützung der Hinterbliebenen durch den Dienstherrn wurde gewissermaßen Teil des Entgeltes für die dem Fürsten und dem Staat geleisteten Dienste.

ZWEITER TEIL

A. ENTSTEHEN UND GESTALT DER PENSIONSGESETZGEBUNG

I. Militärpensionsedikt von 1810

In den Jahren 1810 und 1811 trat neben den im vorangegangenen Teil geschilderten Witwen- und Waisenkassen in den Gebieten des 1806 neu gebildeten Herzogtums Nassau eine neue Form der Unterstützung der Staatsdiener, Militärs und ihrer Hinterbliebenen auf: das Pensionsrecht.

Am 1. Juli 1810 erging ein die Militärpersonen betreffendes Edikt ¹⁾. Es war fast gänzlich dem französischen Pensionsreglement nachgebildet ²⁾ und enthielt im wesentlichen die folgenden materiellen Bestimmungen:

Der Kreis der Pensionsberechtigten erstreckte sich vom Divisionsgeneral bis zum gemeinen Soldaten. Die Versorgungsleistungen unterschieden sich je nach Dienstalter, Dienstgrad oder Schwere der Verwundung.

Die Pensionsberechtigten waren in drei Klassen aufgeteilt. Die erste Klasse bildeten die Militärpersonen mit 30 und mehr Dienstjahren. Die zweite Klasse wurde von den Verwundeten gebildet. Wunden im Sinne dieses Ediktes waren solche Verletzungen, die "entweder von Feuer oder Schwerdt des Feindes bey einem requirirten und kommandirten Zuge oder Dienst" entstanden waren. Die Wunden waren in drei Schweregrade geteilt, nach denen sich dann die Höhe der Pensionen richtete. Die dritte Klasse umfaßte Personen mit von Wunden herrührenden Gebrechlichkeiten.

Voraussetzung für die Pensionsberechtigung nach jeder der drei Klassen war die Unfähigkeit, den Dienst zu versehen. Diese Unfähigkeit wurde durch eine besondere Kommission, die sogenannte Superarbitrations-Commission, festgestellt. Sie arbeitete unter dem Vorsitz eines Stabsoffiziers und stand unter der Leitung des Kriegskollegiums. Die Pensionen hörten bei der Wiedergenesung auf. Die Pensionäre mußten über ihren Gesundheitszustand jährlich ein Attest beibringen und der Superarbitrations-Commission zur Begutachtung einreichen.

Die Militärpensionen hörten auch auf, wenn ein Pensionär im Zivilfach oder auf eine andere Weise mit Besoldung angestellt wurde. Das Pensionsrecht erlosch

1) W 202/1178 Bl. 13

2) vgl. Bericht des hzgl. Kriegskollegiums an das Staatsministerium vom 12. 5. 1810; W 202/1178

ferner, wenn der Berechtigte ohne höchste Erlaubnis in auswärtige Dienste trat, oder von einem auswärtigen Gouvernement eine Pension annahm. Schließlich konnte das Pensionsrecht bei Bestrafungen dauernd oder zeitweise verwirkt werden.

Der Umfang der Pensionsleistungen war in den einzelnen Klassen verschieden. In der ersten Klasse betrug die Pension nach 30 Dienstjahren die Hälfte eines in den Statuten festgelegten Maximums, das für Divisionsgeneräle bei 2.784 fl. und für gemeine Soldaten bei 139 fl. jährlich lag. Nach dem vollendeten 30. Dienstjahr stieg der Pensionsbetrag mit jedem weiteren Dienstjahr um 1/40 des Besoldungsmaximums, so daß bei 50 Dienstjahren der in den Statuten angegebene Höchstbetrag zur Auszahlung kommen mußte. In der zweiten Klasse wurden je nach der Schwere der Wunden Beträge ausgezahlt, die sich zwischen dem vollen und dem halben Maximum bewegten. In der dritten Klasse wurde den Zahlungen 1/4 des Höchstbetrages zugrundegelegt. Die Anrechnung der vom Betroffenen mitgemachten Kampagnejahre erhöhte diesen Betrag etwas.

Neben diesen Rechtsansprüchen für die Militärpersonen selbst fand sich am Ende des Ediktes auch eine Bestimmung über die Versorgung der Hinterbliebenen von im Kriege gefallenen Militärpersonen. Sie hatte folgenden Wortlaut:

"Außer obigen Pensionen bewilligen Wir noch den Hinterlassenen Wittwen und Waisen die von ihren Männern oder Vätern, welche im Kriege ihr Leben eingebüßt haben, bezogene Gage oder Löhnung zur Hälfte, nebst einer halben Brot-Portion, welche letztere jährlich mit 12 fl. bezahlt wird. Die Wittwen beziehen solche bis zu ihrer anderweitigen Verheirathung und die Waisen bis nach zurückgelegtem 16ten Jahre. - Es können jedoch nur die Weiber derjenigen Officiere und Gemeinen diese Pension erhalten, welche bei ihrer Verheirathung die Rechte der Beweibten erhalten haben, und davon, Unserer früheren Verordnung gemäß, nur drei bei jeder Compagnie geführt werden dürfen."

II. Zivilpensionsedikt von 1811

Dem Militärpensionsedikt folgte am 3./6. Dezember 1811 ein Edikt, das die Rechtsverhältnisse der zivilen Dienerschaft regelte ¹⁾. Dieses Edikt gehörte zu den ersten seiner Art in den deutschen Staaten. Zuvor hatten nur Bayern im Jahre 1805, Baden im Jahre 1809 und Westfalen entsprechende Regelungen getroffen ²⁾. Ein großer Teil der in dem Edikt verwirklichten Gedanken wurde im

1) NVOBl. 1811/118 ff.

2) W 210/11568 Bl. 64

Laufe der Zeit zur Grundlage des gesamten Versorgungswesens für die Staatsdiener, Geistlichen und Lehrer sowie deren Hinterbliebenen.

Die Vorarbeiten zu diesem Gesetz scheinen nur bis an das Ende des Jahres 1810 zurückzugehen. In einem "unterthänigen Bericht" an das Staatsministerium vom 12. November 1810 ¹⁾ stellte der Geheime Rat Ibell fest, daß es im Herzogtum Nassau an gesetzlichen Normen fehle, die die "Quiescenz" und Pensionierung nassauischer Zivildienen regelten. Unter Hinweis auf das Beispiel anderer Staaten hielt er eine solche Regelung für notwendig und skizzierte in dem genannten Bericht die folgenden Grundsätze:

Innerhalb der ersten fünf Jahre sollte ein Zivildienner nach Gutfinden des Regenten wieder entlassen werden können unter Verlust seines Dienstgehaltes, seiner Titel und seiner Amtskleidung.

Nach Ablauf dieser fünfjährigen Dienstzeit jedoch sollte ein Staatsdiener nur nach vorausgegangenem gerichtlichem Verfahren wegen größerer Dienstvergehen oder Verbrechen durch Urteil und Recht seines Dienstes enthoben werden können, dergestalt, daß er damit zugleich sein ganzes Gehalt, seine Titel und sein Recht auf Amtskleidung verlor. Diese erschwerte Lösung des Dienstverhältnisses sollte allerdings nicht für die Subalterndienen gelten.

Unbeschadet der im letzten Absatz umrissenen Regelung sollte indes jeder Zivilstaatsdiener zu jeder Zeit in den Ruhestand versetzt werden können unter Belassung seiner Titel, der Amtskleidung und eines Teiles des Gehalts.

Das Ruhegehalt sollte vom sechsten bis zum fünfunddreißigsten Dienstjahr die Hälfte des Dienstgehalts betragen und sodann mit jedem weiteren Dienstjahr um 1/30 des regulären Gehalts steigen, jedoch so, daß es nie den Betrag des vollen Gehaltes überstiege.

Jeder Zivildienner sollte Anspruch auf Versetzung in den Ruhestand mit Pension haben, nachdem er entweder 35 Jahre gedient oder im Dienst das Alter von 70 Jahren erreicht haben würde. Körperliche Gebrechen oder Geistesschwäche sollten bereits vor Vollendung des 35. Dienstjahres einen Anspruch auf Pensionierung bilden für den Fall, daß sie unverschuldet eintreten würden, worüber strengster Beweis geführt werden sollte.

Bei der Berechnung der Pensionen sollten Dienstemolumente mitgerechnet werden, nicht hingegen Vergütungen für besondere mit den Dienstverrichtungen verbundene Lasten.

1) W 210/11568 Bl. 1

Für die Deckung der Pensionskosten sollte der Standes- oder Grundherr aufkommen, der auch zur Zahlung der Gehälter verpflichtet war. Mehrere Gehaltskostenträger sollten sich pro rata in die Pensionszahlungen teilen.

Die bisher bestehende Klausel einer vierteljährlichen Kündigung für die Dienstverhältnisse sollte in allen Anstellungsurkunden als annulliert gelten.

Dem Regenten sollte vorbehalten bleiben, nach Gutfinden in besonderen Fällen Ausnahmen von dieser Regelung, jedoch nur zugunsten einzelner Diener, vorzunehmen.

Diesem Bericht folgte am 5. 8. 1811 eine "Unterthänige Expeditionsbemerkung" Ibells¹⁾, die den Vorschlag enthielt, die Versorgung von Hinterbliebenen verstorbener Staatsdiener in die Pensionsregelung mit einzubeziehen.

Die Witwen der Staatsdiener sollten eine Pension erhalten, die ein Drittel der Pension betragen sollte, die dem verstorbenen Staatsdiener im Zeitpunkt seines Ablebens zustände. Für jedes Kind sollte die Mutter weiterhin ein Sechstel der väterlichen Pension erhalten, und zwar für die Söhne bis zu deren abgeschlossenem 21. Lebensjahr, für die Töchter bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres.

Elternlose Kinder sollten bis zur gleichen Altersgrenze je ein Viertel der väterlichen Pension erhalten, so jedoch, daß diese Leistungen die volle Pension des Vaters nicht übersteigen.

An diesen Witwen- und Waisenpensionen sollte der Betrag abgezogen werden, den die Hinterbliebenen aus den bestehenden Witwen- und Waisenkassen bekommen würden.

Zur Begründung dieses zusätzlichen Vorschlages verwies Ibell auf die Unzulänglichkeit der bestehenden Praxis gnadenweiser Pensionsgewährungen²⁾ und führte demgegenüber die folgenden Gesichtspunkte ins Feld: Erstens würde die im voraus bestehende öffentliche Zusicherung einer Pensionsgewährung für Witwen

1) W 120/11568 Bl. 3

2) Diese Praxis wurde vor allen Dingen noch in den ehemals nassau-usingischen Landesteilen geübt, die in territorialer wie bevölkerungsmäßiger Hinsicht etwa 4/5 des neuen Herzogtums ausmachten (vgl. Demandt S. 406, 325). Sie war hier noch nicht wie in den Gebietsteilen der ehemals nassau-weilburgischen und nassau-oranischen Fürstentümer von der Subventionierung der Witwen- und Waisenkassen abgelöst worden.

und Waisen die Treue und Anhänglichkeit der Staatsdiener befestigten, da sie damit der Ungewißheit über das Schicksal ihrer Hinterbliebenen enthoben sein würden. Zweitens würden im Gegensatz zu der bisherigen Praxis alle Teile der Zivildienerschaft von dieser Wohltat betroffen und damit gegenseitigem Neid ein Riegel vorgeschoben. Drittens würde die Staatskasse weniger belastet als bei der gegenwärtigen Praxis, und viertens würde auf diese Weise vermieden, daß die Pensionsbewilligungen durch Zudringlichkeit oder Protektion begünstigt würden, wodurch leicht Ungleichheiten entstünden.

Die in den beiden Berichten enthaltenen Gedanken wurden in einem Entwurf von 14 Paragraphen gefaßt, der im wesentlichen schon dem später ergangenen Gesetz entsprach ¹⁾.

Unter dem 12. November 1811 reichte Ibell dem Staatsministerium noch einmal eine eingehende Begründung seines Entwurfes ein ²⁾. Er wies dort auf die staatspolitische Bedeutung des Beamtenstandes hin und auf die Fürsorge, die weise Fürsten ihm stets hätten angedeihen lassen. Ferner berief er sich auf die Vorbilder Bayerns, Badens und Westfalens und betonte schließlich die Notwendigkeit einheitlicher Regelungen in dem noch bunt zusammengewürfelten jungen Herzogtum.

Diesem Vortrag folgte eine Beratung mit einigen Abänderungsvorschlägen am 15. November 1811 ³⁾. Diese Vorschläge wurden von Ibell noch einmal einer gründlichen Begutachtung unterzogen ⁴⁾. Sie führten in der Folge zu keiner wesentlichen Änderung mehr. Am 3. und 6. Dezember konnte das Zivilpensionsedikt von dem Herzog Friedrich August und dem Fürsten Friedrich Wilhelm unterzeichnet ⁵⁾ und alsdann veröffentlicht ⁶⁾ werden.

Deutlicher als der Entwurf stellte das Edikt in seinem § 2 heraus, daß das Pensionsrecht nur für die höheren, nicht hingegen für die Subalterndiener galt. In dessen ist auch die Fassung des Gesetzes nicht ganz unzweideutig. Daß das Gesetz aber in der genannten Weise gehandhabt wurde, beweist die neun Jahre später gegründete Witwen- und Waisenkasse ⁷⁾, in der alle zu einer Pension nicht zugelassenen Zivildienen zusammengefaßt wurden. Aus § 5 jenes Statuts ergibt sich, daß dies die Subalterndiener waren.

1) W 210/11568 Bl. 4

2) W 210/11568 Bl. 3

3) W 210/11568 Bl. 4

4) W 210/11568 Bl. 5

5) W 210/11568 Bl. 6

6) NVOBl. 1811/118 ff.

7) NVOBl. 1820/79 ff.

B. ENTWICKLUNG DES VERHÄLTNISSES ZWISCHEN PENSIONSRECHT UND WITWEN- UND WAISENKASSEN BIS 1866

I. Auflösung der alten Witwen- und Waisenkassen

Abgesehen von der Subsidiaritätsklausel im Zivilpensionsedikt von 1811 standen Pensionsversorgungsrecht und Witwen- und Waisenkassen zunächst unabhängig und unkoordiniert nebeneinander. Schon wenige Jahre nach der im vorangegangenen beschriebenen Verbindung von Pensionsgesetzgebung und Witwen- und Waisenkassen wurde das Verhältnis beider Versorgungssysteme zueinander aber nachhaltigen Änderungen unterworfen. Der Anlaß hiertür kam von außen und lag in den erheblichen territorialen Veränderungen des Herzogtums Nassau, die durch die im Rahmen des Wiener Kongresses geschlossenen Verträge zwischen Preußen und Nassau ausgelöst wurden ¹⁾. Die Gebietsveränderungen machten es unter anderem erforderlich, die bisher bestehenden Versorgungseinrichtungen für die Staatsdiener, Geistlichen und Lehrer neu zu ordnen. Diese Fragen nahmen daher in dem zwischen Preußen und Nassau am 14./19. Dezember 1816 abgeschlossenen Vollziehungsrezeß zu dem Staatsvertrag und Separatartikel vom 31. Mai 1815 einen breiten Raum ein ²⁾.

Der Vollziehungsrezeß enthielt zunächst eine detaillierte Aufteilung der Pensionslasten, die nach der Umgruppierung der Gebiete jeweils von Preußen bzw. von Nassau zu tragen waren ³⁾. Denn der Austausch der Gebiete brachte es mit sich, daß die in den getauschten Gebieten ansässige Staatsdienerschaft den Landesherrn und damit auch dessen Versorgungsmaßnahmen wechselte. Diese Regelungen interessieren hier jedoch nicht im einzelnen, denn sie ließen die von den Staatsdienern in ihren alten Dienstverhältnissen erworbenen Rechte und Ansprüche unangetastet. Die Veränderungen betrafen lediglich die Kostenträgerschaft.

Umso bedeutungsvoller waren dafür die mit dem Vollziehungsrezeß eingeleiteten Statusveränderungen bei den Witwen- und Waisenkassen in den alten und den neuerworbenen Landesteilen des Herzogtums. Die territorialen Veränderungen hatten dazu geführt, daß sich die Geschäftsbereiche der einzelnen Witwen- und Waisenkassen in verschiedene Hoheitsgebiete aufspalteten. Damit erhob sich die Frage, ob man diese Einrichtungen gewissermaßen als interstaatliche Einrichtungen bestehen lassen, oder ob man die Versorgungseinrichtungen den neuen territorialen und hoheitlichen Verhältnissen anpassen sollte. Man beschritt den letz-

1) siehe Einleitung C. 9 f.

2) W 210/9612

3) W 210/9612, Art. 4-11

teren Weg, und die Kommissarien Preußens und Nassaus kamen überein, die zivildienerschaftlichen Witwen- und Waisenkassen zu Hachenburg, Weilburg und Wiesbaden zum Zwecke der Auseinandersetzung als Staatsinstitute zu betrachten und sie sodann folgendermaßen zu behandeln ¹⁾:

Die Fonds der Kassen sollten mit dem 1. 1. 1817 je nach ihrer Belegenheit getrennt werden und dem Gouvernement zufallen, in dessen Gebiet sich diese Fonds befanden.

Bis zum 1. 1. 1817 sollten alle den Witwen- und Waisenkassen zur Last stehenden Versorgungsverbindlichkeiten aus den Kapitalbeständen und den bis dahin verbleibenden Beiträgen der Mitglieder sowie den Kapitalzinsen beglichen werden, so daß mit dem 1. Januar 1817 weder Einnahme- noch Ausgaberückstände übernommen werden mußten. Übrig bleibende Barbestände sollten Nassau zufallen, das dafür aber auch zur Begleichung etwaiger Fehlbeträge verpflichtet wurde.

Die am 1. Januar 1817 vorhandenen Leistungsberechtigten sollten jeweils von dem Gouvernement nach Maßgabe der alten Kassenstatuten versorgt werden, in dessen Bereich ein verstorbene Kassenmitglied seinen letzten Dienstsitz hatte.

Die Gouvernements hatten also die schon laufenden Verbindlichkeiten der aufzulösenden Kassen zu übernehmen. Die Befriedigung der Ansprüche noch lebender Kassenmitglieder für ihre Hinterbliebenen sollte demjenigen Gouvernement obliegen, in dessen Diensten die Kassenmitglieder am 1. 1. 1817 stehen oder von denen sie in jenem Zeitpunkt Pensionen beziehen würden. Damit waren auch die Ansprüche der noch zahlenden Mitglieder gesichert, denn der Rezess sah vor, daß die Staatsdiener der ausgetauschten Gebiete entweder von dem neuen Landesherrn in dessen Staatsdienst übernommen oder aber pensioniert werden sollten.

Verbindlichkeiten gegenüber versorgungsberechtigten Witwen und Waisen von Ausländern, also solchen ehemaligen Staatsdienern, die aus dem Staatsdienst der nassauischen Fürsten ausgetreten waren, mit deren Genehmigung aber ihre Kassenrechte behalten hatten, sollten von Nassau übernommen werden.

Die von diesem Artikel betroffenen Witwen- und Waisenkassen traten also mit dem 1. Januar 1817 in die Liquidation und wurden aufgelöst.

1) W 210/9612, Art. 16 des Rezesses

Die Verhältnisse der nassau-oranischen Witwen- und Waisenkasse für die weltliche Dienerschaft wurden im Artikel 17 des Vollziehungsrecesses gesondert geregelt:

Da ein fürstlich-oranischer Staatsdienst nicht mehr bestände, hätte auch die Witwen- und Waisenkasse ihre Bestimmung verloren. Sie sollte daher mit dem Zeitpunkt der Trennung des Fürstentums in preußisches und herzoglich-nassauisches Gebiet - das war der 1. Juli 1815 ¹⁾ - als aufgelöst betrachtet werden.

Bis zu diesem Zeitpunkt sollten die Statuten der alten nassau-oranischen Kasse als bestehend betrachtet werden. Das war für die Kassenmitglieder sehr wichtig, denn die Verwaltung dieser Kasse war während der Zugehörigkeit der nassau-oranischen Lande zum Großherzogtum Berg ²⁾, also seit 1806, in Unordnung geraten, und die statutenmäßig vom Landesherrn aufzubringenden Versorgungsleistungen waren zum Teil ausgeblieben. Die Lage der Kasse sollte von der preußischen und der herzoglich-nassauischen Regierung geprüft werden. Sollte sich dabei herausstellen, daß die Kasse ihre rückständigen Versorgungsleistungen bis zum 1. 6. 1815 nicht ohne die Schulden würde begleichen können, die die Dillenburgener Generalkasse noch gegenüber der Witwen- und Waisenkasse hatte, so sollten diese Schulden von dem Gouvernement berichtigt werden, das auch die rückständigen General- und Zentralverwaltungslasten der nassau-oranischen Lande zu berichtigen hatte. Der Verteilerschlüssel für diese Verbindlichkeiten betrug für Preußen 1/3 und für das Herzogtum Nassau 2/3 der Gesamtlasten ³⁾. Das etwa übrigbleibende Vermögen der Kasse sollte nach dem gleichen vorgenannten Schlüssel geteilt werden.

Die am 1. 7. 1815 bereits vorhanden gewesenene versorgungsberechtigten Witwen und Waisen sollten in der Folgezeit von dem Gouvernement versorgt werden, dem der Verstorbene in seiner letzten Dienststelle bei der Teilung der nassau-oranischen Gebiete gefolgt wäre. Dies galt jedoch nur für die Staatsdiener bei den Unterbehörden (sogenannte Lokaldiener).

Die Versorgungsleistungen der Kasse für die Witwen und Waisen der in der Zentralverwaltung tätig gewesenene Beamten (sogenannte Zentraldiener) hingegen sollten zu 1/3 von Preußen und zu 2/3 vom Herzogtum Nassau übernommen werden.

-
- 1) W 210/9604, Art. II des Staatsvertrages zwischen Preußen und Nassau vom 31. 5. 1815
 - 2) vgl. Einleitung S. 9,
 - 3) W 210/9612, Art. I des Vollziehungsrecesses

Künftige Witwen und Waisen ehemaliger zentraldienerschaftlicher und ausländischer Kassenmitglieder sollten, nach entsprechender Regelung, durch eine in Dillenburg zu bildende Witwenkassen-Kommission durch das Los zu 1/3 an Preußen und zu 2/3 an Nassau verteilt werden.

Im übrigen sollte es aber jedem Gouvernement überlassen bleiben, die Versorgungsansprüche der übernommenen Diener für ihre künftigen Witwen und Waisen zu befriedigen. Keiner Regierung Großmut und Gerechtigkeit sollten darin Grenzen gesetzt sein.

Eine weitere gesonderte Regelung erfuhr das in den ehemaligen churtrierischen Gebieten bestehende Witwen- und Waisenkasseninstitut für die weltliche Dienerschaft von 1779 im 18. Artikel des Vollziehungsrecesses. Auf ihre Darstellung kann jedoch verzichtet werden, da die Entwicklung dieser Kasse nicht Gegenstand der bisherigen Untersuchung war.

Neben diesen staatsdienerschaftlichen Witwen- und Waisenkassen wurden von den territorialen Veränderungen auch die Witwen- und Waisenkassen der Geistlichen und Schullehrer betroffen. Ihre Verhältnisse fanden in Artikel 19 des Vollziehungsrecesses ¹⁾ eine gesonderte Regelung.

Man betrachtete die Kassen als privatgesellschaftliche Institute, auf deren Fonds die Landesveränderungen an sich keinen Einfluß hatten. Die beiden Landesregierungen sollten diese gesellschaftlichen Verbände jedoch nunmehr trennen und die Fonds teilen. Denn es wurde auch bei diesen als privat bezeichneten Instituten nicht als zweckmäßig angesehen, daß die Institutsmitglieder auch fernerhin, ungeachtet ihrer Staatszugehörigkeit, verbunden blieben. Die zu trennenden Teile der betroffenen Kassen sollten innerhalb dreier Monate je einen Bevollmächtigten entsenden, die sich dann gemeinsam über die Teilung zu einigen hätten. Könnten sie sich nicht einig werden, so sollten die Landesregierungen entscheiden. Bis zu ihrer Auflösung sollten die Institute in ihrer bisherigen Form bestehen bleiben und so lange unter die gemeinsame Oberaufsicht der Landesregierungen gestellt werden.

II. Ausbau des Pensionsrechtes

Die geschilderte Revision eines geradezu etwas verwirrenden Neben- und Durcheinanders verschiedener Versorgungseinrichtungen für die Hinterbliebenen der Staatsdiener, Geistlichen und Lehrer bot die Chance einer vereinheitlichten und übersichtlichen Neuordnung.

1) W 210/9612

Die herzoglich-nassauischen Pensionsgesetze waren von den vertraglichen Abmachungen in dem Vollziehungsrezeß an sich unberührt geblieben. Durch die Auflösung der staatsdienerschaftlichen Witwen- und Waisenkassen wuchs ihnen aber von selbst ein neuer wichtiger Wirkungsbereich zu. Mit dem Ende der Kassen entfielen die Subsidiaritätsvoraussetzungen hinsichtlich der Versorgung von Witwen und Waisen, und die Pensionsbestimmungen kamen nunmehr uneingeschränkt zur Entfaltung.

Der Wirkungsbereich der Pensionsgesetze konnte allerdings nicht alle nach den Bestimmungen der Witwen- und Waisenkassen versorgungsberechtigten Hinterbliebenen umfassen, da die Anwendung der Gesetze auf die Hinterbliebenen der höheren Zivildienerschaft und die der im Kriege gefallenen Militärs beschränkt war. Die außerhalb dieses Rahmens liegenden Versorgungsfälle richteten sich direkt nach den im Vollziehungsrezeß getroffenen Bestimmungen; für sie hatte der Staat einzutreten. Das war zunächst nur als ein Provisorium gedacht und die Fälle blieben Aufgabe einer gesetzlichen Regelung.

Diese Aufgabe wurde in der Folgezeit zum Teil durch eine Erweiterung der Pensionsgesetze gelöst. Neue Staatsdienergruppen wurden in das staatliche Pensionswesen und damit auch in dessen Hinterbliebenenversorgung eingegliedert.

- a) Durch Edikt vom 9. 11. 1816 ¹⁾ wurden die Oberforstbeamten nebst ihren Witwen und Kindern gleich den übrigen Staatsdienern für pensionsberechtigt erklärt (§ 6, Abs. III des Ediktes). Auch die Witwen und Waisen der Oberförster sollten Pensionen nach Maßgabe der für die höheren Staatsdiener bestehenden Pensionierung erhalten, wenn das Dienstgehalt des Verstorbenen zwischen 500 und 800 fl. jährlich betragen haben würde (§ 7 Abs. IV). Die Alters- und Gebrechlichkeitsversorgung wurde so geregelt, daß den betroffenen Oberförstern ein Forstkandidat als Gehilfe beizugeben war, der nur 1/3 bis 1/2 des für die Dienststelle vorgesehenen Gehaltes erhalten sollte, während der Rest dem alten und gebrechlichen Oberförster verbleiben sollte (§ 7 Abs. V).
- b) Durch das Schuledikt vom 24. 3. 1817 ²⁾ wurden die Bestimmungen des Pensionsediktes vom 3. /6. Dezember 1811 auf alle Haupt- oder ordentlichen Lehrer des Schullehrerseminars zu Idstein, der Landwirtschaftlichen Schule, der Pädagogien, des Gymnasiums und des bei diesem angestellten Professors der französischen Sprache sowie auf die Witwen und Waisen dieser Lehrer ausgedehnt (§ 28 Abs. VII des Schulediktes). Gleiches galt für die ange-

1) NVOBl. 1816/281 ff.(286)

2) NVOBl. 1817/47 ff. (54)

stellten Nebenlehrer. Die Real- und Elementarschullehrer blieben demgegenüber ohne Pensionsberechtigung. Bei treuer Dienstführung war jedoch für diejenigen, die durch Alter oder sonstige unverschuldete Gebrechen dienstunfähig würden, die Unterstützung durch einen geprüften Schulkandidaten vorgesehen, der dafür ein Drittel oder höchstens die Hälfte des für die Lehrerstelle angesetzten Gehaltes bekommen, während der Rest dem betreffenden Real- oder Elementarschullehrer selbst verbleiben sollte ¹⁾. Zur Unterstützung der Hinterbliebenen war eine Pension nicht vorgesehen. Dafür sollte aus Beiträgen von der Besoldung und aus schon zu diesem Zweck bestehenden Fonds eine Privatwitwenkasse errichtet werden ²⁾. Auf diese geplante Einrichtung wird später zurückzukommen sein.

- c) Ein knappes Jahr später wurde die Medizinalverwaltung des Herzogtums Nassau staatlich organisiert durch das Edikt vom 14. 3. 1818 ³⁾. Die Medizinalräte und Medizinalassistenten wurden Staatsbeamte. Sie und ihre Hinterbliebenen wurden für pensionsberechtigt erklärt nach den Vorschriften des Pensionsediktes von 1811.

Mit diesen Bestimmungen gelangte die Pensionsgesetzgebung zu einem vorläufigen Abschluß. Auch durch die geschilderten Erweiterungen ihres Funktionsbereiches vermochte sie noch nicht alle Aufgaben zu übernehmen, die zuvor die Witwen- und Waisenkassen ausgefüllt hatten. Große, durch die alten Kassen versorgte Personenkreise blieben nach wie vor unberücksichtigt.

III. Neue Witwen- und Waisenkassen

Die von den alten Witwen- und Waisenkassen versorgten, nicht in die Pensionsregelung einbezogenen Personen lassen sich in vier verschiedene Gruppen einteilen:

Die Geistlichen. Sie unterlagen nicht der Pensionsgesetzgebung, weil sie keine Staatsdiener im Sinne des Pensionsediktes von 1811 waren.

Die Real- und Elementarschullehrer. Durch das Schuledikt vom 24. 3. 1817 waren sie zwar der staatlichen Fürsorge anempfohlen worden, den Beamten-

1) § 39 d. allg. Schulordnung f. d. Volksschulen in Nassau, Anh. z. Schuledikt v. 24. 3. 1817; NVOBl. 1817/47 ff.

2) § 40 d. allg. Schulordnung f. d. Volksschulen in Nassau, Anh. z. Schuledikt v. 24. 3. 1817; NVOBl. 1817/47 ff.

3) NVOBl. 1818/55 ff. (56/57)

status im Sinne des Pensionsediktes von 1811 hatten sie jedoch ausdrücklich nicht erhalten.

Die niedere Zivil- und Hofdienerschaft.

Die Militärpersonen, soweit sie nicht infolge kriegerischer Ereignisse dienstunfähig wurden oder den Tod fanden.

Zur Versorgung der Hinterbliebenen dieser Gruppen wurden in der Folge neue Einrichtungen geschaffen. Sie gründeten sich zum Teil wieder auf die Prinzipien der alten Witwen- und Waisenkassen. Daneben fanden aber auch neue Züge Eingang.

1. Kasse der evangelischen Pfarrer von 1818

Wie bereits in anderem Zusammenhang geschildert, hatten sich die Witwen- und Waisenanstalten der evangelischen Pfarrer laut Artikel 19 des Vollziehungsrezesses selbst aufzulösen. Dies wurde Anlaß, im Rahmen einer Neuordnung der äußeren Verhältnisse der evangelisch-christlichen Kirche im Herzogtum Nassau durch das Edikt vom 8. 4. 1818¹⁾ auch die Hinterbliebenenversorgung neu und zentral einzurichten (§ 19 des Ediktes).

Zur Unterstützung der Hinterbliebenen sollte ein Zentralfond gebildet werden. Diesem sollten die bestehenden Distrikt-Witwenkassenfonds eingegliedert werden. Mit den Distrikt-Fonds hatte der Zentralfond zugleich die an ihnen bestehenden Versorgungsrechte der Geistlichen und deren Hinterbliebenen zu übernehmen. Bereits versorgungsberechtigte Hinterbliebene sollten weiter nach Maßgabe der alten Kassenbedingungen unterstützt werden. Die aus den alten Kassen übernommenen Mitglieder hatten künftig einen Beitrag von 1% ihres Einkommens zu leisten. Neueintretende Pfarrer - der Beitritt war für alle Pfarrer obligatorisch - hatten zudem ein Eintrittsgeld von 50 Gulden zu entrichten, die jedoch in fünf Jahresraten gezahlt werden konnten. Neu gegenüber den aufgelösten Kassen war die Regelung der Versorgungsleistungen. Sie sollte nunmehr nach Maßgabe des Pensionsediktes von 1811, also nach Pensionsgrundsätzen erfolgen²⁾. Soweit die laufenden Einkünfte der Kasse nicht ausreichen würden, eine Versorgung in der genannten Höhe zu gewährleisten, sollte das Fehlende aus dem Zentralkirchenfond zugeschossen werden. Die Verwaltung des Kassenfond. sollte durch die Geistlichen erfol-

1) NVOBl. 1818/103 ff. (114)

2) Rechenschaftsbericht vom 24. 12. 1840

gen. Von Staats wegen wurden ihm die Privilegien von Armenanstalten und milden Stiftungen verliehen. Die Einrichtung hat, soweit ersichtlich, unverändert bis zur Auflösung des Herzogtums Nassau im Jahre 1866 bestanden.

2. Kasse der Real- und Elementarschullehrer von 1817

Der in anderem Zusammenhang bereits erwähnte, in dem Schuledikt vom 24. 3. 1817 ¹⁾ erteilte Fürsorgeauftrag für die Hinterbliebenen der Real- und Elementarschullehrer wurde durch Verordnung des herzoglichen Staatsministeriums vom 2. November 1819 verwirklicht. In ihm wurde die Bildung eines Unterstützungsfonds für die Witwen und Waisen verstorbener Elementarschullehrer angeordnet ²⁾.

Dem Institut hatten alle Real- und Elementarschullehrer ungeachtet ihres Familienstandes beizutreten, sobald sie nur das Normalgehalt von 200 fl. jährlich bezogen. Das gleiche galt für verheiratete Schulgehilfen.

Die Einnahmen des Instituts setzten sich aus verschiedenen Posten zusammen. Zunächst übernahm das neue Institut die Kapitalien ehemaliger Schullehrer-Witwenkassen, die in einzelnen Landesteilen des Herzogtums bestanden hatten ³⁾. Mit den Kapitalien gingen zugleich auch die bestehenden Verbindlichkeiten dieser alten Kassen auf das neue Institut über. Weitere Einnahmen waren die laufenden Beiträge der Institutsmitglieder in Höhe von 1% ihres Gehaltes sowie bei Mitgliedern, die bisher keiner der alten Kassen angehört hatten, Eintrittsgelder von 25 fl., die in Raten gezahlt werden konnten. Weiterhin sollten dem Institut Zuschüsse aus dem Verlag der für die Real- und Elementarschulen bestimmten Lehrbücher zufließen. Sollten all diese Einnahmen nicht ausreichen, die vorgesehenen Versorgungsleistungen zu bestreiten, so sollte das Fehlende aus der Gemeindekasse zugeschossen werden, der auch die Besoldung des jeweiligen Lehrers oblag. Später, im Jahre 1851, wurde die letztgenannte Regelung insofern abgeändert, als durch Gesetz ⁴⁾ die Bildung eines von allen Gemeinden getragenen Pensionsfonds angeordnet wurde, zu dem die Gemeinden mit nach dem Steuerfluß bemessenen Beiträgen beizutragen hatten.

1) NVOBl. 1817/47 ff.(54)

2) NVOBl. 1819/146 ff.

3) Alte Schullehrer- Witwen- und Waisenkassen bestanden im ehemaligen Fürstentum Weilburg und in der alten Niedergrafschaft Katzenelnbogen; vgl. NVOBl. 1819/146 ff.

4) Gesetz vom 18. 2. 1851; NVOBl. 1851/41

Die Leistungen des Instituts sollten im wesentlichen nach Maßgabe der in dem Pensionseдикт aufgestellten Grundsätze erfolgen. Lediglich das Unterstützungshöchstalter für die hinterbliebenen Kinder war erheblich niedriger angesetzt. Es war für die Söhne auf das vollendete 16. und für die Töchter auf das 14. Lebensjahr festgelegt.

Die Verwaltung der Kasse sollte durch einen aus zwei Schulinspektoren und vier Elementarschullehrern gebildeten Ausschuß geführt werden. Die obere Leitung blieb aber der herzoglichen Landesregierung vorbehalten.

Später wurde das Element der Selbstverwaltung - durch Verordnung der Landesregierung vom 9. 12. 1842 ¹⁾ - abgebaut und die Landesregierung übernahm die Verwaltung selbst. Die Institutsmitglieder behielten jedoch immerhin gewisse Kontrollrechte; Eine von der Landesregierung zu bestimmende Kommission, die aus dem Stamm der Mitglieder gebildet war, sollte nach der Aufstellung des Kassenbudgets diejenigen Materialien zur Einsicht mitgeteilt bekommen, die es ihr ermöglichen sollten, eventuell Kritik zu üben oder Verbesserungsvorschläge zu machen. In dieser Gestalt hat die Kasse fortgewirkt, solange das Herzogtum Nassau bestand. Allerdings erhielt die Hinterbliebenenversorgung der Real- und Elementarschullehrer durch landesherrliche Entschließung vom 11. 5. 1855 ²⁾ noch eine Variante, die der Sache nach zwar nicht neu war, hier aber zum ersten Mal in Gestalt einer hoheitlichen Maßnahme auftrat: ein Sterbekassenfond.

Er sollte den Hinterbliebenen bzw. Erben eines Kassenmitgliedes bei dessen Ableben durch rasche Auszahlung einer bestimmten Geldsumme ermöglichen, die durch einen Todesfall in der Regel entstehenden dringenden Ausgaben zu bestreiten (§ 1). Für alle Real- und Elementarschullehrer bestand bis zu ihrer Entlassung aus dem Schuldienst bzw. ihrer Versetzung in den Ruhestand Teilnahmepflicht mit einem Beitrag von 1 fl. 36 Kreuzern. Entlassene oder in den Ruhestand versetzte Lehrer konnten sich ihre Anrechte jedoch erhalten, indem sie ihre Beiträge fortentrichteten. (§§ 2, 3, 5). Die Unterstützung bestand in einem einmalig gewährten Betrag, dessen Höhe alle fünf Jahre von neuem nach Lage der Kassenfinanzen festgesetzt werden sollte. Zunächst wurde er auf 50 fl. pro Sterbefall bestimmt (§§ 6, 7).

Die Initiative für diese Einrichtung ging den Statuten zufolge von der Lehrerschaft aus.

1) NVOBl. 1843/2 f.

2) NVOBl. 1855/53

3. Kasse für die niedere Zivil- und Hofdienerschaft von 1820

Die außerhalb der Pensionsgesetzgebung stehende niedere Zivil- und Hofdienerschaft erhielt durch landesherrliches Edikt vom 23. Dezember 1820 eine Hinterbliebenenversorgung auf Witwen- und Waisenkassenbasis ¹⁾. Anlaß hierfür war zum einen der bereits erwähnte Umstand, daß nicht alle in den aufgelösten Witwen- und Waisenkassen zusammengeschlossenen Bediensteten den neuen Pensionsgesetzen unterlagen. Zum anderen waren bei der Auflösung der alten Zivil-Witwen- und Waisenkassen ansehnliche Vermögen übriggeblieben, die namentlich in den Restfonds der nassau-weilburgischen (59.908 fl.), der nassau-usingischen (59.760 fl.) und der hachenburgischen (2.645 fl.) Witwen- und Waisenkassen bestanden ²⁾. Diese Vermögen lagen seit der Auflösung der genannten Institute ungenutzt und harften einer anderweitigen festen Bestimmung ³⁾. In einem ausführlichen Gutachten für das Staatsministerium ⁴⁾ schlug daher die Landesregierung vor, die genannten Gesichtspunkte zu verknüpfen und aus den Fonds der aufgelösten zivildienerschaftlichen Witwen- und Waisenkassen eine neue zentrale Versorgungsanstalt für die Witwen der zu einer Pension nicht zugelassenen Zivil- und Hofdiener zu bilden.

Mit diesem Vorschlag erhoben sich verschiedene Probleme: Zunächst war die Frage, wem das von den aufgelösten Gesellschaften gebildete Vermögen gehöre, und ob es der Staat in Anspruch nehmen könne, nachdem er für die Witwen und Waisen der ehemaligen Interessenten sorgte. In ihrem Gutachten stellte sich die Landesregierung auf den Standpunkt, daß das von den Gesellschaften angesammelte Vermögen nicht Eigentum der im Augenblick noch vorhandenen ehemaligen Mitglieder sei, daß diese vielmehr nur Versorgungsansprüche nach den Statuten der Kassen hätten, während das Vermögen der Kassen der jeweiligen "Kassengesellschaft" als Korporation, also gewissermaßen als selbständiger juristischer Person zugestanden habe. Nachdem die einzelnen Interessenten zum größten Teil anderweitig versorgt seien, könnten die ehemaligen Mitglieder in ihrer Gesamtheit lediglich verlangen, daß das Gesellschaftsvermögen auch künftigkeit zu bestimmten milden Zwecken verwendet würde, für die es gesammelt worden sei ⁵⁾.

1) NVOBl. 1820/79 ff.

2) W 210/6312 a

3) ebd.

4) ebd., siehe auch W 210/6312 I

5) W 210/6312 a: Die Argumentation weist darauf hin, wie wenig die ehemaligen Kassen von seiten des Staates noch als korporative Selbsthilfeunternehmen aufgefaßt wurden.

Das Staatsministerium beauftragte daraufhin die Landesregierung, Vorschläge für die Verwendung der alten Kassenvermögen zu einer zweckentsprechenden Neugründung zu entwickeln¹⁾, womit die recht verschwommene Beurteilung der heiklen Eigentumsfrage an den Kassenvermögen inzidenter entschieden war.

Hielt man demnach eine staatliche Disposition über die alten Kassenvermögen für berechtigt, so entstand die weitere Frage, wer die noch auf den Gesellschaftsvermögen ruhenden Verbindlichkeiten zu übernehmen habe, und wie und von wem die Ansprüche der Gesellschaftsmitglieder zu befriedigen seien. Zur Beantwortung dieser Fragen erfolgte eine eingehende Begutachtung²⁾ der Verhältnisse der einzelnen aufgelösten Kassen. Sie führte im wesentlichen zu den folgenden Ergebnissen:

Ein großer Teil der Verbindlichkeiten, die in Form von Versorgungsansprüchen auf dem Gesellschaftsvermögen der alten Kassen gelastet hatten, war durch die Pensionsgesetze vom Staat selbst übernommen worden. Die von der Pensionsgesetzgebung nicht berücksichtigten Berechtigten der alten Kassen sollten nun die Wahl haben, entweder in ein mit den Vermögen der alten Kassen zu gründendes neues Institut mit allen dessen Rechten und Pflichten einzutreten, oder aber auf ihrem alten Rechte- und Pflichtenstatus zu bestehen und danach weiter behandelt zu werden.

Mit einer Regelung nach diesen Grundsätzen waren die Rechte der Mitglieder der alten aufgelösten Kassen gewahrt und der Kassenfond konnte zugleich einer entsprechenden Verwendung zugeführt werden.

Allerdings erwiesen sich nicht die Vermögen aller aufgelösten zivildienerschaftlichen Kassen als zur Übernahme geeignet. Obgleich in dem bereits angezogenen Gutachten der Landesregierung die Aufnahme aller fünf aufgelösten Institute³⁾ mit ihren Verbindlichkeiten in die neu zu gründende Kasse befürwortet worden war, hat sich dieser Vorschlag doch nicht durchgesetzt. Denn in dem am 23. Dezember 1820 ergangenen Edikt, das die Gründung der neuen Kasse gesetzlich regelte, ist nur die Einbeziehung des hachenburgischen, des usingischen und des weilburgischen Institutes namentlich erwähnt⁴⁾. Der Vollzug und die näheren Modalitäten der Integration dieser drei Institute wurden am 20.1.1821 vom Staatsministerium angeordnet⁵⁾.

1) siehe Fußnote 5) von Seite 81; ebd.

2) ebd., Bericht vom 31.12.1819

3) Gemeint sind die weilburgische, usingische, hachenburgische, oranische und churtrierische Kasse für die Zivildienerschaft.

4) NVOBl. 1820/79 ff.

5) W 210/6312 a Bl. 6

Ist in dem Edikt vom 23. 12. 1820 von einer Eingliederung des churtrierischen Civil-Witwen- und Waiseninstituts auch nicht die Rede, so geht doch aus den Akten dieses alten Instituts eindeutig hervor, daß die Eingliederung stattgefunden hat. Dies geschah jedoch erst später, und zwar durch eine Vollziehungsanordnung des Staatsministeriums vom 30. März 1822 ¹⁾. Der Grund für diese Verzögerung dürfte wohl in erster Linie bei den Abwicklungsverhältnissen gelegen haben, die durch die Vermögensauseinandersetzung zwischen Preußen und Nassau erschwert waren. So konnte die Landesregierung erst im September des Jahres 1821 daran gehen, die Richtlinien für die Aufnahme und die Versorgung der alten Kassenteilnehmer vorzutragen ²⁾.

Die nassau-oranische Witwen- und Waisenkasse hingegen ist nicht, auch nicht später, in die neue Witwen- und Waisenanstalt eingegliedert worden. Aus den Akten dieser alten Kasse ergibt sich die gesonderte Abwicklung der Vermögensangelegenheiten sowie der auf der Kasse ruhenden Verbindlichkeiten ³⁾. Die Abwicklung läßt sich bis in das Jahr 1843 hinein verfolgen ⁴⁾.

Schließlich war zu klären, welche Statuten man der neuen Witwen- und Waisenkasse geben sollte. An den aufgelösten Kassen hatte man ein reiches Anschauungs- und Erfahrungsmaterial, auf das man sich stützen konnte. Das bereits angezogene Gutachten der Landesregierung unterzog die alten Kassen denn auch einer vergleichenden Analyse und empfahl schließlich, dem neuen Institut die Prinzipien der weilburgischen Witwen- und Waisenkasse zugrunde zu legen.

Bestimmend für diesen Vorschlag war zum einen die Tatsache, daß sich das weilburgische Institut als das erfolgreichste und wirksamste in der Praxis gezeigt hatte ⁵⁾. Als besonders vorteilhaft wurde weiter angesehen, daß die Kasse ohne Eintrittsgelder ausgekommen war; bei anderen Kassen hingegen hatte sich gezeigt, daß solche Eintrittsgelder als sehr belastend empfunden worden waren. Schließlich fand die Landesregierung in ihrem Gutachten eine Staffelung der Versorgungsleistungen und der Beiträge je nach Rangklasse und Gehalt der einzelnen Staatsdiener angemessener als ein für alle gleiches Beitrags- und Leistungsquantum, wie es etwa bei dem nassau-usingischen Institut gehandhabt worden war.

Im Anschluß an das Gutachten wurde sodann ein Entwurf aufgestellt, der den im Gutachten gemachten Vorschlägen folgte und, nach geringfügigen Änderungen, am 23. Dezember 1820 Gesetzeskraft erlangte ⁶⁾.

1) W 210/6311 Bl. 40

2) W 210/6311 Bl. 36

3) W 210/6310 a - c

4) W 210/6310 c

5) W 210/6312 a Bl. 1 ff.

6) NVOBl. 1820/79 ff.

Hinsichtlich des Inhaltes der Kassenstatuten kann auf das weilburgische Muster verwiesen werden. Nur folgende abweichende Regelungen sind zu erwähnen:

Die Kasse begründete Teilnahmepflicht für die Oberförster, soweit sie nicht pensionsberechtigt waren, für die besoldeten Accessisten, Probatoren, Kanzlisten, Hofoffizianten, Hofbedienten, Kanzlei-, Amts- und Rentdiener, Schulpedelle sowie die Verwaltungsführer und Rechnungsführer einzelner öffentlicher Institute. Ob die genannten Chargen verheiratet oder ledig waren, spielte für die Teilnahmepflicht keine Rolle (§ 5).

Der Beitrag betrug $1\frac{1}{2}\%$ des jeweiligen Besoldungsbetrages eines Mitgliedes (§ 3).

Die Kassenleistungen waren der Höhe nach nicht festgelegt, sie richteten sich nach den jährlichen Einkünften der Kasse (Beiträge und Kapitalzinsen), die zu drei Vierteln auf die Berechtigten der alten Kassen und die neuen Versorgungsberechtigten nach Maßgabe der Höhe der von den Kassenmitgliedern geleisteten jährlichen Beiträge verteilt werden sollten. Dabei sollten die Leistungen niemals die Hälfte der letzten Jahresbesoldung des jeweiligen verstorbenen Kassenmitgliedes übersteigen. Im übrigen behielt sich der Herzog vor, angesichts des landesherrlichen Anteils an der Bildung der alten Kassenfonds, das restliche Viertel der Einkünfte bis zu dessen Hälfte für gnadenweise Unterstützungen an unversorgte, vermögenslose und wegen körperlicher Gebrechen, ständiger Krankheit oder sonstiger Umstände besonders mitleidswürdiger Kinder zu verwenden, die aus anderen Unterstützungseinrichtungen nichts mehr erhalten konnten (§ 7). Das Versorgungshöchstalter war für die Söhne auf das 21. und für die Töchter auf das 18. Lebensjahr begrenzt.

Bereits sechs Jahre nach der Errichtung der Kasse wurden die Statuten durch landesherrliches Edikt vom 8. September 1826 einer teilweisen Änderung unterworfen ¹⁾.

Die Novelle enthielt zunächst einen neuen Berechnungsmaßstab für die Kassenleistungen. Sie sollten nunmehr nach Maßgabe der Bestimmungen des Pensionsediktes vom 3./6.12.1811 erfolgen. Insoweit wurde das Institut also an die im Vorhergehenden beschriebenen neuen Kassen angeglichen. Sollten die Einnahmen der Kasse nicht ausreichen, um eine Versorgung nach dem neuen Maßstabe zu gewährleisten, so sollten die jährlich zur Verfügung stehenden Einkünfte verhältnismäßig nach dem Maßstab des Edikts von 1811 verteilt werden.

1) NVOBl. 1826/73 ff.

Eine Mindestleistungsgarantie wurde also in die Statuten nicht aufgenommen. Dennoch weisen die lückenlos vorliegenden Kassenabrechnungen ¹⁾ aus, daß zumindest bis in das Jahr 1866 die vollen statutenmäßigen Versorgungen gezahlt worden sind. Soweit die Kasse diese Leistungen nicht mit ihren eigenen Einkünften decken konnte, was bereits in den zwanziger Jahren eintrat, wurden die Fehlbeträge, die zum Teil bis in die Tausende jährlich gingen, von der Staatskasse in Wiesbaden sowie der herzoglichen Steuer- und Domänenkasse abgedeckt ²⁾.

Weiterhin bestimmte die Novelle, daß Beamte des höheren Staatsdienstes sowie in den höheren Staatsdienst beförderte niedere Staatsdiener der Kasse nunmehr solange beitreten bzw. in ihr bleiben sollten, bis sie die gesetzlichen Pensionsansprüche für ihre Hinterbliebenen aus der Staatskasse erworben hätten, was nach dem Pensionsedikt erst nach Vollendung des fünften Dienstjahres im höheren Staatsdienst geschah (vgl. §§ 3, 8, 10 des Ediktes von 1811).

Schließlich sollten sich alle zur Mitgliedschaft verpflichteten Staatsdiener, auch wenn sie vor zurückgelegtem fünften Dienstjahr aus den herzoglichen resp. staatlichen Diensten treten sollten, die Versorgungsansprüche für ihre künftigen Hinterbliebenen durch Fortzahlung ihrer Beiträge erhalten können.

4. Kassen der Offiziere und Unteroffiziere von 1828 bzw. 1833

Das Pensionsgesetz vom 1. Juli 1810 sah eine Hinterbliebenenversorgung nur für die Fälle vor, in denen die Militärpersonen ihr Leben im Kriege eingebüßt hatten ³⁾. Starben Militärpersonen also in Friedenszeiten, so blieben ihre Witwen und Waisen nach dem Militärpensionsedikt unversorgt.

Dies und die fehlende Versorgung in Fällen unverschuldeter Krankheit und Gebrechlichkeit in Friedenszeiten wurden schon bald als unbillig empfunden, denn die Zivildienerschaft war in diesem Punkt von vornherein sehr viel besser gestellt worden ⁴⁾. Das führte, zusammen mit anderen Fragen, im Jahre 1815 zu Eingaben und Vorschlägen, die im wesentlichen darauf abzielten, die mili-

1) W 211/13854

2) Die gesetzliche Grundlage für diese Unterstützungen ist nicht mehr zu ermitteln, da sie sich bei den gedruckten Quellen nicht befindet und die Akten über die Kasse zum größten Teil durch Kriegseinwirkungen verlorengegangen sind.

3) W 202/1118 Bl. 13; SNV I/31

4) W 202/1180

tärpensionsverhältnisse denen der Zivildienstler anzugleichen¹⁾. Diese Vorschläge, die sich bis zu einer durchformulierten und paraphierten Gesetzesvorlage im Jahre 1817 verdichteten, blieben jedoch schließlich in diesem Stadium stecken²⁾. Es dauerte dann rund zehn Jahre, bis auf die Initiative des gesamten Offizierscorps am 6. 5. 1828 durch landesherrliches Edikt wenigstens die Bildung einer Witwen- und Waisenkasse für die Hinterbliebenen der in Friedenszeiten sterbenden Offiziere angeordnet wurde³⁾.

Diesem Institut folgte einige Jahre später ein entsprechendes für die Witwen und Waisen der in Friedenszeiten sterbenden Unteroffiziere durch Edikt vom 23. 3. 1833⁴⁾.

Die Offizierskasse begründete eine Beitrittsverpflichtung für das gesamte Offizierscorps, die Unteroffizierskasse sprach eine Teilnahmepflicht nur für die Unteroffiziere aus, die sich nach Inkrafttreten der Kassenordnung verheirateten. Den zu diesem Zeitpunkt bereits Verheirateten wurde die Teilnahme freigestellt, auf sie jedoch insofern ein mittelbarer Zwang ausgeübt, daß ihr Beitritt später nicht mehr möglich sein sollte, wenn sie ihn bei der Gründung der Kasse ablehnten.

Bei der Offizierskasse gliederte sich der Beitrag eines Mitgliedes in ein Eintrittsgeld für die verheirateten Offiziere in Höhe einer monatlichen Besoldung. Für Offiziere, die sich erst nach Erwerb der Kassenmitgliedschaft verheirateten, sollte der Betrag erst nach der Heirat erhoben werden. Im übrigen hatten alle Offiziere einen laufenden Beitrag zu zahlen, der für die Verheirateten monatlich eine Tagesgage und für die Unverheirateten eine halbe Tagesgage betrug. Diese Beträge sollten vor Auszahlung der monatlichen Besoldungen abgezogen und direkt an die Kasse abgeführt werden. Bei den Unteroffizieren beschränkten sich die Beiträge auf laufende Zahlungen in Höhe von einem Tagessold pro Monat.

Die Kassenleistungen waren bei beiden Instituten nach Maßgabe des Zivildienstpensionsediktes von 1811 zu bemessen. Abweichend von diesen Vorschriften setzten jedoch die Statuten der Witwen- und Waisenkasse für die Unteroffiziere das Versorgungsalter bei den Söhnen auf 19 und bei den Töchtern auf 17 Jahre herab.

1) W 202/1180

2) W 202/1180

3) NVOBl. 1828/37 ff. Die diesbezüglichen Akten sind größtenteils verlorengegangen.

4) NVOBl. 1833/38 ff. Die diesbezüglichen Akten sind größtenteils verlorengegangen.

Die nach Maßgabe des Zivilpensionsediktes bestimmten Kassenleistungen waren jedoch nur Sollbeträge. Sie wurden in den Statuten vom Staat nicht garantiert und konnten herabgesetzt werden, wenn die Einkünfte zur Deckung der Soll-Verbindlichkeiten nicht ausreichen sollten.

Das Jahr 1845 brachte dann schließlich doch eine gesetzliche Neufassung des gesamten Militärpensionswesens, das im wesentlichen aus dem Jahre 1810 stammte und, wie bereits erwähnt, schon bald nach seinem Inkrafttreten angesichts der weitergehenden Pensionsregelung bei den Zivildienern zum Gegenstand hartnäckiger Kritik in den Kreisen des Offizierscorps geworden war ¹⁾. Unter dem 3. Juni 1845 ergingen nun zwei die Versorgung der Offiziere und Unteroffiziere betreffende Edikte ²⁾. Sie brachten zugleich einige Neuerungen bei der Hinterbliebenenversorgung.

Das die Offiziere betreffende Edikt ³⁾ beließ die Versorgung der Hinterbliebenen zwar bei der 1828 gegründeten Witwen- und Waisenkasse. Deren Aufgabenbereich wurde jedoch nunmehr auch auf die Fälle ausgedehnt, wenn Offiziere im Kriege umkamen. Weiterhin wurde die in der Kassenordnung von 1828 festgelegte Soll-Versorgung nunmehr staatlich garantiert, indem sich der Landesherr verpflichtete, die Fehlbeträge aus der Landessteuerkasse zu decken.

Das die Unteroffiziere betreffende Edikt ⁴⁾ erweiterte ebenfalls den Tätigkeitsbereich der Unteroffiziers-Witwen- und Waisenkasse auf die Versorgung von Hinterbliebenen im Kriege gefallener Unteroffiziere. Eine Mindestleistungsgarantie wie bei der Offizierskasse wurde jedoch gesetzlich nicht eingeführt ⁵⁾. Indessen sind auch bei dieser Kasse, wie bei der für die niedere Zivil- und Hofdienerschaft, nachweislich bis 1867 die vollen Soll-Versorgungsquoten bewilligt worden ⁶⁾. Aus den Kassenabrechnungen ergibt sich ferner, daß die auftretenden Fehlbeträge der Kasse - von 1846 an überstiegen die Ausgaben die Einnahmen - ab 1849 rückwirkend aus der Landessteuerkasse gedeckt wurden ⁷⁾.

1) W 202/1180 Bl. 5

2) Über die Vorgeschichte und Vorbereitung dieser Edikte ist nichts mehr auszumachen.

3) NVOBl. 1845/59 ff.

4) NVOBl. 1845/63 ff.

5) NVOBl. 1845/63 ff; § 13

6) W 202/302

7) W 202/2120-2123; die gesetzliche Grundlage hierfür ist nicht mehr festzustellen.

5. Abwicklung von Verbindlichkeiten der alten nassau-oranischen Kasse von 1774

Ein Blick ist schließlich noch auf die alte nassau-oranische Witwen- und Waisenkasse zu werfen, die nach ihrer Auflösung durch den Vollziehungsrezeß zwischen Preußen und Nassau vom 14./19. 12. 1816 nicht in das neue Versorgungssystem des Herzogtums eingegliedert wurde. Soweit sich sehen läßt, war die Abwicklung der Verbindlichkeiten des Instituts mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Sie hatten vornehmlich zwei Ursachen:

Der Vollziehungsrezeß hatte in seinem Artikel 17 festgelegt, daß Preußen zu 1/3 und Nassau zu 2/3 in die Verbindlichkeiten der Kasse eintreten und nach diesem Verteilerschlüssel die Anspruchsberechtigten versorgen sollten. Die vorhandenen anspruchsberechtigten Hinterbliebenen sollten nach diesem Maßstab auf die beiden Gouvernements verteilt werden, künftige Hinterbliebene ehemaliger Kassenmitglieder sollten durch das Los auf eines der beiden Gouvernements verteilt werden. Diese Regelung führte, wie sich aus den einschlägigen Akten ergibt ¹⁾, zu Koordinierungsschwierigkeiten, deren Beseitigung oft sehr langwierig war und auf Kosten der auf Unterstützung dringend angewiesenen Hinterbliebenen ging.

Hinzu kam der schon angedeutete Umstand, daß die Verwaltung der Kasse unter der Großherzoglich Berg'schen Herrschaft stark in Unordnung geraten war. Weder die Beitragsleistungen der Mitglieder waren ordnungsgemäß beigetrieben worden, noch hatte die Zahlung der staatlichen Zuwendungen, auf die dieses Institut seiner ganzen Anlage nach besonders angewiesen war, funktioniert. So waren schließlich auch die statutenmäßigen Kassenleistungen ausgeblieben und hatten eine ganze Reihe versorgungsberechtigter Witwen in arge Bedrängnis gebracht ²⁾. Die Entwirrung dieser Unordnung, insbesondere die Beitreibung der noch ausstehenden Mitgliederbeiträge, zog sich lange hin, zumal die Zusammenarbeit preußischer und nassauischer Verwaltungsstellen unzulänglich war. Zudem weigerte sich die nassauische Regierung grundsätzlich, mit der Auszahlung der Versorgungsleistungen zu beginnen, bevor nicht die Beitragsrückstände der einzelnen Berechtigten beglichen wären. Das führte besonders in Fällen, in denen die Kassenmitglieder inzwischen gestorben waren, ohne ihre Verbindlichkeiten gegenüber der Kasse noch erfüllen zu können, was in den Wirren der Rheinbundzeit zum Teil problematisch gewesen war, für die oft verarmten Hinterbliebenen zu Härtefällen, von denen zahlreiche Bittschriften an den Landesherren beredtes Zeugnis ablegen ³⁾.

1) zum ganzen W 210/6310 a

2) W 210/6310 a - b

3) W 210/6310 c

Anhand der Ministerialakten läßt sich die Abwicklung der Kassenverbindlichkeiten bis in das Jahr 1843 hinein verfolgen.

IV. Entwicklung des Pensionswesens bis 1866

Durch die zuletzt besprochenen Edikte zugunsten der Militärbediensteten wurden auch die pensionsrechtlichen Verpflichtungen des Staates erweitert. Die Pensionsbestimmungen für die Offiziere wurden weitestgehend denen des Zivilpensionsediktes von 1811 angeglichen. Die Versorgungsverhältnisse der Unteroffiziere wurden in der Weise verbessert, daß nunmehr auch als pensionsberechtigt anerkannt wurde, wer sich während des Dienstes in Friedenszeiten Wunden, Krankheiten oder Gebrechen zugezogen hatte.

Gegen Ende der vierziger Jahre führte das Pensionswesen in Nassau zu einer rasch steigenden und bedenklich werdenden Belastung der Staatskasse. Staatsministerium und Landesregierung suchten dieser Entwicklung zunächst mit einigen gesetzlichen Maßnahmen ¹⁾ entgegenzutreten, durch die die Pensionen der Beamten eingeschränkt wurden. Zuerst wurde bei den höheren Zivil- und Militärbediensteten gleichermaßen die von Dienstjahr zu Dienstjahr ansteigende Wachstumsrate auf 1/50 der Besoldungen herabgesetzt. Eine fühlbare Verminderung der Pensionslasten konnte dadurch jedoch nicht erreicht werden; im Gegenteil stiegen beispielsweise die Militärpensionen allein von 1849 bis 1852 von etwas über 84.000 fl. auf 101.000 fl. ²⁾. Das veranlaßte das Staatsministerium, eine neue Maßnahme vorzubereiten, um das Ansteigen der Pensionen aufzuhalten ³⁾. Sie zielte auf die Aufhebung des § 4 des Ediktes vom 3./6.12.1811, wonach ein Zivildienner berechtigt war, seine Versetzung in den Ruhestand mit Pension zu verlangen, wenn er das 35. Dienstjahr zurückgelegt hatte, sowie des § 1 des Militärpensionsediktes von 1845, wonach jeder Offizier und Militärbeamte mit Offiziersrang im Frieden nach vierzigjähriger Dienstzeit verlangen konnte, in den Ruhestand mit Pension versetzt zu werden.

Es scheint, daß besonders die Offiziere einen sehr starken Gebrauch von § 1 des Ediktes von 1845 gemacht hatten, denn der Ausschuß für Verwaltungsorganisation bei der ersten Kammer der Landstände rügte später, daß man dieser augenfälligen

1) Gesetz, die Abänderung mehrerer Bestimmungen des Pensionsgesetzes betreffend v. 8.2.1849; NVOBl. 1849/6 ff; Gesetz die Abänderung mehrerer Bestimmungen des Pensionsgesetzes für die Offiziere und Militärbeamten betreffend v. 8.2.1849; NVOBl. 1849/7 ff.

2) W 210/11568 Bl. 64

3) W 210/11568 Bl. 47

Tatsache nicht zeitiger Rechnung getragen hatte ¹⁾. Zu einer Aufhebung der Alterspensionierung kam es gleichwohl nicht. Die bisherige Regelung wurde lediglich dahingehend abgeändert, daß Offiziere und Zivilbedienstete sich nur noch aus Altersgründen in den Ruhestand versetzen lassen konnten, wenn sie das 70. Lebensjahr vollendet hatten.

Die Novelle wurde am 27. November 1852 vom Landesherrn unterzeichnet ²⁾. Da die Landstände um diese Zeit nicht tagten, erging sie zunächst als dringende Maßnahme ohne deren Zustimmung. Diese wurde jedoch nachträglich im April 1853 erteilt ³⁾.

Wenn diese Novelle die Pensionslasten nicht befriedigend einzuschränken vermochte, so lag das vor allem daran, daß der Staat neben diesen Einschränkungen neue Pensions- und Besoldungslasten übernahm.

Eine neue erhebliche Pensionslast entstand durch das Oberförstergesetz vom 27. November 1855 ⁴⁾. Darin wurde den Oberförstern eine Pension nach den Gesetzen vom 3./6. Dezember 1811, vom 8. Februar 1849 und vom 27. November 1852 gewährt und die Kosten dafür auf den aus der Staatskasse dotierten Oberförsterfond übernommen. Diese Regelung führte bereits im Jahre 1860 zu einer Mehrbelastung der Staatskasse von 10.805 fl. ⁵⁾.

Durch Gesetz vom 1. Juli 1859 wurden sodann die Staatsdienerbesoldungen neu geregelt ⁶⁾. Diese Maßnahme führte zu Gehaltserhöhungen von durchschnittlich 21% für Zivil- und Militärdiener ⁷⁾. Das mußte sich im Laufe der Zeit auch auf das Pensions- und Versorgungswesen auswirken, da diese Leistungen ja durchgehend auf der Grundlage der Besoldungen berechnet wurden.

Die anhaltende Anspannung der Haushaltslage gab schließlich Anlaß zu weiteren, die Pensionsleistungen einschränkenden Maßnahmen. Durch die Pensionsgesetznovelle vom 2. Juli 1860 ⁸⁾ wurde die Alterspensionierung gänzlich aufgehoben. Eine Pensionierung von Zivil- und Militärbediensteten konnte von nun ab nur noch bei Dienstuntauglichkeit wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen erfolgen. Die jährliche Pensionswachstumsrate wurde weiter auf 1,70 der Besoldungen

1) W 210/11568 Bl. 49

2) NVOBl. 1852/357

3) W 210/11568 Bl. 49

4) NVOBl. 1855/103 f.

5) W 210/11568 Bl. 64 S. 3

6) W 210/11568 Bl. 64 S. 4

7) W 210/11568 Bl. 65

8) NVOBl. 1860/94 ff. (96)

gen herabgesetzt. Endlich wurde die Hinterbliebenenversorgung der pensionsberechtigten höheren Staatsdiener wieder auf die Grundlage wenigstens teilweiser korporativer Selbsthilfe gestellt. Mit Publikation des Gesetzes sollte eine Zivil-Witwen- und Waisenkasse errichtet werden, aus welcher dann die Pensionen ihrer Hinterbliebenen nach dem alten Maßstab gezahlt werden sollten. An dieser Kasse sollten sich die betroffenen Staatsdiener - das waren alle, die nach dem Pensionsedikt versorgt wurden, auch die später einbezogenen Personengruppen - mit einem laufenden jährlichen Beitrag von 3% ihres Dienst-, Pensions- oder Ruhegehalts und ferner mit einer je einmaligen Leistung in Höhe von 10% der Gehaltsüberschüsse beteiligen, die sich bei einer Beförderung in den höheren Staatsdienst oder bei einer Gehaltszulage ergeben würden. Frei von der Beitragslast sollten jedoch diejenigen Gehälter, Pensionen und Ruhegehälter sein, die zur Zeit der Publikation des Gesetzes bereits bewilligt waren, sowie die Pensions- und Ruhegehälter, die von den dermaligen Gehältern noch bewilligt würden.

Falls nach dieser Regelung die Einnahmen die Ausgaben überstiegen, sollte der Überschuß als verzinsliches Kapital angelegt werden. Sollten hingegen die Einnahmen für die Deckung der Kassenverbindlichkeiten nicht ausreichen, so sollte das Fehlende aus der Staatskasse zugeschossen werden.

Mit diesem Gesetz vom 2. 6. 1860 endete die eigenständige Entwicklung des Pensionswesens und der Hinterbliebenenversorgung für die Zivil- und Militärbeamten im Herzogtum Nassau. Im Jahre 1866 verlor das Herzogtum in der Folge des preußisch-österreichischen Krieges seine politische Selbständigkeit und wurde ein Teil der preußischen Provinz Hessen-Nassau.

C. DAS VERHÄLTNISS ZWISCHEN PENSIONSRECHT UND HINTERBLIEBENENKASSEN UND SEINE ENTWICKLUNG

I. Verhältnis zwischen Pensionsrecht und Hinterbliebenenkassen

Die Pensionsgesetze und die Witwen- und Waisenkassen, insbesondere die jüngeren Gründungen für die Staatsdiener, wiesen eine Reihe von Ähnlichkeiten auf. Kassenstatute und Pensionsedikte traten als hoheitliche Regelungen in Kraft. Hier wie dort trug der Landesherr Sorge, daß die Hinterbliebenen seiner Beamten eine in ihrem Umfang bestimmte oder doch immerhin zuverlässige Unterstützung erhielten. Das Pensionsrecht und die Witwen- und Waisenkassen gewährten beide einen rechtlichen Anspruch auf diese Unterstützung. Dabei wurden die vom Landesherrn beigesteuerten finanziellen Mittel hier wie dort nach einem von vornherein feststehenden objektiven Schlüssel verteilt.

Zu diesen übereinstimmenden Merkmalspaaren kamen weitere, die sich nur scheinbar unterschieden. Die Pensionsgesetze enthielten zwar keine Beitragsbestimmungen. Aber auch bei den Witwen- und Waisenkassen war die Beitragspflicht praktisch hinfällig geworden, nachdem die Beiträge von den Besoldungen einbehalten und direkt aus den Staatskassen an die Witwen- und Waisen-Institute überwiesen wurden; bei beiden Einrichtungen wurde die Hinterbliebenenversorgung Teil des Entgeltes für die geleisteten Dienste. Der Schlüssel, nach dem im Rahmen des Pensionsrechtes die Versorgungsleistungen verteilt wurden, unterschied sich in Einzelheiten zwar von dem der Witwen- und Waisenkassen, jedoch nicht prinzipiell. Hier wie dort war Maßstab für die Hinterbliebenenversorgung die Höhe der Besoldungen, die der verstorbene Beamte zuletzt erhalten hatte. Die pensionsrechtliche Versorgung erstreckte sich im Gegensatz zu den Witwen- und Waisenkassen auch und gerade auf die Beamten selbst. Dies ließe sich jedoch auch als Erweiterung des mit den Witwen- und Waisenkassen geschaffenen Unterstützungsverfahrens verstehen ¹⁾.

Trotz all dieser "technischen" Ähnlichkeiten war die Pensionsgesetzgebung kein direktes und folgerichtiges Ergebnis einer Weiterentwicklung des Witwen- und Waisenkassenwesens. Jedenfalls läßt sich anhand des nassauischen Quellenmaterials die Vermutung einer gradlinigen Entwicklung nicht erhärten. Im Gegenteil sprechen eine Anzahl anderer Tatsachen gegen sie.

1) Als Ansatz hierzu kann § 8 OWP von 1732/1775 gelten.

Zunächst fällt auf, daß die Pensionsgesetze gerade nicht in dem Staat erlassen wurden, in dem das Verfahren der Hinterbliebenenversorgung bereits nahezu pensionsrechtliche Züge trug. Sie entstanden vielmehr in einem Staatesgebilde, in dem der größere Teil der Hinterbliebenen von Beamten noch nach der - vom Standpunkt des Pensionsrechtes - "altmodischen" usingischen Kasse von 1751 versorgt wurde.

Die Unterlagen über die Entstehungsgeschichte der Pensionsgesetze bieten ebenfalls keine Anhaltspunkte dafür, daß man sie als eine bewußte Weiterentwicklung des Witwen- und Waisenkassenwesens verstand. Es finden sich keine ausdrücklichen Hinweise darauf, daß bei der Ausarbeitung der nassauischen Pensionsgesetze die Witwen- und Waisenkassen Modell gestanden haben. Man stützte sich vielmehr auf Pensionsgesetzgebungen anderer Staaten.

Anders als bei den Witwen- und Waisenkassengründungen scheint bei dem die Zivildienerschaft betreffenden Edikt die Absicht, materielle Not zu lindern, nicht so sehr im Vordergrund der Überlegungen gestanden zu haben. Darauf weisen schon die rein äußerlichen Tatsachen hin, daß die Bestimmungen über die Versorgung der Beamten nur einen Teil des Ediktes ausmachten, und daß die Aufnahme von Bestimmungen über die Versorgung der Hinterbliebenen - an die anfangs noch gar nicht gedacht worden war - erst wenige Monate vor dem Er- laß des Ediktes in den Kreis der Erwägungen rückte.

Es erscheint deshalb zutreffender, die Ursachen für den Erlass dieses Ediktes in einem etwas anderen, mehr politisch bedingten Zusammenhang zu sehen. In jenen Jahren stand für das neue Herzogtum die Aufgabe im Vordergrund, sein aus verschiedenen Gebietsteilen und Herrschaftsbereichen zusammengesetztes Territorium in einer Zeit großer politischer Unruhe innerlich zu konsolidieren¹⁾. Eine wichtige Voraussetzung hierfür war eine einheitliche Verwaltung, die ihrerseits eine in ihren Pflichten, aber auch in ihren Rechten einheitliche, an den Regenten gebundene und ihm treu ergebene Dienerschaft erforderte. Die in dem Edikt von 1811 getroffenen Maßnahmen sollten hierfür das materielle Fundament legen. Bei dem Militärpensionsedikt lagen die Dinge - zumindest äußerlich - etwas anders. Das Edikt enthielt ausschließlich Versorgungsbestimmungen. Neben dem im Bereich des Militärischen beherrschenden Vorbild des napoleoni- schen Frankreich werden jedoch auch hier die bereits erwähnten politischen Zu- sammenhänge zu beachten sein. Es kam darauf an, auch das damals stark in Anspruch genommene Militär an Regenten und Staat zu binden.

Schließlich ergibt sich zumindest aus dem Zivilpensionsedikt selbst, daß die Pensionsgesetzgebung nicht als eine bloße Erweiterung und Fortentwicklung des Witwen- und Waisenkassenwesens angesehen wurde. Wäre dies der Fall gewe-

1) so auch Lotz, S. 488

sen, so müßte man erwarten, daß die alten Kassen durch das umfassendere Versorgungssystem aufgehoben wurden bzw. in ihm aufgingen. Tatsächlich ließ das Zivilpensionsedikt die bestehenden Kassen und ihre Bedingungen unangetastet. Die Witwen- und Waisenkassen wurden in ihrer herkömmlichen Gestalt lediglich insofern mit der Pensionsgesetzgebung verbunden, als sie in erster Linie die Hinterbliebenenversorgung weiter bestreiten sollten, während das Pensionsedikt nur subsidiär eingreifen sollte.

Nach alledem läßt sich in Nassau trotz teilweiser großer "verfahrenstechnischer" Ähnlichkeiten eine entwicklungsgeschichtliche Verknüpfung von Hinterbliebenenkassen und Pensionsrecht nicht nachweisen. Das Pensionsrecht - wiederum auf Vorbilder in anderen Staaten zurückgehend - hatte andere Wurzeln, Anlässe und Ziele. Insbesondere das Zivilpensionsedikt hatte weniger einen karitativen als einen politischen Zweck. Es sollte die berufliche Existenz der Beamten gegen Willkür und die wirtschaftliche gegen Unsicherheit schützen, und auf diese Weise eine anders nur noch schwer zu erreichende Loyalität der Beamenschaft gegenüber dem Fürstenhaus sichern.

II. Das neue Versorgungssystem

1. Aufbau

Die Auflösung der alten Witwen- und Waisenkassen durch den Vollziehungsrezeß vom 14./19. 12. 1816 bedeutete nicht das Ende dieser Art der Hinterbliebenenversorgung. Vielmehr entstanden in den folgenden fünfzehn Jahren eine Anzahl neuer Anstalten für die Versorgung von Hinterbliebenen öffentlicher Bediensteter. Dennoch unterschieden sich die Unterstützungsmaßnahmen als Ganzes vor und nach dem Vollziehungsrezeß in einem Punkte sehr wesentlich. Die Wirkungsbereiche der neuen Witwen- und Waisenkassen waren sorgfältig aufeinander abgestimmt und ergänzten nunmehr die pensionsrechtlichen Regelungen dergestalt, daß keine Überschneidungen mehr auftraten und somit keine Subsidiaritätsklauseln mehr erforderlich waren. Pensionsrecht und Hinterbliebenenanstalten bildeten jetzt ein einheitliches "Versorgungssystem".

Art und Umfang der Leistungen dieses Systems waren zunächst noch vielfältig abgestuft. Sowohl die einzelnen pensionsrechtlichen Regelungen als auch die verschiedenen Witwen- und Waisenkassen gingen in ihren Unterstützungszusagen verschieden weit. Von den versorgten Personengruppen her betrachtet ergibt sich dabei folgendes Bild: Die Gruppen der gehobenen Beamten des zivilen Dienstes, diejenigen also, mit denen der Landesherr den Staat regierte und die staatlichen Angelegenheiten verwaltete, genossen die umfassendste Versorgung.

Je ferner die anderen, dem öffentlichen Dienst damals zugeordneten Gruppen diesen Aufgaben standen - sei es das nur gelegentlich beanspruchte Militär, seien es die Geistlichen oder der größere Teil der Lehrer, die nur mittelbar in die staatliche Sphäre hineinwirkten, oder seien es schließlich die anderen, bei aller Notwendigkeit doch einflußlosen Staatsdiener -, desto bescheidener war ihre von Staats wegen geforderte Unterstützung.

2. Entwicklungstendenzen

Im Laufe der weiteren Entwicklung des Versorgungssystems bis zum Jahre 1860 verwischten sich die mannigfachen Leistungsabstufungen mehr und mehr. Die an ihre Stelle tretende zunehmende Vereinheitlichung der Versorgung war das Ergebnis zweier gegenläufiger Tendenzen. Sie zeigten bei der Alters- und Gebrechlichkeitsversorgung einerseits und bei der Hinterbliebenenunterstützung andererseits etwas unterschiedliche Züge.

a) Alters- und Gebrechlichkeitsversorgung

Auf der einen Seite wurden die Pensionsansprüche gegen den Staat in der Weise ausgeweitet, daß nach und nach weitere Gruppen öffentlicher Bediensteter den pensionsrechtlichen Status von Zivildienern nach dem Edikt vom 3./6.12.1811 erhielten ¹⁾. Eine weitere Mehrbelastung durch Pensionsansprüche entstand dadurch, daß die Gehälter der Zivil- und Militärbediensteten im Jahre 1859 beträchtlich erhöht wurden. Da der Umfang der Versorgung von der Höhe der Besoldung abhing, mußte sich diese Maßnahme auch auf die Pensionslasten auswirken.

Auf der anderen Seite ist das Bestreben festzustellen, besondere Leistungsarten einzuschränken oder ganz zu beseitigen. So wurde die jährliche Wachstumsrate der Pensionsansprüche mehrfach gekürzt. Darüber hinaus wurde die Pensionierung aus Altersgründen zunächst eingeschränkt ²⁾, später gänzlich abgeschafft. Beamte wurden nunmehr nur noch bei krankheitsbedingter Dienstuntauglichkeit in den Ruhestand versetzt.

b) Hinterbliebenenversorgung

Die Entwicklung der Hinterbliebenenversorgung war einerseits gekennzeichnet durch eine Vereinheitlichung der Versorgungsleistungen auf der Grund-

-
- 1) Oberforstbeamte 1816; gehobene Lehrerschaft 1817; Medizinalräte u. -assistenten 1818; Offiziere und Soldaten 1845; Oberförster 1855
 - 2) durch Einführung der 70-Jahres-Grenze

lage pensionsrechtlicher Maßstäbe. Neben den Witwen und Waisen der Zivildienier erhielten nach und nach auch die der gehobenen Forst- und Medizinalbeamten sowie die der Lehrer an den höheren Lehranstalten des Landes eine pensionsrechtliche Hinterbliebenenversorgung. Sie war durchgehend besser als die der früheren Witwen- und Waisenkassen. Weiterhin wurde den Geistlichen und Elementarschullehrern sowie später auch den Offizieren eine Versorgung ihrer Hinterbliebenen nach den Maßstäben des Zivilpensionsediktes von 1811 garantiert. Ähnlich entwickelten sich schließlich die Verhältnisse bei der Hinterbliebenenversorgung für die Unteroffiziere und die niedere Zivil- und Hofdienerschaft. Zwar gab der Staat hier keine ausdrücklichen Garantien, indessen erhielten die betroffenen Kassen im Laufe der Zeit Zuschüsse, die die dem Zivilpensionsedikt von 1811 nachgebildeten Sollbeträge für die Versorgung sicherstellten.

Dieser, auf ganzer Breite eingeführten Hinterbliebenenversorgung nach Pensionsmaßstäben stand ein Abbau der pensionsrechtlichen Leistungen gegenüber. Zunächst wurde die Unterstützung der Hinterbliebenen bei kriegsbedingten Todesfällen von Militärpersonen aus dem Pensionsrecht ausgegliedert und den bestehenden Witwen- und Waisenkassen für die Offiziere und Unteroffiziere mit übertragen. Das bedeutete praktisch, daß für die Hinterbliebenenversorgung nun Beiträge geleistet werden mußten. Eine ähnliche Maßnahme wurde später auch für die Gruppen des gehobenen Zivildienstes ergriffen. Die Versorgung ihrer Hinterbliebenen wurde ebenfalls aus dem Pensionsrecht herausgenommen und auf die Grundlage einer Witwen- und Waisenkasse gestellt. Die Kasse garantierte zwar weiter eine Versorgung nach den alten pensionsrechtlichen Maßstäben. Die Zivildienier hatten jedoch dazu wieder einen Teil ihrer Besoldungen beizutragen.

3. Ergebnis

Das neue, aus Pensionsrecht und Hinterbliebenenkassen bestehende Versorgungssystem mit seinen anfangs vielfältig abgestuften Leistungen zeigte im Laufe seiner Entwicklung deutlich den Zug zur Vereinheitlichung und Vereinfachung. Die Rechte und Ansprüche der zunächst besonders begünstigten Gruppe der gehobenen Zivildienerschaft wurden mehr und mehr eingeschränkt; die Versorgungslage der niederen Beamtschaft dagegen wurde verbessert. Am Ende der hier beschriebenen Entwicklung stand ein für alle öffentlichen Bediensteten gleiches Verfahren der Hinterbliebenenversorgung, das wegen seiner Mischung aus Elementen des Pensionsrechts und der Witwen- und Waisenkassen als "beschränktes Pensionsrecht mit Selbstbeteiligung" charakterisiert werden kann ¹⁾. Gewisse

1) Gedanklich stellt es eine Fortentwicklung der oranischen Kasse für die weltliche Dienerschaft von 1774 dar.

Unterschiede bestanden lediglich im Hinblick auf die Höhe der Beiträge, die die einzelnen Kassen erhoben. Über die einheitliche Hinterbliebenenversorgung hinaus erhielten Militärpersonen und die Gruppen der gehobenen Zivilbediensteten selbst eine rein pensionsrechtliche Versorgung. Sie war für die Unteroffiziere und Soldaten an dienstbedingte Gebrechen, im übrigen an unverschuldete Dienstuntauglichkeit gebunden.

Die Witwen- und Waisenkassen öffentlicher Bediensteter in Nassau sind in erster Linie zu erklären als Antwort dieser Personengruppen auf ihre gefährdete wirtschaftliche Existenzgrundlage, die allein auf ständiger Arbeitsfähigkeit beruhte, auf der Tauglichkeit zu persönlichen und unvertreibbaren, unselbständigen und fremdnützigen Dienstleistungen. Die Kassen waren insoweit Maßnahmen korporativer Selbsthilfe. Die Landesfürsten nahmen jedoch alsbald auf die Kassen Einfluß durch finanzielle Unterstützungen und Rechtsetzungsbeziehungsweise Kontrollvorbehalte. Sie fügten den Selbsthilfeeinrichtungen damit Elemente hoheitlicher Fürsorge und Direktion hinzu. Im Spannungsfeld von Selbsthilfegedanken und ständig sich verstärkendem Fürsorgeprinzip bildeten sich Formen der Hinterbliebenenversorgung heraus, die die Fürsten zu immer umfangreicheren finanziellen Zuwendungen verpflichteten, bei gleichzeitigem Verlust der Möglichkeit, ihre Mittel nach ihrem Gutfinden zu verteilen. Aus den zuvor üblichen gnadenweisen Unterstützungen entwickelten sich bestimmte Versorgungsansprüche der Hinterbliebenen, für die in zunehmendem Maße der Landesfürst als Dienstherr einzustehen hatte. Dies, sowie die Bemessung der Versorgungsleistungen nach der Höhe der Gehälter und die zwangsweise Einbehaltung eines Teiles des Gehalts als Anteil der Beamten an der Versorgung ihrer Hinterbliebenen brachte die Kassen schon ganz in die Nähe eines modernen Pensionsrechts.

Dennoch war das Verhältnis der Witwen- und Waisenkassen zum Pensionsrecht nicht dergestalt, daß letzteres sich aus ersteren direkt entwickelt hätte. Zumindest aus der Sicht des hier untersuchten Bereiches waren beide Einrichtungen nach Herkunft, Anlässen und Zielen verschieden. Herrschten bei den Witwen- und Waisenkassen noch wirtschaftliche und karitative Zwecke vor, so hatte die Einführung des Pensionsrechtes, schon infolge der zeitlichen Umstände, einen mehr politischen Akzent. Beide Einrichtungen, die zunächst nur locker verbunden nebeneinander wirkten, wurden aber im Laufe der Zeit zu einem einheitlichen Ganzen verfügt. Sie unterschieden sich zuletzt nur noch dadurch, daß bei den Witwen- und Waisenkassen förmlich ein Teil der Besoldungen als Beitrag einbehalten wurde, während das Pensionsrecht darauf verzichtete. Sachlich fand insofern eine Arbeitsteilung statt, daß die Kassen die ganze Hinterbliebenenversorgung übernahmen, während sich der Wirkungsbereich des Pensionsrechtes auf Teile der Beamtenschaft selbst beschränkte.

LEBENS LAUF

Am 29.4.1937 wurde ich in Berlin geboren. Mein Vater, Mark von Lewinski, war aktiver Offizier. Er fiel zu Beginn des zweiten Weltkrieges in Polen. Meine Mutter, Mia, geb. Grosser, heiratete 1949 in zweiter Ehe Dr. med. Dietrich Wentz, gegenwärtig Chefarzt des Sanatoriums für Lungenkranke Waldhof-Elgershausen bei Wetzlar.

In den Jahren 1943 bis 1947 besuchte ich die Volksschulen in Halberstadt/Harz, St. Blasien/Schwarzwald und Menzenschwand (einem Dorf nahe St. Blasien). Seit Herbst 1947 war ich Internatsschüler des neusprachlichen Zweiges der Schule Schloß Salem und bestand dort im Frühjahr 1956 das Abitur.

Im anschließenden Sommersemester begann ich an der Universität Freiburg/BrsG. mit dem juristischen Studium, setzte es ab 1957 für ein Jahr in Berlin fort und beendete es in Göttingen. Im Frühjahr 1961 absolvierte ich bei dem Oberlandesgericht in Celle die erste juristische Staatsprüfung.

Während der ersten Semesterferien meiner Studienzeit arbeitete ich bei der Deutschen Bank in Freiburg und bei der Stadtparkasse St. Blasien.

In der Zeit nach dem Referendarexamen bis Anfang August 1962 habe ich an der vorliegenden Dissertation gearbeitet. Während einiger Monate dieser Zeitspanne war ich bei der Nassauischen Sparkasse in Wiesbaden tätig.

Seit Anfang August des Jahres 1962 stehe ich im juristischen Vorbereitungsdienst in Wiesbaden.

